

ROT FUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Anschlußfolgen ...

30 Jahre nach dem Anschluß der DDR an die BRD droht die Welt in Krise und Krieg zu versinken.

Diese drei Jahrzehnte haben bestätigt: Imperialismus ohne Expansion, Aggression, Hochrüstung, Rüstungsexport, Krieg und Kriegsgefahr bis hin zur Drohung mit einem atomaren Inferno gibt es nicht – es sei denn, er wird gezügelt, sozial und militärisch. Die DDR war von Fläche und Bevölkerungszahl her ein kleiner Staat und dennoch in

und äußere Konterrevolution wenig später in der DDR und danach in der Sowjetunion triumphieren würde. Mit ihr kamen Existenzunsicherheit, Massenarbeitslosigkeit, Armut, bereits Anfang 1991 der „Begrüßungskrieg“ (Volker Braun) im Irak, ein reaktionäres Bildungssystem zur Heranzüchtung von Untertanen der Kapitalherrschaft, ein absurdes Gesundheitssystem einschließlich esoterischer Geist- und Wunderheiler sowie vor allem der totalitäre Antikommunismus,



Mit dem Anschluß verschwand die NVA-Ehrenwache vor dem Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus

der globalen Klassenauseinandersetzung um ein menschenwürdiges Leben in Frieden von strategischer Bedeutung. Das ist eine Erfahrung, die keinem DDR-Bürger genommen werden kann. 1988 sagte mir der Philosoph Wolfgang Harich, als ich mit ihm über die Politik Michail Gorbatschows diskutierte: „Wenn die DDR fällt, fällt der Sozialismus bis Wladiwostok.“ Er hatte recht. Die DDR war eine Art Schlußstein im Gebäude des europäischen Sozialismus. Damals vor 32 Jahren setzte die Clique um den Generalsekretär der KPdSU die „deutsche Frage“ wieder öffentlich auf die Tagesordnung, stellte also die DDR zur Disposition. Dennoch konnten sich nur wenige vorstellen – Harich und ich auch nicht –, daß die innere

und äußere Konterrevolution wenig später in der DDR und danach in der Sowjetunion triumphieren würde. Mit ihr kamen Existenzunsicherheit, Massenarbeitslosigkeit, Armut, bereits Anfang 1991 der „Begrüßungskrieg“ (Volker Braun) im Irak, ein reaktionäres Bildungssystem zur Heranzüchtung von Untertanen der Kapitalherrschaft, ein absurdes Gesundheitssystem einschließlich esoterischer Geist- und Wunderheiler sowie vor allem der totalitäre Antikommunismus, der in Fortsetzung des deutschen Faschismus von Beginn an BRD-Staatsdoktrin war. Jede Form von Protest gegen die Vernichtung von Arbeit und Leben wurde mit Hetze auf Repräsentanten und Funktionäre der DDR, auf den „Unrechtsstaat“ insgesamt beantwortet. Insbesondere die Mitarbeiter der DDR-Sicherheitsorgane, aber auch Wissenschaftler, Künstler und Journalisten wurden und werden mit einer Gnadenlosigkeit verfolgt und verunglimpft, die ihresgleichen in der Geschichte sucht. Millionen Bücher fielen einer „kalten Verbrennung“ zum Opfer, Tausende, wahrscheinlich Zehntausende Kunstwerke wurden im Bildersturm zerstört. Der Satz des SPD-Politikers Egon Bahr, er kenne kein zweites Volk, das so ausgeplündert worden sei wie die Ostdeut-

schen, sprach das wirtschaftliche Geheimnis des Anschlusses aus. Mehr als 5 Millionen Menschen haben seit 1990 Ostdeutschland verlassen, etwa 3,5 Millionen zogen in die entgegengesetzte Richtung, darunter jene Westdeutschen, die heute wie Kolonialbeamte alle höheren Ämter in Verwaltung, Justiz, Wissenschaft etc. besetzen – einschließlich der AfD-Chefetage. Das alles, insbesondere die vom Kanzleramt aus gesteuerte Verleumdung der DDR und des Sozialismus war ein Programm zur Wiederbelebung des Faschismus. Mitgewirkt haben daran die BRD-Naziparteien (also der Verfassungsschutz), die einen Tag nach der Grenzöffnung am 9. November 1989 begannen, auf Schulhöfen in der DDR Jugendliche zu rekrutieren: Ein linkes

Widerstandspotential mußte, wie schon seit dem Kaiserreich erprobt, mit Nationalismus und Rassismus verhindert werden. Das mündete in den Terror des NSU und anderer Banden oder „Einzeltäter“. Mitgewirkt haben alle Parteien, die mit der Vogelscheuche „Unrechtsstaat“, mit der den Faschismus verarmlosenden Formel von den „zwei deutschen Diktaturen“ Politik machen – darunter die Thüringer und die Berliner Regierungssozialisten.

Es gibt neben dem „RotFuchs“ nur wenige Stimmen, die dem Gebrüll widersprechen. Wenn es um die DDR geht, sind aber Besonnenheit oder Seriosität weder in den Konzern- und Staatsmedien noch in der Sozialwissenschaft gefragt. Es darf und soll dem Staat, der keinen Krieg führte und nach einem Satz von Peter Hacks „das Verbrechen scheute“, jede Art von Niedertracht und Kriminalität angehängt werden.

Die 30jährige Fortsetzung des kalten Krieges gegen die DDR hat die Resultate, die vorhersehbar waren. Der BRD-Staatsapparat ist von militanten Faschisten durchsetzt, Teile der Politik und der Medien befinden sich geistig im Krieg gegen Rußland. In Belarus wurde versucht zu wiederholen, was mit der DDR gelang: einen Hauptfaktor für die Sicherheit der Westgrenzen des größten Landes der Welt zu beseitigen. Das ist bisher nicht gelungen. Fest steht aber, daß diejenigen in Washington, Berlin und Warschau, die äußerste Konfrontation mit Moskau wollen, nicht aufgeben werden. Das ist ein direktes Ergebnis des Anschlusses von 1990 und der 30 Jahre, die ihm folgten. Die Verantwortung aller, die dagegen eine Politik der Vernunft vertreten, wächst.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Friedensbewegung und Die Linke	2
Hände weg von Belarus	3
BRD, Syrien und China	8
Unter den (Atom-) Pilzen	10
„Hunnenrede“ und Gegenwart	12
Konterrevolution in Polen	16
Kampfstoffe und Nawalny	18
Untergang des US-Fracking-Öls	20
Seuchenschutz in der DDR	26
Wiedergelesen: „Stadt der Blinden“	30
Leserbriefe	32

Friedensbewegung und Die Linke

Am 16. August gab der Kovorsitzende der Fraktion Die Linke im Bundestag, Dietmar Bartsch, dem Deutschlandfunk ein Interview, in dem er sich zur Haltung seiner Partei zu NATO und Kriegseinsätzen äußerte. Am 23. August reagierten darauf acht Aktive aus der Friedensbewegung mit einem „Aufruf aus der Friedensbewegung an die Partei Die Linke“. Bis zum 22. September wurde der Text von mehr als 1600 Menschen unterzeichnet. Er ist im Internet auf der Seite frieden-links.de zu finden.

Am 30. August nahmen die Erstunterzeichner unter der Überschrift „Aktive aus der Friedensbewegung bekräftigen die Notwendigkeit ihres Aufrufes an die Partei Die Linke“ Stellung zu einem Interview, das der außenpolitische Sprecher der Linke-Fraktion Gregor Gysi gegeben hatte. Wir dokumentieren beide Texte.

Die acht Initiatoren sind: Kristine Karch, Düsseldorf, Kosprecherin des internationalen Netzwerkes „No to war – no to NATO“; Prof. Dr. Werner Ruf, Edermünde, Kasseler Friedensforum; Reiner Braun, Berlin, International Peace Bureau, Kampagne Stopp Airbase Ramstein; Pascal Luig, Berlin, NaturwissenschaftlerInnen-Initiative, Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V. (NatWiss); Willi van Ooyen, Frankfurt am Main, Aktivist der Friedens- und Sozialforumsbewegung, Bundesauschuß Friedensratschlag, Ostermarschbüro; Karl Heinz Peil, Frankfurt am Main, Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V., verantwortlicher Redakteur des „Friedensjournal“; Bernhard Trautvetter, Essen, Mitbegründer „Netzwerk Schule ohne Bundeswehr Nordrhein-Westfalen“, Sprecher Essener Friedensforum, VVN-BdA; Ekkehard Lentz, Bremen, Sprecher „Bremer Friedensforum“

Das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) zitiert aus einem Interview des Deutschlandfunks den Kofraktionsvorsitzenden der Partei Die Linke im Deutschen Bundestag, Dietmar Bartsch. Seine Äußerungen zur Außenpolitik bereiten uns – Menschen aus der deutschen Friedensbewegung – große Sorgen um die letzte im Parlament vertretene Partei mit friedenspolitisch konsequenter Programmatik. In dem Interview geht es um die NATO-Orientierung der deutschen Außenpolitik. Die NATO ist das Militärbündnis, von dem aus die meisten und massivsten Völkerrechtsverletzungen seit dem Ende des Kalten Krieges ausgegangen sind und ausgehen. In einer Desinformationskampagne unter Verweis auf die vermeintlich übermächtige Rüstung Rußlands und Chinas fordert die NATO eine Steigerung der Rüstungsausgaben ihrer Mitglieder in einem sozialpolitisch und ökologisch unverantwortlichen Umfang, obwohl die NATO-Staaten schon jetzt circa 15 mal mehr für den Militärssektor ausgeben als Rußland.

Statt gegen die brandgefährliche NATO-Politik vorzugehen, erklärt Dietmar Bartsch in der Absicht, mit den Parteien, die die

NATO-Politik mittragen, in eine Koalition gehen zu können, man sei „am Ende des Tages (...) auch auf diesem Feld regierungsfähig“. Er ergänzt, es sei absurd zu glauben, die Linken wollten eine Auflösung der NATO zur Voraussetzung für einen Regierungseintritt machen.

Auch in der Frage der Auslandseinsätze der Bundeswehr erklärte Dietmar Bartsch eine sogenannte Diskussionsfähigkeit seiner Partei. Bartsch verwies darauf, daß die Mitglieder seiner Fraktion in der Vergangenheit im Parlament schon unterschiedlich abgestimmt hätten. Es sei absurd, anzunehmen, Linke würden sich an dem Tag, an dem ihre Partei Regierungsverantwortung übernehme „in die Flugzeuge setzen und die Jungs zurückholen“.

Mit anderen Worten: Einsätze der Bundeswehr, die zur Destabilisierung ganzer Weltregionen und zu unsäglichem Leid sowie letztlich zu einer Zuspitzung von Fluchtursachen und Flüchtlingstragödien führen, sind für Mitglieder der Führungsspitze der Bundestagsfraktion der Linken (zukünftig) zustimmungsfähig.

Diese Politik, die im Gegensatz zum Programm der Linken steht, darf nicht in die Realität umgesetzt werden. Sie dient nicht dem Frieden und widerspricht den Interessen der Menschen in den Kriegsgebieten und auch in unserem Land.

Erklärung vom 30. August:

Nach dem kürzlichen Interview des Fraktionsvorsitzenden der Partei Die Linke, Dietmar Bartsch, im Deutschlandfunk zu außen- und verteidigungspolitischen Fragen haben Aktive aus der deutschen Friedensbewegung einen Aufruf an die Partei initiiert, den innerhalb kurzer Zeit bereits zahlreiche Menschen unterzeichnet haben.

Auch Gregor Gysi fordert nun in seinem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ vom 28. August einen außenpolitischen Kurswechsel der Partei Die Linke. Die Linke fordert in ihrem Erfurter Programm, daß die Bundeswehr „aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt“ wird. Wenn Gregor Gysi in diesem Zusammenhang von Kompromißfähigkeit spricht, dann verabschiedet er sich nach Dietmar Bartsch von der konsequenten Friedensprogrammatik seiner Partei.

Die Interventionspolitik der NATO, an der sich die Bundeswehr beteiligt, hat eine ganze Weltregion destabilisiert und ungezähltes Leid für die Menschen mit sich gebracht. Die NATO ist für die häufigsten und massivsten Völkerrechtsverstöße seit dem Ende des Kalten Krieges verantwortlich. Gregor Gysi formuliert die Hoffnung, Deutschland könne als NATO-Mitglied „zum Hauptvermittler“ werden. Konsequente Friedenspolitik benennt die Gefährlichkeit der NATO, deren Kriege einer internationalen Friedensordnung unter Beachtung des Völkerrechts und der Bedeutung der UNO

für eine Konfliktregelung durch Verhandlungen statt durch Abschreckung entgegensteht.

Wenn Gregor Gysi dies nicht anspricht, dann wird die „Aufbruchstimmung“, die er einfordert, ein friedenspolitischer Offenbarungseid, der die Kräfte des Friedens in und außerhalb seiner Partei in größte Sorgen versetzt.

Wir sehen uns durch die Aussagen von Gregor Gysi darin bestätigt, verstärkt um weitere Unterstützung für unseren Appell an die Partei Die Linke zu werben, da nur durch Beibehaltung der bisherigen programmatischen Positionen der Partei in der Außenpolitik ein notwendiger, friedenspolitischer Politikwechsel erzwungen werden kann.

Auszug aus dem Erfurter Programm der Partei Die Linke von 2011, Präambel:

- für Frieden und Abrüstung, gegen Imperialismus und Krieg, für eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen, ein Verbot von Rüstungsexporten sowie die Umwandlung von Rüstungsindustrie in zivile Produktion, d. h. die Förderung von Rüstungskonversion. Die Linke wird niemals einer deutschen Beteiligung an einem Krieg zustimmen. Krieg löst kein Problem, er ist immer Teil des Problems. Die Bundeswehr muß aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden, ihr Einsatz im Inneren ist strikt zu untersagen, die Notstandsgesetze, die den Einsatz der Bundeswehr im Inneren vorsehen und ermöglichen, sind aufzuheben. Die Linke fordert die Achtung von Völkerrecht und Menschenrechten, eine Stärkung der zivilen Entwicklungsunterstützung, Konfliktprävention, friedliche Konfliktlösung und ein Ende der ökonomischen Ausbeutung der Dritten Welt.

Seite 70 ff.:

Abrüstung und strukturelle Nichtangriffsfähigkeit

Statt Aufrüstung, militärischer Auslandseinsätze und EU-NATO-Partnerschaft, also einer Kriegslogik, ist eine Umkehr zu einer friedlichen Außen- und Sicherheitspolitik notwendig, die sich strikt an das in der UN-Charta fixierte Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen hält.

Die Linke lehnt den Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit einzusetzenden Kriegsführungsarmee ab. Die Linke setzt sich für eine schrittweise Abrüstung der Bundeswehr ein, die kriegsführungsfähigsten Teile sollen zuerst abgerüstet werden.

Die Linke fordert die Beendigung der Beteiligung von Bundes- und Länderpolizei an internationalen Polizeieinsätzen, die zur Unterstützung von Kriegen und autoritären Regimen dienen. Auch Militärberatungsmissionen müssen beendet werden. Die Linke fordert die Etablierung eines zivilen Katastrophenschutzes mit eigenen zivilen Kapazitäten unter dem Dach der UNO. ...

Hände weg von Belarus!

Angesichts der gefährlichen Zuspitzung in Belarus und der damit wachsenden Kriegsgefahr starteten Hans Bauer, Vorsitzender der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V. (GRH), Patrik Köbele, Vorsitzender der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), Conny Renkl, Mitglied der Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ) und Arnold Schölzel, Vorsitzender des Rotfuchs-Förderverein e.V., am 20. August gemeinsam einen friedenspolitischen Appell. Bis zum 24. August wurde er bereits von knapp 300 Unterstützerinnen und Unterstützern gezeichnet. Am Antikriegstag, dem 1. September, wurden bundesweit weitere Unterschriften gesammelt:

Steiniger; Joachim Traut; Wolfram Triller; Sandra Trotter; Iain Trotter; Dr. Matthias Werner; Peter Wozniak; Zbigniew Wiktor

Der DKP-Parteivorstand veröffentlichte ebenfalls am 20. August unter der Überschrift „Hände weg von Belarus!“ folgende Erklärung:

Am 9. August haben in der Republik Belarus Wahlen stattgefunden, die der langjährige Präsident Alexander Lukaschenko nach Angaben der Wahlkommission gewonnen hat. Die Opposition hatte bereits vor den Wahlen verkündet, daß sie ein solches Ergebnis nicht anerkennen würde, und erklärte

Ware gemacht werden, Wohnungen privatisiert, Marktnormen und Standards der EU übernommen werden. Kürzungen und Privatisierungen im Gesundheitswesen sind geplant, die Liste der kostenlosen Behandlungen soll stark eingeschränkt werden. Die üblichen Forderungen des IWF werden in vorausweisendem Gehorsam geplant.

Dies alles läßt sich in Veröffentlichungen der Opposition nachlesen. Es droht ein Szenario wie 2013/14 in der Ukraine mit allen dort zu beobachtenden sozialen, politischen und wirtschaftlichen Folgen. Dazu gehört auch der Nationalismus – die weiß-rot-weißen Fahnen der Demonstranten in

Hände weg von Belarus!

Die Auseinandersetzungen in Belarus sind eine innere Angelegenheit der Bevölkerung von Belarus und seiner Regierung. Deshalb fordern wir:

- Keine Einmischung durch NATO, EU und Bundesrepublik. Die Auseinandersetzungen dürfen weder zu einem weiteren Vorrücken von NATO und EU nach Osten, noch im Rahmen der friedensgefährdenden Einkreisungspolitik gegenüber der Russischen Föderation mißbraucht werden.
- Keine Sanktionen gegen Belarus. Sanktionen dienen den Interessen des Imperialismus.
- Volk und Regierung in Belarus brauchen keine Ratgeber, die die Privatisierung öffentlichen Eigentums, den Abbau von sozialen Leistungen oder von Einrichtungen und Leistungen der Daseinsvorsorge fordern. Ratgeber, wie der Internationale Währungsfonds, die Europäische Zentralbank beweisen in Vergangenheit und Gegenwart, daß es ihnen nicht um die Interessen der Menschen, sondern um die Interessen von Banken, Konzernen ihren Verbänden und Institutionen geht.

Erstunterzeichner waren u. a.: Hans Bauer; Dr. Anne Becker; Dieter Becker; Dirk-Werner Benicke; Dr. Klaus Blessing; Günter Böhm; Joachim Bonatz; Ursula Böttcher; Paul Böttcher; Manfred Brandt; Elke Brucks; Gerd Brucks; Brunhilde Büdler; Hans Buley; Vera Dehle-Thälmann; Karin Dockhorn; Wolfgang Dockhorn; Werner Groß; Männe Grüß; Iris Harnack; Klaus Hartmann; Willi Hofmeister; Gerd Hommel; Stefan Huth; Horst Jäkel; Brigitte Kabbeck; Hans-Joachim Kahlke; Patrik Köbele; Lena Kreymann; Greta Lausch; Günter Leo; Bruno Mahlow; Andreas Maluga; Gerhard Mertzen; Wolfgang Metzger; Anja Mewes; Herbert Münchow; Weber-Herzog Musiktheater; Mike Nagler; Cornelia Noack; Gina Pietsch; Max Renkl; Conny Renkl; Wera Richter; Silvia Rölle; Adrian Rudnich; Dr. Eva Ruppert; Werner Schleese; Wolfgang Schmidt; Arnold Schölzel; Renate Schönfeld; Torsten Schowitz; Günter Seidel; Bruni



ihre Kandidatin Swetlana Tichanowskaja zur Siegerin. Seitdem gibt es teilweise gewaltsame Proteste mit mindestens einem Toten bei den Demonstranten und Verletzten auf beiden Seiten sowie Verhaftungen. In etlichen Betrieben wird auch gestreikt. Ohne jegliche Vorlage von Beweisen haben USA und EU die Ergebnisse der Wahlen nicht anerkannt und unterstützen die Opposition. Das gilt auch für die Bundesregierung und für alle Parteien im Bundestag. Sofort wurden Sanktionen gefordert.

Vorausgegangen ist dem eine jahrelange Kampagne von USA, NATO und EU gegen Belarus. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Sollte es gelingen, Belarus zu destabilisieren und in das Einflußgebiet der NATO zu bekommen, wäre dieses Kriegsbündnis seinem Ziel, der vollständigen Einkreisung der Russischen Föderation, ein großes Stück nähergekommen. Hinzu kommt, daß Belarus die einzige ehemalige Sowjetrepublik ist, in der ein großer Teil der Produktion in staatlicher Hand geblieben ist, soziale Errungenschaften zumindest teilweise erhalten blieben.

Die vom Westen unterstützte Opposition unter Führung von Tichanowskaja dagegen fordert die Privatisierung eines großen Teils der staatlichen Betriebe, die von ausländischen Investoren übernommen werden sollen. Grund und Boden sollen zur

Belarus waren 1943 bis 1945 die Farben der Kollaborateure mit der faschistischen Wehrmacht.

Sicherlich beteiligen sich viele Bürgerinnen und Bürger von Belarus, die gegen Probleme und Mißstände in Land vorgehen wollen, an den Protesten. Vielen von ihnen geht es mit großer Wahrscheinlichkeit nicht um das oben skizzierte Programm der Opposition. Sie wollen keinen zweiten Maidan und keine Erweiterung des Einflusses von NATO und EU um Belarus. Für sie wird sich niemand mehr interessieren, wenn die vom Imperialismus unterstützte Opposition mit ihrer Strategie Erfolg haben sollte.

Die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik Belarus und die aggressive Einkreisung der Russischen Föderation erhöhen die Kriegsgefahr gewaltig. Wir sagen: Hände weg von Belarus!

Wir fordern von der Bundesregierung:

- Anerkennung der Souveränität der Republik Belarus!
- Keine weitere Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik Belarus!
- Keine Sanktionen und keinen hybriden Krieg gegen Belarus – das belorussische Volk muß selbst über seinen Weg entscheiden können.

Auslandseinsätze beenden – Rüstungsexporte verbieten!

Die vier Bundestagsabgeordneten der Fraktion die Linke, Sevim Dagdelen, Ulla Jelpke, Heike Hänsel (stellvertretende Fraktionsvorsitzende) und Tobias Pflüger (stellvertretender Parteivorsitzender) nahmen in einer Erklärung zum Antikriegstag am 1. September Stellung. Der Erklärung schlossen sich zahlreiche Politikerinnen und Politiker der Linken an, deren Namen wir hier dokumentieren:

Am 1. September 1939 begann mit dem Angriff der deutschen Wehrmacht auf Polen der Zweite Weltkrieg. Die Gesamtopfer dieses Krieges, den Nazideutschland verantwortete, sind mehr als 55 Millionen Tote, davon allein 28 Millionen Menschen in der Sowjetunion. Über sechs Millionen Jüdinnen und Juden und fünfhunderttausend Sinti und Roma wurden ermordet. Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee das Vernichtungslager Auschwitz und am 8. Mai 1945 kapitulierte die deutsche Wehrmacht, die entsetzliche Verbrechen verantwortete, gegenüber der Sowjetunion, den USA, Großbritannien und Frankreich. Europa lag in Trümmern. Alle diejenigen, die ein antisozialistisches Deutschland wiederaufbauen wollten, waren sich einig, daß es nach der Verantwortung für zwei Weltkriege in einem Jahrhundert keine deutsche Armee mehr braucht. Der Schwur von Buchenwald „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ schloß mit ein, daß es keine deutsche Wiederbewaffnung geben sollte und keine deutsche Rüstungsindustrie, die aus dem Tod ein Geschäft macht.

Im Kalten Krieg fiel dieser friedenspolitische Grundsatz, obwohl sich in der Bundesrepublik eine breite gesellschaftliche Bewegung gegen die Remilitarisierung gestellt hatte. Konsens über alle politischen Grenzen hinweg, auch als Lehre aus dem zweiten Weltkrieg, blieb, daß die Soldaten der Bundeswehr nicht im Ausland eingesetzt werden und deutsche Waffen nicht die Kriege in aller Welt nähren sollten. Dieser Konsens wurde nach dem Ende des Kalten Krieges aufgebrochen. Auch SPD und Grüne stimmten fortan im Bundestag für Auslandseinsätze der Bundeswehr. Rüstungsexporte in alle Welt wurden zum neuen Markenzeichen der Berliner Republik. Fortan beteiligte sich Deutschland an den weltweiten Kriegen um Rohstoffe, Marktzugänge und geopolitischen Einfluß. Der Umbau der NATO weg von der formalen Bündnisverteidigung zu einem globalen Kriegsführungsbündnis wurde von der rot-grünen Bundesregierung mit der neuen NATO-Charta 1999 ebenso mitgetragen wie das Heranrücken des Militärpakts durch stetige Erweiterungen bis an die russische Grenze.

Angesichts dieser verheerenden Entwicklungen war und ist es der Gründungskonsens der Partei Die Linke, die Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen zurückzuholen

und Rüstungsexporte generell zu verbieten. Aufgrund der Erfahrungen mit SPD und Grünen, die als Regierungsparteien den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien mitführten, wurde im Erfurter Grundsatzprogramm eine Beteiligung an einer Regierung, die Kampfeinsätze der Bundeswehr führt, ausgeschlossen. Und es ging bei der Gründung der Partei Die Linke nicht nur um die Forderung nach Auflösung der NATO und deren Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einfluß Rußlands, sondern es wurde zugleich vereinbart, diese Auflösung der NATO auch durch konkrete Schritte mit zu befördern. Deshalb gehört zum Gründungskonsens der Partei Die Linke auch die Forderung, daß Deutschland aus den militärischen Strukturen der NATO austritt. Kurz: Die Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr ist keine Frage, die mit anderen Parteien „diskursiv“ geklärt werden könnte. Die Frage der Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Frage, wie wir zum Aufrüstungspakt NATO stehen, sind der Lackmusstest unserer friedenspolitischen Glaubwürdigkeit.

Im Zuge der Debatte um Regierungsbeteiligungen wird von einigen in der Partei Die Linke dieser Gründungskonsens in Frage gestellt und eine bedingungslose Koalitionsbereitschaft in Richtung SPD und Grüne signalisiert. Bisher formulierte Haltelinien für Regierungsbeteiligungen werden relativiert bis ignoriert. Das ist fatal für die Zukunft der Partei Die Linke und eine Schwächung der breiten gesellschaftlichen Bewegung für Frieden und Abrüstung. Wir sehen darin auch einen Angriff auf die friedenspolitischen Grundpositionen unserer Partei und weisen diesen Versuch, den Markenkern der Linken beschädigen zu wollen, in aller Schärfe zurück.

Unsere roten Haltelinien für Regierungsbeteiligungen sind nicht verhandelbar, denn sie sichern die Glaubwürdigkeit der Linken ab. Eine Regierungsbeteiligung einer Linken, die dafür friedenspolitische Grundsätze über Bord wirft, ist nicht erstrebenswert. Wir sagen in Anlehnung an ein Wort von Willy Brandt zur Sozialdemokratie: Es hat keinen Sinn, eine Regierungsbeteiligung für Die Linke zu erringen, wenn der Preis dafür ist, keine Linke mehr zu sein.

Statt bedingungslose Koalitionsbereitschaft zu signalisieren, müssen wir gemeinsam mit der Friedensbewegung Druck machen, damit sich die SPD wieder auf Frieden und Abrüstung verpflichtet und die Grünen sich ihrer pazifistischen Wurzeln erinnern.

Unterzeichnerinnen und Unterzeichner: Cornelia Barth (Landesvorsitzende Bremen), Eva Bulling-Schröter (Landesvorsitzende Bayern), Olga Fritzsche (MdHB, Landesvorsitzende Hamburg), Ates Gürpinar (Landesvorsitzender Bayern), Martin Günther (stv. Landesvorsitzender

Brandenburg), Jules El-Khatib (stv. Landesvorsitzender NRW), Christian Leye (Landesvorsitzender NRW), Petra Heimer (Landesvorsitzende Hessen), Inge Höger (Landesvorsitzende NRW), Lars Leopold (Landesvorsitzender Niedersachsen), Sahra Mirow (Landesvorsitzende Baden-Württemberg), Thorben Peters (stv. Landesvorsitzender Niedersachsen), Heidi Reichinnek (Landesvorsitzende Niedersachsen), Jan Schalauske (Mitglied des Landtags – MdL, Landesvorsitzender Hessen), David Schwarzenzahl (stv. Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz), Dirk Spöri (Landesvorsitzender Baden-Württemberg), Katrin Werner (MdB, Landesvorsitzende Rheinland-Pfalz), Ursula Weisser-Roelle (stv. Landesvorsitzende Niedersachsen).

Ali Al-Dailami (stv. Parteivorsitzender), Friederike Benda (Parteivorstand), Judith Benda (Parteivorstand), Christiane Böhm (MdL Hessen), Lorenz Gösta Beutin (Mitglied des Bundestages – MdB), Barbara Borchardt (Präsidium Bundesausschuss), Arne Brix (Parteivorstand), Michel Brandt (MdB), Ellen Brombacher (Sprecherin Kommunistische Plattform), Christine Buchholz (MdB), Isabelle Casel (Sprecherin Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationale Politik), Deniz Celik (Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft – MdHB), Jörg Cezanne (MdB), Dr. Diether Dehm (MdB), Özlem Demirel (Mitglied des EU-Parlaments), Sylvia Gabelmann (MdB), Bettina Gutperl (Parteivorstand), Thies Gleiss (Parteivorstand, Sprecher Antikapitalistische Linke), Nicole Gohlke (MdB), Harri Grünberg (Parteivorstand), Claudia Haydt (Parteivorstand), Andrej Hunko (MdB), Alexander Kauz (Präsidium Bundesausschuss), Kerstin Kassner (MdB), Metin Kaya (MdHB), Dr. Achim Kessler (MdB), Christian Kruse (Landesschatzmeister Hamburg), Ralf Krämer (Parteivorstand, Sprecher Sozialistische Linke), Niema Movassat (MdB), Cornelia Möhring (MdB), Zaklin Nastic (MdB), Dr. Alexander S. Neu (MdB), Artur Pech (Präsidium Bundesausschuss), Sören Pellmann (MdB), Victor Perli (MdB), Norbert Müller (MdB), Lucy Redler (Parteivorstand), Ingrid Remmers (MdB), Franziska Riekewald (Parteivorstand), Johanna Scheringer-Wright (Parteivorstand), Heidemarie Scheuch-Paschkewitz (MdL Hessen), Eva-Maria Schreiber (MdB), Saadet Sönmez (MdL Hessen), Kathrin Vogler (MdB), Jochem Visser (Parteivorstand), Gökay Akbulut (MdB), Andreas Wagner (MdB), Harald Weinberg (MdB), Ulrich Wilken (MdL Hessen), Mehmet Yildiz (MdHB), Hubertus Zebel (MdB), Pia Zimmermann (MdB), Sabine Zimmermann (MdB), Edgar Zitelmann (Bundesausschuß, Sprecher Bundesarbeitsgemeinschaft Migration) sowie der Landesvorstand Nordrhein-Westfalen, Landesvorstand Hamburg und Landesvorstand Niedersachsen.

Soziale Frage und Frieden

Die Linke Hessen beschließt Strategiepapier. Absage an „rot-rot-grünes“ Regierungsbündnis im Bund

Es reiche „nicht aus, sich mit Tagesfragen zu befassen, Mißstände anzuprangern und über parlamentarische Mehrheiten nachzudenken“, schreibt der Landesvorstand der Partei Die Linke in Hessen in einem Mitte Juli beschlossenen Strategiepapier. Es ist das Ergebnis der hessischen Landesstrategiekonferenz Anfang Februar. In der vergangenen Woche wurde der Text den Parteigliederungen zur weiteren Debatte zugeschickt.

Der Beschluß ist auch eine Reaktion auf das Papier „Für eine solidarische Zukunft nach Corona“ der Bundesvorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger, des Bundesgeschäftsführers Jörg Schindler und des Bundesschatzmeisters Harald Wolf. Das Papier war zuerst diversen Tageszeitungen zugegangen, ehe es sehr kontrovers im Bundesvorstand der Partei diskutiert wurde. Ausschlaggebend für die hessische Intervention war die Behauptung der Verfasser, auf der letzten Bundesstrategiekonferenz Ende Februar sei für eine „Linke“ Bundesregierung plädiert worden. Petra Heimer, Kolandesvorsitzende der hessischen Linkspartei, erklärte gegenüber „junge Welt“, sie habe dies anders in Erinnerung.

Der Landesvorstand von Die Linke in Hessen erwartet kein schnelles Ende der aktuellen Wirtschaftskrise. Schon seit Mitte 2019 stecke die Wirtschaft der BRD in einer Rezession, die von der Coronapandemie verstärkt werde. Dies beschleunige Monopolisierung, Digitalisierung, Arbeitsverdichtung, Qualifikationswertung und Entlassungen. Nun stehe die soziale Frage an erster Stelle: „Hier können wir uns weder auf eine Zuschauerposition oder

mediale Statements, noch auf parlamentarische Initiativen beschränken. Wir müssen uns praktisch einmischen und Vorreiter bei sozialen Auseinandersetzungen sein.“ Dafür sollten Kampagnen breiter in die Partei getragen werden: „Rentenkampagne, Pflegenotstand stoppen, bezahlbare Miete statt fette Rendite.“ Die Parteileitungen sollten sie konkret, nachvollziehbar und praktisch umsetzbar auf die Tagesordnung setzen. Die Linke müsse zur Anlaufstelle für Menschen mit Existenzängsten werden – und sich so organisieren, daß erwerbstätige und sozial deklassierte Menschen in ihr politisch arbeiten können.

Eine Regierungsbeteiligung im neoliberalen System wird klar abgelehnt. Als Kleinstpartner einer „rot-rot-grünen“ Koalition müsse man „zu viele Kröten schlucken“, erklärte Heimer. Achim Kessler, Mitglied des Landesvorstands und gesundheitspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, sagte gegenüber „junge Welt“, diese Taktik führe die Wähler eher zu SPD und Grünen – und verschrecke Stammwähler: „In dieser Situation auf ein Regierungsbündnis mit zwei Parteien zu setzen, die Hartz IV durchgesetzt haben, ist politischer Selbstmord. Solange sie ihren neoliberalen Kurs nicht korrigieren, werden uns die Menschen ein Bündnis mit ihnen nicht verzeihen.“ Generell sei die Parlamentsfixierung der Parteispitze falsch herum gedacht, betonte Gabriele Faulhaber, Kreisvorsitzende von Die Linke Wetterau und ebenfalls im Landesvorstand, gegenüber dieser Zeitung: „Der parlamentarische Arm kann Bewegungen zuarbeiten, aber Hegemonie ist keine Frage parlamentarischer Mehrheiten.

Parlamentsarbeit bringt auch keine gesellschaftliche Verankerung; das kann nur eine handlungsfähige Partei selbst.“

Es brauche inhaltsbezogene Bündnisarbeit mit verschiedenen Organisationen und Bewegungen. Hierbei müsse Die Linke ihre Positionen durch Argumente nach vorne bringen, aber auch andere Ansichten respektieren, solange sie demokratisch seien. Man dürfe sich nicht anmaßen, „Stabsstelle für die richtige Meinung zu sein“, erklärte Faulhaber. Mit so einer Einstellung „hätten wir in den 80ern keine Friedensbewegung auf die Beine gestellt“.

Forderungen müßten in der Krise zugespitzt statt abgeschwächt werden, heißt es im Papier des Landesvorstands: Massive öffentliche Investitionen, ein Sofortprogramm für den kleinen Mittelstand, ein Mindestlohn von 13 Euro, Viertagewoche bei vollem Lohnausgleich, mehr Geld für Kommunen – und dafür Vermögenssteuer und eine „Krisenabgabe“ der Reichen. Nötig sei eine „an der Klassenfrage orientierte Strategie“, so Kessler: „Die Eigentumsfrage, die Frage nach der ungleichen Verteilung von Geld und Macht, muß jetzt mit aller Schärfe auf die Tagesordnung.“

Das Strategiepapier endet mit deutlichen Worten: „In der Friedensfrage darf es kein Wanken geben!“ Auslandseinsätze, Waffenexporte, NATO-Manöver und Wirtschaftssanktionen lehnt die hessische Linkspartei ab; sie stehe „kompromißlos“ für Frieden.

Milan Nowak

in „junge Welt“ vom 28. Juli 2020

Einladung

Der Vorstand des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. lädt die Mitglieder für Dienstag, den **17. November 2020**, zur **Mitgliederversammlung** in den Münzenberg-Saal des Bürogebäudes Franz-Mehring-Platz 1 (ND-Gebäude), 10243 Berlin, herzlich ein.

Tagesordnung:

- Berichte des Vorstandes, des Kassierers und der Revisionskommission
- Aussprache
- Beschlußfassung über eine Änderung der Satzung
- Neuwahl des Vorstandes, der gesetzlichen Vertreter des Vereins und der Revisionskommission

Die Mitgliederversammlung beginnt um 10 Uhr und dauert bis gegen 13.30 Uhr

Die Mitgliederversammlung findet unter Einhaltung der Infektionsschutzmaßnahmen

statt (Mund-Nasen-Schutz im öffentlichen Bereich des Bürohauses, Abstand, Desinfektion der Hände). Auf Grund der Corona-Einschränkungen sind nur 45 Teilnehmer zugelassen. Die Teilnahme ist mit den Regionalgruppenvorsitzenden oder mit dem geschäftsführenden Vorstand abzustimmen.

Vorschlag zur Satzungsänderung/Ergänzung:

Bisher:

§ 12 Haftung

Schadensersatzansprüche für Schäden, die Dritten nachweislich durch die Vereinstätigkeit entstehen, richten sich gegen den Verein und sein Vermögen, nicht gegen die Mitglieder. Der Verein haftet nicht für die Verbindlichkeiten seiner Mitglieder. Mitglieder des Vorstandes und der Regionalgruppen, die ihre Befugnisse überschreiten, sind dem Verein gegenüber für einen dadurch entstandenen Schaden verantwortlich.

Neu:

§ 12 Haftung

Schadensersatzansprüche für Schäden, die Dritten nachweislich durch die Vereinstätigkeit entstehen, richten sich gegen den Verein und sein Vermögen, nicht gegen seine Mitglieder.

Von der persönlichen Haftung sind ausdrücklich ausgenommen die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes und der Redaktion. Ausnahmen stellen nur vorsätzliches oder grob fahrlässiges Handeln dar, wenn dieses zu einem Schaden führt.

Der Verein haftet nicht für die Verbindlichkeiten seiner Mitglieder. Mitglieder des Vorstandes und der Regionalgruppen, die ihre Befugnisse überschreiten, sind dem Verein gegenüber für den dadurch entstandenen Schaden verantwortlich.

Vorletzter Schritt

Am 18. August fand eine Videokonferenz der Union der Kommunistischen Parteien – KPdSU (UKP-KPdSU) statt. Das Hauptthema lautete: „Zur Situation in der Republik Belarus und zu Maßnahmen zur Unterstützung der Kommunistischen Partei von Belarus“. Wir dokumentieren die am selben Tag vom Pressedienst des Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) veröffentlichte Zusammenfassung, redaktionell gekürzt:

(...) Wir, die Führer der kommunistischen Parteien Russlands, der Ukraine und Weißrusslands, haben gerade unsere Einschätzungen über die Geschehnisse ausgetauscht, sagte Gennadi Andrejewitsch Sjuganow (Vorsitzender des Zentralrats der UKP-KPdSU und des ZK der KPRF). Und wir kamen zur allgemeinen Schlußfolgerung: Wir sprechen nicht einfach über Opposition, sondern über eine Stoßkraft, die versucht, die Republik und die belarussische Regierung zu zerstören, ohne etwas anzubieten. Wenn einige „Gratulanten“ von Lukaschenko fordern, sofort zurückzutreten und die Macht an irgendeinen unbekanntem Rat zu übertragen, der keine Befugnisse hat, möchte ich ihnen erklären, daß dies nicht nur zur Niederlage, sondern auch zur Zerstörung der Republik führen wird.

„Nachdem wir die Situation diskutiert hatten“, fuhr der Vorsitzende der KPRF fort, „sahen wir, daß auch Tichanowskaja keine Vorschläge hat, was zu tun ist. Im Bereich der Wirtschaft – nicht einen. Im Bereich der Politik – auch keinen. Es gibt nur einen Vorschlag: Laßt uns alles privatisieren und zerstören. Aber bei uns in Rußland wurden bereits 80.000 Unternehmen und fast 50.000 Kolchosbetriebe zerstört. In der Ukraine ist das Bild ungefähr gleich.“

„Daher glauben wir, daß man die Führung von Belarus so weit wie möglich konsolidieren muß“, betonte Gennadi Andrejewitsch. „Man muß sich treffen und die Situation mit Präsident Lukaschenko besprechen. Überall in Arbeitskollektiven sprechen und erklären, daß die Behörden bereit sind, eine Reihe von Vorschlägen anzunehmen, die von den Demonstranten geäußert werden.“

„In Belarus“, vermerkte G. A. Sjuganow weiter, „muß das politische System repariert werden. Augenscheinlich ist es an der Zeit, die Verfassung zu ändern. Aber außer Lukaschenko und seiner Mannschaft gibt es im gegenwärtigen Belarus niemanden, der solche Reformen durchführt. Wenn sich die ‚Gratulanten‘ von außen unter der Führung der polnisch-litauischen Schlachta (Begriff für den polnischen Adel, RF), die jetzt die Bedingungen aus Vilnius, aus Warschau und aus dem von Bandera-Leuten eroberten Kiew diktiert, anbieten, möchte ich erklären: Dies wird zu einem schlimmeren Szenario führen als in der Ukraine. Ich möchte Sie daran erinnern, daß die Ukraine ein riesiges, starkes industrielles Potential hatte, aber es gelang ihnen, fast alle bedeutenden Werke zu zerstören.“

„Wir müssen jetzt so viel wie möglich Aufklärungsarbeit leisten“, rief der kommunistische Führer auf. „(...) Morgen wird die gesamte belarussische Wirtschaft liquidiert werden, weil der Westen einen Konkurrenten loswerden

will. Heute wird jeder dritte schwere Muldenkipper der Welt in Belarus hergestellt. Jeder zweite davon arbeitet in russischen Steinbrüchen. Die Belarussen produzieren hervorragende Traktoren, aber die werden morgen nicht mehr da und die Produktion wird zerstört sein. Und jeder zweite belarussische Arbeiter wird ohne Arbeit und Lohn bleiben. Deshalb müssen sich die russischen Arbeitskollektive heute direkt an die belarussischen wenden.“

„Es beginnen dort Repressalien, auch gegen Sicherheitsbeamte“, sagte der Vorsitzende der KPRF. „Fünf Etappen der ‚orangenen Revolution‘ wurden bereits absolviert. Zuerst schenken sie Blumen, jetzt fangen sie an, Fenster einzuschlagen. Dieses Szenario ist gut bekannt. Aber in Belarus arbeiteten die Gegner der russischen Welt gründlicher. (...)“

„Meiner Meinung nach“, betonte Gennadi Andrejewitsch, „ist es von grundlegender Bedeutung, dass Präsident Putin eine Sitzung des russischen Sicherheitsrates einberuft und gemeinsam mit den Führern der Parlamentsparteien die momentane Situation erörtert. (...) Schließlich werden in Belarus sogar Fahrgestelle für „Jars“- und „Topol-M“-Raketen hergestellt. Wir selbst sind nicht in der Lage, sie zu produzieren. Sogar unser U-Boot-Flottenmanagementsystem befindet sich größtenteils auf dem Territorium von Belarus. Alle unsere Öl- und Gaspipelines, alle unsere direkten Verbindungen nach Europa führen durch Belarus. Daher ist die Frage für uns absolut prinzipiell.“

„Jetzt setzt der Westen eine alte Idee um: einen Cordon sanitaire gegen Rußland von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer zu arrangieren“, bemerkte G. A. Sjuganow. (...)

„Wir müssen alle verstehen“, betonte der Führer der Kommunisten, „dass es in Rußland noch schlimmer sein wird, wenn Belarus zerstört wird. Wir haben eine Kompradorenoligarchie, wir haben nationale Clans. Wir haben eine tiefere Spaltung in der Gesellschaft. Wir haben keine sozialen Garantien. Leider stellte sich heraus, daß das Gedächtnis der Menschen kurz ist. Wir haben sowohl 1991 als auch die schneidigen 90er vergessen. Wir haben die Situation im Kaukasus und in Zentralasien vergessen. Aber wir müssen uns an all das erinnern und Vorkehrungen treffen.“ (...)

„Die liberalen Kräfte sind pleite“, sagte G. A. Sjuganow. „Im Fernsehsender ‚Doshd‘ wurde sogar gefordert, NATO-Truppen nach Belarus zu bringen. (...) Ich habe mir angesehen, wer heute diejenigen füttert, die versuchen, Belarus zu zerschlagen. Einer sitzt in London und stellt 1,5 Millionen Euro zur Verfügung, um Vandalismus zu subventionieren. Sie haben bereits begonnen, die Fenster einzuschlagen und Kommunisten mit Gewalt zu bedrohen. Hier müssen die Behörden Willen, Solidarität und Charakter zeigen“, forderte der Führer der KPRF.

Der Führer der belarussischen Kommunisten, Alexej Nikolajewitsch Sokol, erklärte ebenfalls, es sei notwendig, das zu bewahren, was im Laufe vieler Jahre geschaffen wurde. Er stellte fest, daß die Organisatoren des Protestes objektive Probleme nutzen, um ihre Ziele zu

erreichen. „Leichtgläubige Belarussen wurden von Provokateuren, Radikalen beeinflusst, die versuchen, die Situation zu erschüttern“, sagte der Sprecher. Sokol äußerte, daß die Massenproteste zu einem großen Teil auf die Coronavirus-Pandemie zurückzuführen seien. Ihm zufolge erforderte die anhaltende Spannung, in der sich die Menschen befanden, eine Befreiung, eine Welle von Emotionen. Zusammenfassend erklärte der Führer der belarussischen Kommunisten die Notwendigkeit, das Land zu verteidigen und die Interessen der Menschen in der gegenwärtigen Situation zu schützen. Der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei der Ukraine, Pjotr Nikolajewitsch Simonenko, betonte, daß der Kern der protestierenden Massen in Belarus durch westliches Kapital aus Nationalisten und Radikalen gebildet wurde. „Die Situation in der Ukraine wiederholt sich“, sagte er. Der Redner stellte fest, daß sowohl in Belarus als auch in seiner Republik nationale und religiöse Unterschiede bestehen. Ihm zufolge wird dieser Umstand zur Destabilisierung unter Beteiligung ausländischer Agenten und des Vatikans ausgenutzt. Eine unumgängliche Maßnahme sei die Konsolidierung der Führung von Ministerien und Unternehmen um Lukaschenko, aber auch die Zusammenarbeit mit Arbeitskollektiven.

Auf die Frage eines Korrespondenten des Fernsehsenders TVZ nach der Möglichkeit einer Verfassungsreform in Belarus verwies G. A. Sjuganow auf die Notwendigkeit eines öffentlichen Dialogs, der aber nur möglich sei, wenn es gesunde Kräfte in der Gesellschaft gibt. (...) Gleichzeitig bekräftigte G. A. Sjuganow, daß die Zeit für Veränderungen herangereift sei. (...) Der kommunistische Führer beschrieb das Geschehen in Belarus als den vorletzten Schritt zur Zerstörung der russischen Welt. Er erinnerte daran, daß die KPdSU Ende der 80er als systembildende Kraft erhalten bleiben mußte, aber denselben Angriffen ausgesetzt war. Er kündigte die mögliche Wiederholung einer ähnlichen Situation in Rußland an. „Bei uns stehen Gapons (Georgi Gapon, 1870–1906, organisierte als Pope der orthodoxen Kirche im Januar 1905 in St. Petersburg einen Arbeitermarsch zum Zaren, der von der Palastwache des Winterpalais zusammengeschossen wurde. Das löste die erste Revolution in Rußland aus. 1906 gestand Gapon, daß er Agent des zaristischen Geheimdienstes war und wurde gehenkt, RF) bereit und die gleichen Gapons laufen durch Belarus“, sagte er. (...)

Übersetzung aus dem Russischen:

Jutta Schölzel

Richtigstellung

Der Bericht in der September-Ausgabe des RF „Sowjetische Ärzte retteten uns“, Seite 7, wurde von Maria Marschall verfaßt und von Johanna Jawinsky an den RF eingesandt.

RF

Lage stabilisiert sich

Erklärung des ZK der KPRF zu Belarus

Unter dem Titel „Das Volk von Belarus unterstützen eingedenk historischer Erfahrungen“ veröffentlichte das ZK der KPRF am 20. August eine weitere Erklärung

Die Situation in Belarus stabilisiert sich schrittweise. Das brüderliche Volk von Belarus zeigte beispielhaft Mut, Weisheit, Verantwortung und hat verstanden, dass Präsident Lukaschenko die Interessen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung verteidigt.

Die Menschen liefen nicht am Gängelband jener Leute, welche die Präsidentschaftswahlen für die Organisation eines Maidan-2 nutzen wollten, faktisch aber für die Zerstörung des jungen belarussischen Staates. Zigtausende Demonstranten zur Unterstützung Lukaschenkos kamen nach Minsk, Gomel, Witebsk, Mogiljow und in andere Städte des Landes. Die Behauptungen der prowestlichen Kräfte, nur sie repräsentierten die einfachen Leute, fielen in sich zusammen.

Bei Zusammenstößen mit den Ordnungskräften gingen die Regierungsgegner zu einer infamen Taktik über. Sie versuchen, Streiks zu organisieren, um durch die Destabilisierung der Wirtschaft die Machtergreifung zu erreichen. Die Arbeitskollektive

stehen unter starkem Druck, an Kontrollpunkten der Betriebe gehen die Arbeiter durch die Reihen bösartiger »Oppositioneller«, die fordern, sich dem Streik anzuschließen. Über soziale Medien werden Drohungen gegen jeden verbreitet, der normal leben und arbeiten will. (...)



Gennadi Sjuganow

Die führende Rolle bei dem Bemühen, die legitime Regierung in Belarus zu stürzen, spielt Polen. Dieses Land ist klar entschlossen – wie schon vor Jahrhunderten –, die Belarussen zu seinen rechtlosen Knechten zu machen. Polen stützt sich dabei auf die

Vasallen der USA in den baltischen Staaten, besonders in Litauen, und auf die Unterstützung der Führung aus Bandera-Leuten in Kiew.

Die Gefahr einer bewaffneten Intervention ist verbunden mit einer Informationsaggression und offener Bestechung. Der Einsatz modernster Technik ermöglicht es, die öffentliche Meinung in Belarus und auch in Rußland zu manipulieren. Mit schmutzigen Strömen falscher Informationen wird versucht, ein völlig verzerrtes Bild von den Geschehnissen zu schaffen. (...)

Bei Verlust von Belarus als strategischem Verbündeten wäre Rußland von einem Ring unfreundlicher Staaten umgeben und von den Transportwegen zu seinen Partnern abgeschnitten. Genau darauf hat der russische Außenminister Lawrow hingewiesen. (...) Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation begrüßt erneut die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen in Belarus am 9. August dieses Jahres und erklärt ihre Unterstützung für die

Politik von Präsident Lukaschenko, eine sozial orientierte Wirtschaft aufzubauen und den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen. (...)

Beide Texte erschienen in „junge Welt“ vom 22. August 2020

EINE HERZLICHE, ABER DRINGENDE BITTE

Wie in jedem Jahr um diese Zeit legen wir den Heften des „RotFuchs“ ein Überweisungsformular bei. Wir bitten alle Leser, die es sich leisten können, in diesen symbolischen Hut Geldscheine oder Münzen hineinzuzwerfen. Wir haben es amtlich: Spenden sind die einzige Finanzquelle des „RotFuchs“. Das prüfende Finanzamt fand keine Hinweise auf Zuflüsse aus den Milliardenbeträgen, die SED, FDGB, DSE, MfS und viele andere 1990 irgendwo zwischen Saßnitz und Bad Brambach vergraben haben. Das ZDF, das zum großen Festspiel der Konterrevolution am 9. November 2019 mit dem Film „Preis der Freiheit“ herausfand, daß der DDR-Außenhandel tonnenweise Goldbarren verschwinden ließ, half uns auch nicht weiter. Guten Lohn gibt es hierzulande nur für antikommunistischen Wahn.

Der „RotFuchs“ ist kompromißlos parteilich in der Verteidigung der DDR und der Traditionen der Arbeiterbewegung. Seine Maxime bleibt, sich vor dem Klassenfeind nicht zu ducken und ihm schon gar nicht nach dem Munde zu reden. Eine solche Haltung führt in der Bundesrepublik zum Entzug jeglicher Förderung und dazu, daß schikaniert wird. Beim „RotFuchs“ zeigt das seit seiner Gründung 1998 keine Wirkung, denn er ist reich: Er kann sich auf Zehntausende treue, solidarische und opferbereite Leser verlassen, die ihm immer wieder unter die Arme greifen.

- Wir möchten aber den Einfluß der „Tribüne für Kommunisten, Sozialisten und andere Linke“ erweitern, denn seine Verantwortung für die Linke insgesamt wächst. Daher bitten wir alle Bezieher des „RotFuchs“ zu überlegen, ob sie unter Verwandten, Freunden und Bekannten nicht jeweils einen weiteren regelmäßigen Leser gewinnen können.
- Wer noch nicht Mitglied im „RotFuchs“-Förderverein ist, der kann dies gern werden. Ein Anruf genügt: 030/241 26 73.

Wir, die „RotFuchs“-Macher, brauchen Eure Hilfe, damit die von ihren Freunden und Mitstreitern geliebte und vom Gegner gehaßte kommunistisch-sozialistische Zeitung weiter erscheinen und verbreitet werden kann.

Wolfgang Metzger, Dr. Arnold Schölzel, Bruni Steiniger

BRD, Syrien und China

Deutsche Außenpolitik: Zwei Sachverhalte und eine Wahrheit

Zum ersten Sachverhalt: Die Bundesrepublik Deutschland hat im Juli den turnusmäßig wechselnden Vorsitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für einen Monat übernommen. Natürlich wollte der deutsche Außenminister Heiko Josef Maas brillieren. Er reichte einen Entwurf der BRD und Belgiens für die Anpassung der Resolution 2533 des Sicherheitsrates zu Fragen humanitärer UN-Hilfslieferungen für syrische Gebiete ein, der Lieferungen über die Grenzübergänge Bab as-Salam und Bab al-Hawa vorsah. Moskau und Peking legten gegen diesen Resolutionsentwurf ihr Veto ein. Prompt behauptete der US-Außenminister Pompeo, daß Assad, Rußland und China den Syrern Lebensmittel und Medikamente wegnehmen wollen, was die ohnehin schreckliche Situation vor Ort verschlechtere. Die Fakten belegen jedoch andere Tatsachen. Darauf wies Rußland hin. Es handelt sich hierbei um zwei Grenzübergänge zur Türkei, die nicht unter Kontrolle Syriens stehen. Sie sind auch für Terroristen und Kräfte der „Opposition“ offen.

Über die türkisch-syrische Grenze werden nach wie vor jene Kräfte versorgt, die bewaffnet gegen die rechtmäßige syrische Regierung kämpfen. Diese Extremisten fangen eintreffende Lebensmittel ab, eignen sie sich an und verteilen sie an ihre Anhänger oder verkaufen sie zu überhöhten Preisen.

Über die zwei Korridore gehen auch viele Güter an Extremisten, die in der Province Idlib ihr Unwesen treiben. Dazu gehört unter anderem die terroristische Gruppierung Hayat Tahrir asch-Scham.

Es gibt weitere Aspekte, die beide Vetomächte veranlaßten, gegen westliche Resolutionsvorschläge zu stimmen: Humanitäre Hilfe (auch der UNO) ohne Kontrolle durch den syrischen Staat untergräbt die Legitimität der syrischen Regierung. Das gehört zum politischen Spiel westlicher Staaten, die syrische Regierung unter Assad nicht anzuerkennen. Sie hoffen immer noch einen Regime-Change zu erreichen. Es liegt jedoch im Interesse Moskaus und Pekings, daß mit Assad auf internationaler Ebene verhandelt wird, zumal die rechtmäßige Regierung die Kontrolle über 90 Prozent des Landes zurückgewonnen hat. Beide Vetomächte haben in diesem Zusammenhang sehr gut die Situation im Irak und Libyen im Blick, die nur noch über fragile Staatlichkeit und mangelnde Souveränität verfügen.

Im fünften westlichen Entwurf der Resolution fanden die Positionen Rußlands und Chinas ihren Niederschlag. Es bleibt nur ein Übergang (Bab al-Hawa) für Hilfslieferungen nach Nord-syrien über einen Zeitraum von zwölf Monaten geöffnet. Bei der Annahme der Resolution enthielten sich Rußland und China der Stimme. Das ist auch völlig klar, denn in der aktualisierten Resolution 2533 (aus 2014) gibt es keine Formulierung für ein Zusammenwirken mit Damaskus und keine Aufhebung der einseitigen westlichen Sanktionen gegen Syrien. Ein weiterer Aspekt besteht darin, daß die

grenzüberschreitenden Maßnahmen der Hilfe ohne syrische staatliche Kontrolle vom Sicherheitsrat nur als außerordentliche und zeitweilige Maßnahme zugestimmt wurde. Rußlands Vertreter in den Vereinten Nationen, Wassili Nebensja, forderte dazu auf, zu den Prinzipien der Resolution 46/182 der UN-Vollversammlung vom 19. Dezember 1991 zurückzukehren. Sie beinhaltet, daß humanitäre Unterstützung unter den Bedingungen gewährt werden muß, die in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Humanität, der Neutralität und der Unparteilichkeit stehen. „Die Souveränität, territoriale Integrität und nationale Einheit der Staaten muß gemäß der Charta der Vereinten Nationen uneingeschränkt respektiert werden.“ Genau diese Regeln versuchen die USA und ihre westlichen Partner mit humanitärer Hilfe über türkisch-syrische Grenzorte zu unterlaufen.

Die allgemeine Propaganda der Medien stellte die Annahme der Resolution als einen deutschen Sieg dar. Tatsächlich haben sich jedoch Rußland und China in einer wesentlichen Frage durchgesetzt. Der deutsche Außenminister hat im Sicherheitsrat eine Niederlage erlitten. Sie widerspiegelt, daß die BRD-Außenpolitik einerseits Teil der Strategie zur Sicherung imperialistischer Vorherrschaft ist. Deutschland war bzw. ist am Konflikt in Syrien militärisch im Rahmen einer Koalition internationaler Kräfte als Kriegspartei beteiligt.

Andererseits kann die BRD kaum eigenständige und souveräne Außenpolitik betreiben, da ein Abhängigkeitsverhältnis zu den USA besteht.

Zum zweiten Sachverhalt: Im ersten Opiumkrieg (1840 bis 1842) eignete sich England Hongkong gewaltsam an. Dieser Krieg war der erste Schritt zur kolonialen Eroberung und Ausplünderung Chinas. Im Vertrag von Nanjing vom 29. August 1842 wurde Hongkong unter das Diktat der Briten gestellt.

Mit der Ausrufung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 endete der Bürgerkrieg in China. Tschiang Kaischek flüchtete mit seinen Resttruppen auf die Insel Taiwan, die völkerrechtlich zur Volksrepublik China gehört. Am 23. Mai 1951 unterzeichnete die VR China mit der Lokalregierung Tibets das Abkommen über die friedliche Befreiung Tibets. Hongkong und Macao blieben Kolonien.

Erst 1997 wurde die britische Kronkolonie Hongkong an China zurückgegeben. Die Volksrepublik integrierte den Landesteil im Rahmen der Doktrin „Ein Land, zwei Systeme“ als Sonderverwaltungszone. Macao fiel 1999 an China zurück.

Hongkong spielt nach wie vor eine wichtige Rolle als einer der bedeutendsten internationalen Finanzplätze in Asien. Der Hongkong-Dollar ist an den US-Dollar gebunden. Die Stadt mit ca. 40 Mio. Einwohnern ist gleichzeitig ein wichtiger Industriestandort und ein großer Handelsplatz.

Im Zusammenhang mit dem Vorschlag der chinesischen Führung, den Verwaltungschef

für Hongkong 2017 wählen zu lassen, tauchte wie aus dem Nichts im September 2014 eine Demokratiebewegung auf, die von zwei „Schüler- bzw. Studentengruppierungen“ und einer „Bürgerrechtsbewegung“ geführt wurde. Einer ihrer Führer ist Joshua Wong. Er unterhält besonders enge Kontakte zu US-Politikern, die ihn schon für den Friedensnobelpreis vorschlugen. Die Nähe der „Demokratiebewegung“ zur USA und zu US-Politikern läßt vieles ahnen. Diese Bewegung behauptet, daß es in Hongkong um einen Kampf Totalitarismus versus Demokratie ginge. Das äußerte im Deutschlandfunk Bonnie Leung, eine weitere „Führerin“ der Proteste. In diesem Zusammenhang werden gesetzliche Regelungen zur Auslieferung von Personen aus Hongkong an China kritisiert, die wegen Vergehen der Strafverfolgung unterliegen.

Da Hongkong bislang kein Sicherheitsgesetz hatte, verabschiedete der Nationale Volkskongreß das „Gesetz über die nationale Sicherheit“ in Hongkong am 30. Juni 2020. Es richtet sich gegen Aktivitäten, die als subversiv, separatistisch oder als ausländische Einmischung angesehen werden. Insbesondere die USA und die Europäische Union kritisieren das Gesetz. Tatsächlich ist das Gesetz eine alleinige innere Angelegenheit Chinas. Derartige Gesetzgebungen gibt es überall in der Welt, natürlich auch in den USA oder in der BRD. Warum soll das nicht auch für Hongkong gelten?

Der deutsche Außenminister drohte China mit Konsequenzen: „Wenn das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ durch das Sicherheitsgesetz ausgehöhlt wird, hat das auch Folgen für unser Verhältnis zu Hongkong und China.“ Die BRD und die EU wollen den Technologieexport nach Hongkong einschränken. „Zu den (deutschen) geplanten Maßnahmen zählte er die Vereinfachung der Einreise für Hongkong-Chinesen, einen Exportstopp für bestimmte Rüstungsgüter, Stipendienprogramme für bedrohte Wissenschaftler, Künstler oder Journalisten sowie ein Ende des Auslieferungsabkommens mit Hongkong.“

Solche Ankündigungen sind schlicht und einfach Erpressung und verstoßen gegen das Völkerrecht, wie es in der Charta der Vereinten Nationen geregelt ist. Sie stellen eine Einmischung in innere Angelegenheiten Chinas dar.

An zwei scheinbar völlig verschiedenen Sachverhalten konnten Infamie und Doppelzüngigkeit deutscher bzw. imperialistischer Außenpolitik dargelegt werden. Diese Wahrheit brachte im Dezember 2013 der damals 91jährige Sozialdemokrat, Egon Bahr, vor Gymnasialschülern folgendermaßen zum Ausdruck: „In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.“ ... egal, was der deutsche Außenminister oder die Propagandaindustrie behaupten.

Dr. Ulrich Sommerfeld

Ostlandritter

Die 5. Kolonnen satteln wieder die Pferde und blasen zum Halali

Um die Einkreisung Rußlands perfekt zu machen und einen „Cordon Sanitaire“ zu schaffen, muß man das letzte Hindernis – Belarus – so destabilisieren, daß es sich letztlich in die „demokratischen“ Arme des Westens begibt.

Dazu wird die 1919/1920 entwickelte Idee des damaligen französischen Außenministers Stéphane Pichon wieder ausgegraben, einen Staatengürtel – diesmal von Skandinavien bis Griechenland – zu errichten, um sich so von Rußland abschotten zu können und zugleich bis an die russischen Grenzen heranzurücken. Alles im Namen des Friedens, der Menschenrechte und der Demokratie.

Wie bekannt wurde, haben Oppositionelle aus dem Ruhrgebiet am 18. August 2020 einen offenen Brief an die Protestierenden in Belarus gerichtet. Sie, die im Westen Deutschlands aufgewachsen sind und die Unbill des Kapitalismus am eigenen Leibe erlebten, beschreiben in überzeugender Weise das, was die Weißrussen erwartet und verlieren würden, wenn die Demonstrierenden mit materieller und finanzieller Hilfe des Westens den Sturz der Regierung erreichen würden. Eine solche Meinungsäußerung hätte man sich von der Linken gewünscht, aber diese ist gegenwärtig dabei, sich bettfertig für das Kapital zu machen. Plötzlich spielen, weil man ja mitregieren will, NATO-Mitgliedschaft und Bundeswehrauslandseinsätze keine Rolle mehr. Aus einer einstmaligen Antikriegspartei wurde inzwischen eine Anpasserpartei.

Sollte man in diesem Zusammenhang nicht an folgendes Zitat erinnern?

„Verbreiten wir Chaos in der Sowjetunion, ersetzen wir, ohne daß es wahrgenommen wird, ihre Werte durch andere, falsche und verpflichten wir die Leute, an sie zu glauben. Wir werden unsere Alliierten und Gesinnungsgenossen in Rußland selbst finden. Episode auf Episode wird man aufgrund ihrer Ausmaße eine große Tragödie präsentieren: die Tragödie des Todes des weltweit unbeugsamsten Volkes, die Tragödie der definitiven und unumkehrbaren Auslöschung seines Selbstbewußtseins. Aus der Literatur und der Kunst tilgen wir beispielsweise deren gesellschaftliche Verantwortung. Wir werden den Künstlern die Lust, sich der Kunst zu widmen und die sich in der Gesellschaft

entwickelnden Prozesse zu erforschen, abgewöhnen. Literatur, Kino, Theater sollten die niedrigsten menschlichen Empfindungen reflektieren und preisen. Wir werden mit allen Mitteln die sogenannten Künstler unterstützen und loben, die damit beginnen, den Sexkult, die Gewalt, den Sadismus, den Verrat ins menschliche Bewußtsein zu trichtern und dort zu verankern. Mit einem Wort: jede Art von Unmoral. In Richtung auf den Staat werden wir Chaos und Verwirrung stiften. Auf eine nicht wahrnehmbare, aber aktive und konstante Weise werden wir den Despotismus der Funktionäre, die Bestechlichkeit, die Korruption, das Fehlen von Prinzipien begünstigen. Rechtschaffenheit und Ehrlichkeit werden lächerlich gemacht, als unnötig und ewiggestrig dargestellt werden. Die Unverschämtheit, die Anmaßung, der Betrug und die Lüge, der Alkoholismus oder die Drogenabhängigkeit, die irrationale Angst unter den Mitmenschen, der Verrat, der Nationalismus, die Feindschaft unter den Völkern und vor allem der Haß auf das russische Volk, all dies werden wir geschickt kultivieren, bis es wie die Knospe einer Blume aufgeht. Nur einige wenige werden richtig vermuten und sogar verstehen, was in Wahrheit vor sich geht. Aber diese Leute werden wir in eine hilflose Lage bringen, sie der Lächerlichkeit preisgeben, und die Art und Weise finden, sie fälschlicherweise zu beschuldigen, sie in Verruf zu bringen und auf sie als Abfall der Gesellschaft zu zeigen. Wir lassen die Fundamente der Moral als geschmacklos erscheinen und zerstören sie. Unser Haupteinsatz wird bei der

Jugend sein. Wir werden sie korrumpieren, demoralisieren, pervertieren.“

(aus Allen W. Dulles: „Das Handwerk des Geheimdienstes“, New York 1963. Der Autor war in den 50er Jahren Gründer und erster Direktor des USA-Geheimdienstes CIA.)

Es traf alles so ein, wie es Allen Dulles vor 57 Jahren niederschrieb. Diesen Vorgaben folgte und folgt der Westen in konzertierten Aktionen, an denen Politik, Geheimdienste, Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen als getarnte Vereine der sogenannten Zivilgesellschaften teilnehmen, die sich der Verbreitung von Menschenrechten und Demokratie auf die Fahnen geschrieben haben.

Begründete oder unbegründete Unzufriedenheit der Bewohner zum Anlaß nehmend, angezettelt und unterstützt durch ausländische Geldgeber inszenierte man in der früheren Sowjetunion eine „farbige Revolution“ nach der anderen. Dort, wo der Regimewechsel mittels dieser Strategie und sonstigem vorgetäuschten Demokratiespektakel nicht klappte, wurde das mit Kriegen, die man selbst inszenierte, (Irak, Iran, Jugoslawien, Libyen, Syrien, Ukraine) versucht.

Quintessenz und Ergebnis sind zerstörte Länder, vernichtete Infrastrukturen, Vernichtung ganzer Industrien und unendliche Flüchtlingsströme. Alles im Namen von Demokratie und Menschenrechten? Wohl nicht. Es sind die Eigeninteressen des Kapitals, sich gnadenlos alles das anzueignen, was es noch nicht besitzt und worüber es noch nicht verfügen kann.

Reiner Neubert
Berlin

200. Geburtstag von Friedrich Engels in Wuppertal

Für **Freitag, den 7. November, und Sonnabend, den 8. November**, laden die Marx-Engels-Stiftung Wuppertal, die Heinz-Jung-Stiftung Frankfurt am Main und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen in die Geburtsstadt von Friedrich Engels ein, nach Wuppertal. Gefeiert werden soll sein 200. Geburtstag. Thema der Tagung am Sonnabend im Veranstaltungszentrum Alte Kirche Wupperfeld ist die „Die Aktualität eines Revolutionärs“. Auftakt aber ist bereits am Freitag um 19 Uhr mit der Uraufführung eines zum Jubiläum geschriebenen und komponierten Programms des Berliner Weber-Herzog-Musiktheaters: „Lizzy will es wissen“. In Spielszenen, Dialogen und Liedern geht es auf humorvolle Weise darum, wie die irische Frau des genialen Theoretikers ihn dazu brachte, komplizierte wissenschaftliche Probleme anschaulich zu formulieren und darzustellen.

Die Tagung am folgenden Tag eröffnet Prof. Frank Deppe um 10 Uhr mit seinem Vortrag „Friedrich Engels und die Linke – Geschichte und Gegenwart“. Es folgen zwei Podiumsgespräche, von denen sich das erste mit „Engels’

Subjekt der Geschichte: Arbeiterklasse und Lohnabhängige heute“. Daran nehmen unter der Moderation von John Lütten der Werkzeugmacher und IG-Metall-Vertrauensmann Achim Bigus, der Soziologe Prof. Klaus Dörre, die Arbeitssoziologin Prof. Nicole Mayer-Ahuja und der frühere IG-Metall-Geschäftsführer für Düsseldorf und Neuss Nihat Öztürk teil.

Das zweite Podium zum Thema „Utopie und Wissenschaft heute. Klassenfrage – Naturverhältnis – Geschlechterverhältnis“ bestreiten mit Moderator Arnold Schölzel die Philosophin Eva Bockenheimer, die Sprecherin der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke Ellen Brombacher, der Historiker Prof. Marcel van der Linden und der Sozialwissenschaftler Ingar Solty.

Wegen der Pandemieauflagen ist für die Teilnahme eine **Anmeldung** bei der Marx-Engels-Stiftung erforderlich:

marx-engels-stiftung@t-online.de.

Die Stiftung ist bei frühzeitiger Anmeldung bei der Vermittlung einer preiswerten Unterkunft behilflich.

RF-Redaktion

Wir gratulieren

Eckhard Laurich

zu seinem 65. Geburtstag am 23. Oktober. Als Leiter der „RotFuchs“-Gruppe Eberswalde engagiert sich Eckhardt auf vielfältige Weise für das Zusammenwirken von Linken und Friedensinitiativen der Region. Lieber Eckhardt, Dir weiterhin alles Gute, Kraft und Gesundheit.

Unter den Pilzen

Gedanken nach der Katastrophe in Beirut zur Gefahr eines Atomkrieges

Am frühen Abend des 4. August erschütterte eine gewaltige Explosion den Beiruter Hafen. Ihre Druckwellen zerstörten weite Teile der libanesischen Hauptstadt. Bald nach dem Inferno, das wohl noch in Zypern vernehmbar war, wurde von mindestens 135 Toten und 5000 Verletzten berichtet, deren Behandlung das Personal in den beschädigten Krankenhäusern überforderte. Mehr als eine Viertelmillion Menschen verloren ihr Zuhause. Ein Reporter fing den Schrei eines Augenzeugen auf: Dieser Pilz – wie in Hiroshima! Zufällig sollte sich zwei Tage später der Abwurf der ersten US-amerikanischen Atombombe auf das im Weltkrieg de facto geschlagene japanische Kaiserreich zum 75. Male jähren. Die Welt tat es dem entsetzten Rufer gleich und erinnerte sich, als das augenscheinlich ähnliche Gebilde in Beiruts Himmel stieg, an die Nuklear-Pilze von Hiroshima und Nagasaki. Die Libanesen, deren Lebensgrundlagen ruiniert sind, brauchen effektive internationale Hilfe. Zugleich, so scheint es, könnten sie gegen die politischen Verhältnisse in ihrem Land zur Selbsthilfe greifen. Da ist Raum für Hoffnung. Bei alledem bringt das Unheil in Beirut in einer spürbar unsicherer gewordenen Welt mit neuer Schärfe die Schicksalsfrage aufs Tapet: Was droht der Menschheit, wenn die Pilze wieder atomar vergiftet sind? Blicke dann noch Zeit für ein Lamento?

Katastrophe mit Ansage

Korruption und Inkompetenz in den Etagen wechselnder Regierungen haben dazu geführt, daß sich die seit 2014 ungesichert im Beiruter Hafen gelagerten 2750 Tonnen Ammoniumnitrat entzünden konnten. Angeblich fehlte es nicht an besorgten Hinweisen auf die immense Gefahr. Die staatlichen Stellen ignorierten die Warnungen. So war es eine Katastrophe mit Ansage, die zum Staatsverbrechen wurde.

Die zum Zeitpunkt des Unglücks amtierende „Technokraten“-Regierung Libanons war nach dem Rücktritt des Vorgängerkabinetts unter Saad Hariri erst einige Monate im Amt. Massendemonstrationen gegen Korruption und Mißmanagement hatten in der Regierungsadministration das Personalkarussell gedreht, jedoch nicht bewirkt, daß dem Volk eine glaubhafte Vision aufgezeigt wurde, wie der Niedergang des Landes aufgehalten werden könnte. Unter dem Diktat allmächtiger Banken sowie der sich am Währungsverfall bereichernden Eliten blieb die Krux volkswirtschaftlicher Verwerfungen zementiert und das Alltagsleben vieler Menschen von Not und Abstiegsängsten überschattet. In der einstigen „Schweiz des Nahen Ostens“ lebte zum Zeitpunkt des Unglücks fast die Hälfte der Einwohner unter der Armutsgrenze. Die Arbeitslosigkeit hatte die 35-Prozent-Marke erreicht. Neben der Ausplünderung durch die einheimische Oligarchie haben ungünstige

nationale und regionale Entwicklungsfaktoren, darunter die Auswirkungen des Bürgerkriegs, den Zedernstaat an den Rand des politischen und sozialen Abgrunds getrieben. Frankreich, das sich bei der „Neuausrichtung“ der politischen Macht im Libanon und der Organisation von Hilfgeldern den Hut aufgesetzt hat, besorgt sich dieses Recht offenbar aus dem verblichenen Erbe des 1922 erhaltenen Völkerbundmandats über das Land. Als diese Zeilen geschrieben werden, ist von Geberländern bereits ein erklecklicher Millionenbetrag zugesagt worden. Während „Neuausrichtung“ eher die Festigung der Bindungen Libanons an den Westen und eine bedingungslose Orientierung an dessen Werteskala meinen dürfte, werden Befürchtungen laut, als humanitäre Hilfe deklariertes Geld könnte wieder in dubiosen Kanälen korrupter Eliten versickern. Schließlich bleibt die Frage unbeantwortet, wo die Entwicklungshilfe vergangener Jahre hingeflossen ist, wenn sie ihren Einfluß auf das Lebensniveau des Volkes so spürbar verfehlte. Die Wut der libanesischen Bevölkerung ist jetzt übermächtig. Wird sie sich in einem vereinten, überkonfessionellen Kampf um dauerhafte politische und soziale Veränderungen verstetigen?

Nukleare Eiszeit – eine Gefahr mit Ansage

Das Elend Beiruts wird nicht kleingeredet, wenn man bedenkt, daß auf die japanischen Städte eine größere Vernichtungskraft – dazu mit genetischen Langzeitschäden – niederging. Wobei selbst deren Ausmaße angesichts der atomaren Overkill-Capacity heutzutage ins Unermeßliche gesteigert wären, falls der bewußte Knopf gedrückt würde. Gedrückt von wem? In den USA von einem Präsidenten, der keine zweite Meinung, weder die des Verteidigungsministers noch die des Kongresses, einholen muß. Gegenwärtig also von Trump, dem es bereits gefiel, sich als „Wut-und-Feuer“-Prophet mit Kim Jong-un über die Größe und Mächtigkeit ihrer jeweiligen Knöpfe zu streiten. Die Männer im weißen Kittel werden sich das notiert haben. Aber auch William J. Perry, einst Verteidigungsminister in der Clinton-Administration, ist – nicht zuletzt wegen Trumps Irrationalismus – aufs äußerste besorgt. In dem Buch „The Button: The New Nuclear Arms Race and Presidential Power from Truman to Trump“ fordert er, daß diese alleinige Autorität zum Erstschatz aufgehoben wird, sich die USA vielmehr verpflichten sollen, niemals einen Atomkrieg zu beginnen, und daß die landgestützten ballistischen Raketen, die einen impulsiven Stolperschritt in den Armageddon begünstigen könnten, außer Dienst gestellt werden.

Der Pilz von Beirut hat die Welt erschüttert. Es ist zu hoffen, daß sein Bild über den Moment hinaus im Gedächtnis der Menschheit gespeichert bleibt. Als ein Menetekel für das

alles Leben vernichtende Inferno, das Atomschläge der Jetztzeit bewirken könnten: eine nukleare Eiszeit. Denn die Erde ist ungeschützter geworden. Die Kräfteverhältnisse in der Welt sind mit dem Untergang des sozialistischen Lagers in Europa aus dem Gleichgewicht geraten, und der große Blonde im Weißen Haus spielt Pingpong mit Verträgen, die zu Zeiten größerer Vernunft als Schutzschilde für den Globus gespannt wurden.

Wladimir Putin hat mit Sorge darauf hingewiesen, daß der New-START-Vertrag, den die Staatschefs Medwedjew und Obama 2010 in Prag unterzeichneten, 2021 ohne eine neue Übereinkunft auslaufen könnte. Der Vertrag beinhaltet die beiderseitige Reduzierung einsatzbereiter Atomsprenköpfe und eine Begrenzung von Trägersystemen. Rußland hat mehrfach seine Bereitschaft zur Verlängerung erklärt, während die Trump-Administration, die bereits den INF-Vertrag sowie das Open-Skies-Abkommen einseitig gekündigt hat, lustlos die Verhandlungsbank drückt. Sie fordert aus durchsichtigen Gründen die Einbeziehung Chinas in ein neues Vertragswerk. Während aber Rußland und die USA über neun Zehntel des weltweiten Atomwaffenpotentials verfügen, steht China – wie Frankreich und Großbritannien, die unberücksichtigt bleiben sollen – auf einem deutlich niedrigeren Level. Peking ist zur Kooperation bereit, sobald die anderen Atomkräfte ihre Arsenale auf sein Niveau schrumpfen. Aber was zählt solche Logik, wenn für das eventuelle Scheitern der Verhandlungen bereits der Buhmann gesucht wird?

Eine solche Attitüde paßt leider ins weltpolitische Erscheinungsbild der USA. Innen geprägt von nie überwundener sozialer und rassistischer Diskriminierung, verseucht vom Geist der waffenfanatischen American Rifle Association, die immer wieder Wahlen beeinflusst, bar jeder effektiven Daseinsvorsorge für das Gros der Bevölkerung; nach außen voll von blindem Narzißmus und einer imperialen Gendarmenmentalität, die unbotmäßigen politischen und wirtschaftlichen Widerspruch mit einem Teppich von Sanktionen und Embargos überzieht, zu gewählten Staatsoberhäuptern Gegenpräsidenten bestimmt, Schiffe fremder Nationen kapert und ein Senatorentrio wegen „North Stream 2“ das hübsche deutsche Städtchen Sassnitz erpressen läßt ... Dieses anmaßende Wesen sollte nüchtern wägende Politiker fragen lassen, welchen Sinn eine vasallenhafte Bindung an das Amerika der verlorenen Ideale heute noch machen soll. Anlässe für sorgenvollen Abstand gab es zwar immer, aber Lagerzwänge haben noch die vernünftigsten Zweifel ins Gehege einer braven „political correctness“ gesperrt. Wäre es nicht Zeit für ein Umdenken? Trumps „Strafaktion“, Teile seiner Streitkräfte aus Deutschland in andere europäische Länder zu verlegen, ist ja nur eine kleine Freude wert. Es sind zu wenige, nebenan stören

sie auch, und ihre Atomsprengköpfe nehmen sie nicht mit. Überdies: An Trump allein läßt sich die Fragwürdigkeit der überseeischen Vertäuerung nicht festmachen.

Vielleicht brächte ein Personalwechsel im Weißen Haus den USA eine maßvoll geläuterte Innenpolitik. Am außenpolitischen Konzept einer neuen Administration würde sich wohl nichts Grundsätzliches ändern. Der neu geschürte kalte Krieg mit seiner Rüstungspirale, mit einer ost-erweiterten NATO an den russischen Grenzen und einer verhassten Russo- und Chino-Phobie als Niesreflex im Wind abzusehender politischer, ökonomischer und ökologischer Veränderungen im Weltmaßstab werden uns wohl erhalten bleiben. Die Europäische Union, auf deren stumpfe Federn sich solcher Teer gelegt hat, sollte das Angebot einer gedeihlichen Kooperation von Lissabon bis Shanghai im Interesse ihrer Lebensfähigkeit erneut überprüfen. Und eine Linke, die erkennbar bleiben will, darf an ihrer Überzeugung keinen Zweifel aufkommen lassen, daß die NATO spätestens seit der Auflösung des Warschauer Vertrages als giftiges Relikt alten Blockdenkens und überflüssiger Ressourcenfraß außer Dienst gestellt sein müßte. Friedenswillen in alle Richtungen, mit geschichtlichem Bedacht gerade nach Osten, dabei gleichberechtigte, gedeihliche Zusammenarbeit der Völker mit Kurs auf ihre Prosperität in tatsächlicher Demokratie (Herrschaft des Volkes), das ist der vernünftige Weg aus der eskalierenden Konfrontation. In letzter Konsequenz: aus der Gefahr aufsteigender Atompilze.

Widerstand mit Ansage

Dieser Weg ist steinig und kann nur widerständig beschritten werden. Denn alle Bemühungen, eine faire Verhandlungsbereitschaft bei den Strategen des „Totrüstens“ zu erreichen, sie zu zwingen, Vormachtdünkel zugunsten eines effektiven Systems der kollektiven Sicherheit aufzugeben, wie auch alle Versuche, die Profitgier der trickreich agierenden großen Rüstungsindustrien einzudämmen, treffen in den Rechtskurven heutiger Politik auf energischen Widerstand der Regierenden. Die Reste parlamentarischen Widerspruchs benötigen, um wahrgenommen zu werden, verstärkten außerparlamentarischen Druck. Kampagnen wie „Büchel ist überall! Atomwaffenfrei jetzt!“ nehmen Fahrt auf. Das im Fliegerhorst Büchel gelagerte Teufelszeug übertrifft die Sprengkraft der Hiroshimabombe um ein Dreizehnfaches. Und obwohl jüngeren Umfragen zufolge 47 Prozent der deutschen Bevölkerung zumindest eine Reduzierung der US-Streitkräfte auf dem Boden der Bundesrepublik und 92 Prozent gar die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages durch die BRD wünschen, besteht die Regierung auf ihrem Dogma der „nuklearen Teilhabe“ und will beim Boeing-Konzern neue F-18-Jets mit von Greenpeace errechneten Kosten von um die acht Milliarden Euro einkaufen. (Der Atomwaffenverbotsvertrag wurde 2017 von mehr als 120 UNO-Mitgliedsstaaten, die keine Atomwaffen besitzen und die Welt von ihnen endgültig befreien möchten, ins Leben gerufen. Über

80 haben ihn bisher unterzeichnet, 44 ratifiziert. Bei mindestens 50 Ratifizierungen träte das Vertragswerk 90 Tage später in Kraft. Die Atomwaffen-Mächte haben den Vertrag nicht signiert, und Deutschland – wie gesagt entgegen dem Willen des größten Teils seiner Bevölkerung – ebenfalls nicht.)

Mit Mahnwachen, Ostermärschen oder künstlerischen Appellen an die Vernunft der Menschen versucht die Friedensbewegung, eine Umkehr der Bundesrepublik aus der ganz unmittelbaren atomaren Gefahrenzone zu erreichen. Aber sie braucht mehr Dampf. Hoffnungsvolle Meinungsbilder aus den Umfragen münden nicht automatisch in massenhafte Aktionen. Es braucht den Funken, der sie beseelt. Sehnsuchtsvoll blicken wir auf die Erfahrungen der Krefelder Initiative, deren Appell seinerzeit innerhalb von drei Jahren mehr als vier Millionen Bürger unterschrieben hatten. Er forderte die Bundesregierung auf, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen“, und „in der NATO künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrüstens sein zu wollen“. Zur Abschlußveranstaltung des 2. Forums der Initiative im November 1981 standen Rolf Becker, Esther Bejarano, Harry Belafonte, Curt Bois, die „bots“, Franz-Josef Degenhardt, André Heller, Klaus Hoffmann, Fasia Jansen, Knut Kiesewetter, Udo Lindenberg, Eva Mattes, Erika Pluhar, Dietmar Schönherr, Hanna Schygulla, Dieter Süverkrüp, Hannes Wader mit vielen weiteren Solisten und Ensembles auf der Bühne der Dortmunder Westfalenhalle. Was für ein Weckruf! Der Dortmunder Veranstaltung folgten begeisternde Konzerte in Westberlin („Aufstehen und widersetzen!“, Waldbühne im Mai 1982), in Bochum („Künstler für den Frieden“, Ruhrstadion im September 1982) und in Hamburg („Sag nein! Künstler für den Frieden“ im September 1983). Und die Liste der an der Friedenskampagne beteiligten Künstler erweiterte sich damit u. a. um Joan Baez, Maria Farantouri, Hannes Hüsich, Gisela May, Miriam Makeba, Gianna Nannini, Peter Rühmkorf, Konstantin Wecker sowie Gruppen wie Il Contemporaneo, Liederjan und Puebla. Auch die Bilder von der gewaltigen Friedensdemonstration im Bonner Hofgarten (10. Oktober 1981) mit Hunderttausenden Teilnehmern und der Rede Heinrich Bölls sind noch präsent. Die Begeisterung für den Karat-Titel „Der blaue Planet“, der bei einer Kundgebung auf dem Berliner Bebelplatz seine Uraufführung erlebte, möge als Indiz dafür genügen, daß man auch der DDR-Bevölkerung Friedenssehnsucht nicht erst einträufeln mußte.

Wie läßt sich diese große Lust auf solche Friedensaktionen erneuern? Wie können die von vielen jungen Leuten so eindrucksvoll vorgetragenen ökologischen Initiativen mit einem Aufbegehren für Frieden und sozialen Fortschritt, gegen Rüstungsprofite und neokolonialistische Ausplünderung armer Länder verbunden werden? Wie lassen sich politische, wissenschaftliche, kirchliche, künstlerische Aktionen erneut so bündeln,

daß sie den Abrüstungsgegnern in Regierung und Waffenindustrie in den Ohren dröhnen? Durch Vertrauen in die Stärke gemeinsamen Handelns, durch Begegnungen und Annäherungen, die die Erkenntnis fördern, daß sich solche Errungenschaften gegenseitig bedingen und nicht isoliert erreicht werden können. Sie gehören auf die Agenda einer erstarken außerparlamentarischen Opposition, deren Ruf sich nicht an den Mauern der Parlamente brechen darf, sondern sie durchdringt, um dort Platz zu nehmen. Ein Widerstand mit lauter Ansage also! Als Kind sang ich nach der Dessau-Melodie „Das ganze Deutschland stimmt mit uns ein: Wir wollen frei von Atomwaffen sein!“ Das Lied der Kindheit muß sich endlich erfüllen. Sonst sinkt nach dem „Ernstfall“ unser Schatten unter ganz andere Pilze und Flechten und Bakterien und wer weiß was für Urformen lebendigen Seins ...

Dr. Hartmut König
Panketal

Wir wollen Frieden auf lange Dauer

Wir wollen Frieden auf lange Dauer.
Nieder mit Strauß! Nieder mit
Adenauer!
Keine Raketen! Keine Atome!
Wir alle wollen die atomfreie Zone!

Refrain:

Das ganze Deutschland stimmt mit
uns ein:
wir wollen frei von Atomwaffen sein.
Das ganze Deutschland stimmt mit
uns ein:
wir wollen frei von Atomwaffen sein.

Wir wollen Einheit und keine
Faschisten.

Frieden der Welt! 'raus die Militaristen!
Fort mit den alten Nazistrategen!
Wir alle stelln uns dem Atomtod
entgegen!

Refrain:

Das ganze Deutschland stimmt mit
uns ein ...

Wir wollen nicht unter Trümmern
sterben.
Unsere Welt soll nicht zerfallen in
Scherben.
Schluß drum mit Speidels
Rachebefehlen,
Schluß mit den geifernden
Atomgenerälen!

Refrain:

Das ganze Deutschland stimmt mit
uns ein ...

Worte: Jens Gerlach
Musik: Paul Dessau

Vergangenheit, die nie vergeht?

Einiges hat sich seit Kaiser Wilhelms „Hunnenrede“ vor 120 Jahren nicht verändert

Vor 120 Jahren, am 27. Juli 1900, hat Kaiser Wilhelm II. in Bremerhaven eine Rede gehalten, die als „Hunnenrede“ in die deutsche Geschichte eingegangen ist. Mit dem ihm typischen Pathos hat er das deutsche Expeditionskorps für den Einsatz in China rhetorisch munitioniert und den Zielen des deutschen Kolonialismus die Richtung vorgegeben. Der gegenwärtig sich zuspitzende, gegen Rußland und China gerichtete Haß verleiht der Rede des deutschen Kaisers eine erstaunliche Aktualität. Deshalb sei im folgenden aus ihr zitiert:

„Große überseeische Aufgaben sind es, die dem neu entstandenen Deutschen Reiche zugefallen sind, Aufgaben weit größer, als viele meiner Landsleute es erwartet haben. Das Deutsche Reich hat seinem Charakter nach die Verpflichtung, seinen Bürgern, wofern diese im Ausland bedrängt werden, beizustehen. (...) Das Mittel, das ihm dies ermöglicht, ist unser Heer. In dreißigjähriger treuer Friedensarbeit ist es herangebildet worden (...).

Eine große Aufgabe harret eurer: Ihr sollt das schwere Unrecht, das geschehen ist, sühnen. Die Chinesen haben das Völkerrecht umgeworfen, sie haben in einer in der Weltgeschichte nicht erhörten Weise der Heiligkeit des Gesandten, den Pflichten des Gastrechts Hohn gesprochen. (...) Bewährt die alte preußische Tüchtigkeit, zeigt euch als Christen im freundlichen Ertragen von Leiden, möge Ehre und Ruhm euren Fahnen und Waffen folgen, gebt an Manneszucht und Disziplin aller Welt ein Beispiel.

Ihr wißt es wohl, ihr sollt fechten gegen einen verschlagenen, tapferen, gut bewaffneten, grausamen Feind. Kommt ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer euch in die Hände fällt, sei euch verfallen! Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in Überlieferung und Märchen gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name Deutscher in China auf 1000 Jahre durch euch in einer Weise bestätigt werden, daß es niemals wieder ein Chinese wagt, einen Deutschen scheel anzusehen!“ (jW, 25. Juli 2020)

Wie gesagt: die Rede wurde vor 120 Jahren gehalten. Ist sie aber wirklich abgeschlossene Vergangenheit, wurde sie jemals vergangenheitsbewältigend aufgearbeitet, gab es jemals Schuldbekennnisse? Die Frage stellen, heißt sie zu beantworten. Niemals! Zwischen der vom kolonialen Hochmut getränkten Rede des deutschen Kaisers und dem Jahr 2020 liegen zwei Weltkriege und ein Krieg, den wir nur deshalb mit dem Prädikat „kalt“ versehen, weil die Sowjetunion rechtzeitig eine militärische Parität erlangte und somit den US-amerikanischen Atomkriegsplänen einen Strich durch die Rechnung machte. Aber hat sich am kolonialen Kommando-Ton im Kern etwas wirklich nachhaltig geändert? Gehen wir der Frage nach und auf den Grund.

Ob es Trump, dieses „unfähige, widerliche Grauen von einem Mann und sein Kabinett von Arschkriechern“ (so Liam Neeson, der

als Schauspieler den deutschen Industriellen Oskar Schindler in Steven Spielbergs „Schindlers Liste“ verkörperte), ist oder die von Frau Merkel angeführte, auf einen eigenständigen Machtanspruch in der Weltpolitik pochende Bundesregierung – es ist die gleiche Knobelbechersprache wie einst. Bei seinem Besuch am ersten September in Deutschland hat der deutsche Außenminister seinen chinesischen Amtskollegen Wang Yi im Stil eines Schulmeisters aufgefordert, das Sicherheitsgesetz für Hongkong zurückzunehmen (man stelle sich vor, Wang Yi hätte mit der Bitte gekontert, Deutschland möge die Notstandsgesetze außer Kraft setzen ...).

Die Denkweise verleiht der Sprache Ausdruck, die wiederum zu Handlungen führt

Aktuell ist es das Wort „Rechenschaft“, das den Wortschatz aller Erklärungen bestimmt. His Master's Voice, Mike Pompeo, greift bar jeder Kenntnis die Kommunistische Partei Chinas wegen ihrer „räuberischen Aggression“ an und lobt seinen Vorgesetzten, weil er China zur Rechenschaft gezogen und somit verhindert habe, daß „Tod und wirtschaftliche Zerstörung in Amerika und in der Welt verbreitet“ worden seien. Erstaunlich, wie verletzlich die unwiderstehlichste Demokratie mit ihren 800 Militärstützpunkten weltweit ist.

Sein Amtskollege in Europa greift in denselben Satzbaukasten: Ohne Ursache und Tathergang zu hinterfragen, besteht Heiko Maas darauf, umgehend die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen zu wollen für etwas, für das er selbst keine Erklärung hat. Sein Mantra, Moskau möge den Hintergrund der vermuteten Vergiftung an Nawalny „umfassend und transparent aufklären“, wirkt mit jedem Tag lächerlicher. Ohne auf sprachliche Spitzfindigkeiten zu setzen, darf doch gefragt werden: Wie ist der Widerspruch zu erklären, daß einerseits die an die russische Regierung gestellte Forderung nach umfassender Aufklärung erhoben, im gleichen Atemzug aber deren Glaubwürdigkeit infrage gestellt wird? Ohnehin sei bereits „zweifelsfrei“ erwiesen, wer der Giftmischer war. Offenbar können sich die politischen Akteure und die ihnen Hörigen in den Medien nicht auf eine gemeinsame Lesart verständigen. Aber davon abgesehen: Es sind doch gerade die russischen Behörden und Ärzte, die unter Beifügung von Daten und Dokumenten zu Ergebnissen der Voruntersuchungen des Falls die deutsche Seite um Kooperation bitten. Bisher vergeblich. Was auch bewußt verschwiegen wird, ist, daß die russische Generalstaatsanwaltschaft an die deutschen Justizbehörden ein Ersuchen gerichtet hat, mit der sie um die Mitteilung der Ergebnisse von Untersuchungen an Nawalny in Deutschland bittet. Ein eigentlich leicht nachzuvollziehender Wunsch, vorausgesetzt, daß ein vorurteilsloses Interesse an Aufklärung bestünde. Vorurteilsfrei? Verurteilend wäre wohl zu treffender. Außenamtchef Heiko Maas, der sich schwertut, aus dem transatlantischen Korsett zu springen, hat sich entsprechend positioniert,

indem er das Ersuchen einfach abgeblockt hat und sich statt dessen bemüht, seine pädagogische Ausdrucksweise zu verfeinern.

Mit Nowitschok gegen Nord Stream 2

Statt überhaupt nur den Versuch zu machen, mit den russischen Ärzten zu kooperieren, wurde das Institut für Pharmakologie und Toxikologie der Bundeswehr in München eingeschaltet. Dort will man in Proben den chemischen Nervenkampfstoff aus der Nowitschok-Gruppe nachgewiesen haben, wozu weder die Ärzte in Omsk noch die der Charité imstande waren. Das Ergebnis wurde von den politischen Akteuren umgehend und geradezu triumphierend aufgenommen. Die vorverurteilenden Reflexe folgten auf dem Fuß. Die mit vorgegebener Marschrichtung angeworfene Mobilisierung der Sprache setzte alle juristischen Spielregeln (Unschuldsvermutung) außer Kraft. Ohne Beweise will man den Wunschkandidaten zum Richtblock führen. Der ultimative Ton der Bundesregierung ließ keinen Zweifel, wer der Schuldige für den Anschlag (wenn es denn einer war) ist: Moskau, präziser Putin. Er bzw. sein „Regime“ sei „aggressiv“ und setze „ohne Skrupel“ chemische Kampfstoffe ein, weiß die von Kenntnissen unbefleckte scheidende CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer zu berichten. Norbert Röttgen, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, jubiliert: Hinter dem Anschlag könne „nur Putin persönlich“ stehen. Sein Parteifreund Hermann Gröhe frohlockt: „Empörend! Ohne Wissen, ja Weisung von Putin undenkbar. Starke gemeinsame Reaktion von NATO und Union zwingend erforderlich.“ Phil Hackemann, FDP-Spitzenkandidat für die Europa-Wahl: „Ein eklatanter Verstoß gegen die Chemiewaffenkonvention. Das muß Konsequenzen haben.“ Die Messer sind also schon gewetzt. Und gewünschte Handlungen auch: Karin Göhring-Eckardt von den Grünen: „Nord-Stream 2 ist nichts mehr, was wir gemeinsam mit Rußland voranbringen“ sollten. Ihr zur Seite steht der in transatlantischer Ideologie erzogene Parteifreund Cem Özdemir. Das Projekt würde „uns“ nur in eine „Abhängigkeit von Putin“ bringen. Obwohl als einer der etwas später Geborenen müßte Özdemir wissen, daß es selbst in den finstersten Zeiten des kalten Krieges auf dem Gebiet der Energiepolitik nie Probleme zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion gegeben hat. Er sollte mal in den Memoiren von Konrad Adenauer blättern. Warum also setzt er sich als Papagei von Trump in Szene? Ganz einfach: Er bietet sich als Vermarktungsagent der US-Regierung an, die nichts anderes im Schilde führt, als das viel teurere und obendrein die Umwelt noch mehr belastende US-Flüssiggas in Europa verkaufen zu wollen. Wolfgang Ischinger, Chef der Münchener Sicherheitskonferenz, will wie Röttgen auch die Gaspipeline auf den Prüfstand stellen, obwohl er in einem ARD-Interview eingestanden hat, daß man sich damit vielleicht „ins eigene Knie schießen“ würde. Richtig: mit einem Abbruch des Projekts würde nicht nur deutschen und europäischen

Interessen geschadet. Fast noch schlimmer: Die Beziehungen zu Rußland und China würden noch mehr belastet, und das Ziel, die europäische Union als eigenständige Weltmacht zu etablieren würde in weite Ferne rücken – zu Gunsten einer allenfalls vom Atlantikblock um Röttgen, Merz und Özdemir angestrebten neuen Form neokolonialer Abhängigkeit von den USA. Es wäre ein politischer und ökonomischer GAU sondergleichen.

Selbstgerecht und scheinheilig

Um einen fernab von jeder Hysterie geführten Ton bemüht sich Jan van Aken (PDL), von 2004 bis 2006 Biowaffeninspekteur für die Vereinten Nationen. Seiner Meinung nach war die Vergiftung eine Geheimdienstoperation. „Sobald jedoch Geheimdienste im Spiel sind, müssen wir alle Informationen mit großer Vorsicht genießen“, so van Aken. Und weiter: „Die chemische Struktur und mögliche Herstellungswege sind bekannt. Deshalb läßt sich aus der Art des Kampfstoffs nicht zwingend auf eine bestimmte Täterschaft schließen. Nur weil die Sowjetunion ihn entwickelt hat, muß der heutige Täter nicht aus Rußland kommen.“ Dann fügte er noch zwei Sätze hinzu, den sich die vorverurteilende Front hinter die Ohren schreiben sollte: „Die

Aufklärung und die Bestrafung der Täter sind zu wichtig, um in der jetzigen Situation vorschnell mit dem Finger in die eine oder andere Richtung zu zeigen. Ohne echte Faktenbasis darf es keine vorschnelle Schuldzuweisung geben.“ Diese Stimme der Vernunft wird auf geschult taube Ohren stoßen. Die NATO und die EU, ganz im Gewand des Zuchtmeisters, fordern, daß die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen und einer gerechten Strafe zugeführt werden müssen. Da man aber schon jetzt und ohne Beweise weiß, wer der Schuldige ist, werden weitere verbale Ausfälle an die russische Adresse, verknüpft mit Anleitungen zum Handeln, nicht lange auf sich warten lassen.

Am 4. September hat eine NATO-Sondersitzung stattgefunden. Auf der Tagesordnung stand aber nicht der vom US-Präsidenten angeheizte mörderische Rassismus in seinem Land, sondern eine Tat, von der niemand weiß, wer sie begangen hat. Ein abschließendes Wort zu den Grünen, eine der beiden Parteien, mit denen Die Linke im kommenden Jahr ein „Gestaltungsprojekt“ auflegen will. Als Vorreiter im Kampf gegen Nord-Stream 2 haben sie den Schluß mit der Trump-Junta vollzogen. Aber nicht nur das: „Scharfe Maßnahmen“ seien nicht nur gegen das „Regime Putin“ vorzunehmen,

verkünden sie, und fordern in ihrem allseits bekannten antirussischen und antichinesischen Furor, mit China nicht nur Klartext zu reden, sondern gleich alle Handelsbeziehungen mit China infrage zu stellen. Die Sehnsucht auf Regierungsbeteiligung erlaubt es ihrer Führung nicht, die Geschichte und die Gegenwart der Volksrepublik zu thematisieren. Hier droht von amerikanischer Seite Liebesentzug. Die Gefahr, sich dem Vorwurf einer Parteinahme für die Volksrepublik auszusetzen, ist zu groß. Joschka Fischer weiß, wovon er spricht, und warum er im Vorfeld des NATO-Kriegs gegen Jugoslawien ins Weiße Haus zitiert wurde, um sich anschließend „geläutert“ zum BRD-Außenminister künden zu lassen.

Bleibt die Frage: Was hat sich wirklich auch in der Rhetorik seit Willem Zwo geändert? Die heute üblichen diplomatischen Verrenkungen vertragen sich vielleicht nicht oder nur bedingt mit dem Pathos der damaligen Kolonialsprache. Im Kern ist es aber dennoch die anmaßende Arroganz einer Rohrstock-Pädagogik, die hier zutage tritt. Die Sehnsucht nach gewaltbereiten Erziehungsmaßnahmen à la Willem Zwo wird immer lauter. Aber weder Rußland noch China werden sich davon sonderlich beeindruckt lassen.

Hans Schoenefeldt

Portugal: Patriotische und linke Politik

„Es gibt kein Fest wie dieses!“

Das diesjährige „Festa do Avante“, zu dem vom 4. bis 6. September die Zeitung der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP) eingeladen hatte, zeichnete sich nicht durch besonders hohe Teilnehmerzahlen aus, sondern allein dadurch, daß es trotz der Corona-Pandemie und einer mit ihr einhergehenden lautstarken Anti-Fest-Kampagne überhaupt stattfand.

Lange schon vor dem Ereignis stand das größte politisch-kulturelle Fest Portugals unter Verbandsandrohungen jener, die bereits die Festveranstaltungen zum Jahrestag der Aprilrevolution 1974, die Mai-Kundgebungen und die Kampfaktionen von Betriebsbelegschaften verhindern wollten. Die Partei hingegen machte stets deutlich, daß der notwendige Mundschutz kein Maulkorb sei und die demokratischen Rechte nicht suspendiert werden dürften. Insofern war das 44. Pressefest ein politisches Bekenntnis zum demokratischen Leben, zu Hoffnung und Vertrauen in die Zukunft, gegen Furcht und Resignation. Die Mitglieder und Freunde der Partei hatten die Herausforderungen der Pandemie bravourös bewältigt.

Am Festwochenende gab es im Land wohl keinen Ort, an dem die Hygieneanforderungen penibler eingehalten worden wären. Seit Monaten installierten freiwillige Helfer auf dem parteieigenen 30 Hektar großen Gelände der Quinta da Atalaia in Seixal, südlich von Lissabon, zahlreiche zusätzliche Sanitäreinrichtungen sowie unzählige Möglichkeiten der Händedesinfektion. Zu- und Abgänge wurden durch Absperrungen – so, wie es an Flughäfen üblich ist – getrennt. Stehplätze vor den diversen Musik-, Theater- und Diskussionsbühnen waren umgewandelt worden in Sitzplätze, die räumliche Distanz sicherstellten. Grundsätzlich erfolgten vor der Ausgabe von

Speisen und Getränken die Bezahlung und die Händedesinfektion. Fortlaufend wurden Tische und Stühle nach Nutzung desinfiziert.

Immer wieder hatte die PCP argumentiert, daß ihre jährliche Veranstaltung weder mit Musikfestivals noch mit Sportfesten gleichzusetzen sei, sondern eine „politische Demonstration“ ist, wie es der frühere Generalsekretär Álvaro Cunhal 1990 beim ersten Pressefest in Atalaia betonte. Damals hatte die PCP nach einer Spendenaktion für umgerechnet 1,7 Mio. Euro das riesige Areal mit Blick auf den Tejo erworben, um sich von politischen Manövern zu befreien, denen sie auf gemieteten Flächen ausgesetzt war. Behauptungen, die PCP nehme für ihr Fest eine „Ausnahmeregelung“ in Anspruch, entkräftete die Partei mit dem Verweis auf zahlreiche religiöse und kommerzielle Veranstaltungen des Sommers, an geöffnete Einkaufszentren, an das Formel-1-Autorennen in der Algarve mit 30 000 verkauften Karten und an volle Strände mit ausländischen Touristen.

Der zentralen Gesundheitsbehörde hatte die PCP Mitte August ihr ausgefeiltes Pandemie-Konzept vorgelegt. Es beinhaltete u.a., daß sich höchstens 33 000 Menschen gleichzeitig auf dem Festgelände aufhalten dürften. Das bedeutete eine Verringerung der Teilnehmerzahl auf ein Drittel der üblicher Weise für das Gelände genehmigten 100 000 Menschen – eine Größenordnung, die in der Vergangenheit locker erreicht worden war. Und in diesem Jahr, in dem das Avante-Fest noch einmal eine ganz besondere politische Bedeutung erfuhr, hatten auch viele Menschen aus Solidarität Eintrittskarten erworben, obwohl sie selbst nicht teilnehmen wollten oder konnten. Am 31. August schließlich, wenige Tage vor Festbeginn, verschärfte die Gesundheitsbehörde noch einmal

die Durchführungsbestimmungen, auch nachdem führende Rechtspolitiker bis hin zum Staatspräsidenten ihr „Unverständnis“ zum Ausdruck brachten. Die maximale Teilnehmerzahl wurde nun auf 16 563 Personen abgesenkt. Schon frohlockte man im rechten Lager, daß die Einschränkungen wohl dazu führen würden, die PCP finanziell zu ruinieren. Man stellte scheinheilig die Frage, ob die Partei nun etwa mehr Karten verkauft habe, als Einlaß gewährt werden könnte.

Isolation, Furcht und Konformismus dienten in der Pandemiekrise aus Sicht der PCP dem Kapital. Die vollständige Ausübung der demokratischen Rechte sei dagegen kein Risiko für die Gesundheit, sondern im Gegenteil entscheidend für ihre Verteidigung. Die „neue Normalität“, die manche propagierten, bestehe eben nicht nur aus der Abwesenheit von typisch portugiesischen „beijinhos e abraços“ (Küssen und Umarmungen), sondern aus einem Land mit noch mehr schutzlosen Menschen. Das Avante-Fest sei ein Stück Widerstand gegen diese negative „neue Normalität“.

Bereits im April hatten die Organisatoren erklärt, internationale Künstlerinnen und Künstler erst wieder 2021 einzuladen. Dieses Mal diente das „Festa do Avante“ der Unterstützung einheimischer Kulturschaffender. Doch es waren auch befreundete Parteien und Organisationen aus dem Ausland mit eigenen Ständen vertreten, so zum Beispiel aus China, Kuba, Bolivien, Iran, Spanien und Katalonien, aus Palästina; Großbritannien und Italien. Ein Genosse der DKP nahm an einer Diskussionsveranstaltung teil.

Der PCP-Slogan „Não há festa como esta!“ – „Es gibt kein Fest wie dieses!“ behielt auch 2020 seine volle Gültigkeit.

Martin Leo, Portugal

Sicherheit neu denken

Die veränderten Konstellationen zwischen den großen Militärmächten haben Folgen für künftige Rüstungskontrolle

Zu dem von der Friedensinitiative Dresden (FID) an Wladimir Putin gerichteten Brief, der im Mai „RotFuchs“ unter dem Titel „Sicherheit neu denken!“ erschien, hat die Regionalgruppe Dresden des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR eine Stellungnahme verfaßt, die wir leicht gekürzt veröffentlichen:

Wir wissen alle, daß die Erhaltung des Friedens lebensnotwendig, aber unter den von der Vorherrschaft des Kapitalismus getragenen Bedingungen so gut wie nicht realisierbar ist. Der Beweis dafür wurde in den letzten 30 Jahren, seitdem es keine Sowjetunion und kein europäisches sozialistisches Lager mehr gibt, hinreichend erbracht.

Verwundert fragen wir uns, welche Zielrichtung mit folgender Aussage verfolgt werden soll: „Auch wenn es bei uns zur Person von Michail Gorbatschow unterschiedliche Positionen gibt, so kann man ihm historische Verdienste nicht absprechen. Besonders hat er der gesamten Welt die Möglichkeit eröffnet, sich als friedliche Völkerfamilie auf unserem kostbaren Planeten zu finden.“ Im Umkehrschluß heißt das, daß die Sowjetunion und die Staaten des Warschauer Vertrages die Kriegstreiber waren, bis Gorbatschow dafür gesorgt hat, daß diese Elemente liquidiert werden und damit der Weg für den Weltfrieden freigemacht wurde. Diese Aussage kann man so nicht stehen lassen.

Eine derartige Verdrehung von geschichtlichen Vorgängen dient bewußt oder unbewußt der Förderung der einschlägigen Mainstream-Propaganda, auch im Hinblick auf die Kommentare zum 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus durch die sowjetischen Streitkräfte.

Ein weiterer Satz des Briefes, „Wir sind deutsche Staatsbürger, die die Nachkriegszeit mehrheitlich im östlichen Teil Deutschlands gelebt haben und für die die Verbundenheit und Freundschaft mit der Sowjetunion nicht nur ein Lippenbekenntnis war“, sorgt für Verwunderung.

Mit der Aussage im „östlichen Teil Deutschlands“ werden historische Tatsachen negiert, zumindest nicht benannt. Haben wir bis 1989 in der Sowjetischen Besatzungszone gelebt oder in der DDR? Wollen die Verfasser des Briefes die Bezeichnung DDR umgehen? Das würde eine indirekte gedankliche Verbindung zum propagandistischen Kampfbegriff „Unrechtsstaat“ suggerieren.

Die Einlassung „ein Leben in Frieden und Solidarität ersehnt zu haben“ bleibt ohne Adressaten. Welcher Bürger in der DDR war nicht für Frieden und Solidarität? ... Die DDR überfiel ... keine anderen Staaten und die Mehrheit der Bürger der DDR sicherte in unterschiedlichster Form und

an unterschiedlichsten Plätzen Frieden und übte praktische Solidarität. Die DDR war ein sozialistischer Staat und keine aggressive imperialistische Großmacht, wie das faschistische Deutsche Reich und sein selbsterklärter Nachfolgestaat – die BRD. ... Am Ende bleibt die Frage: „Was wollen die Verfasser des Briefes in der gegenwärtigen Weltlage sicherheitspolitisch „neu denken?“ ... Die Hauptthese, „durch zivile Mittel zur Entmilitarisierung zu gelangen“, impliziert eine, wie auch immer geartete Friedensfähigkeit des kapitalistischen Systems. Der Beweis dafür ist seit Bestehen des kapitalistischen Systems noch nicht erbracht worden.

Ein erster Schritt dazu wäre – wenn überhaupt gewollt – die Wiederaufnahme von konsequenten Schritten zur Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle.

Die allgemeinen Rahmenbedingungen für die Rüstungskontrolle werden jedoch aktuell dadurch geprägt, daß der Kalte Krieg mehr oder weniger nahtlos in eine Fortführung des Kalten Krieges mit veränderter Konstellation der sich gegenüberstehenden Koalitionen, unter Einsatz eines „modernisierten“ Spektrums der Mittel zur Gewaltausübung, übergegangen ist. So, wie der Erste und der Zweite Weltkrieg einen inneren Zusammenhang hatten, sind die gegenwärtigen politischen Entwicklungen die Fortsetzung des Kalten Krieges in anderer Form. Das jedoch ändert nichts an seinem Wesen; er basiert nach wie vor auf der Anwendung gewaltsamer Mittel aller Art zur Erzwingung politischer Ziele (Carl von Clausewitz: „Vom Kriege“, Buch I, Kapitel 1, Abschnitt 2 und 4).

Auch die für den Einsatz bewaffneter Gewalt erforderlichen mobilen Streitkräftegruppierungen sind nach 1990 neu formiert worden oder werden, wie in den USA, auf einem modernen Ausrüstungsstand gehalten. In Rußland und China wurden und werden Streitkräfte auf moderner Grundlage faktisch neu aufgebaut. Das früher noch überschaubare Verhältnis von USA und Sowjetunion bzw. NATO und Warschauer Vertrag existiert nicht mehr. Die neuen Kräftekonstellationen von drei oder gar vier Hauptbeteiligten sind auf alte Art nicht mehr auszubalancieren.

Jede potentielle Partei, die an einer regionalen oder globalen Rüstungskontrolle teilnehmen könnte, hat sich so unterschiedlich entwickelt, daß die alten Zahlenspiele der Rüstungskontrolle nur noch lächerliche Überbleibsel sind.

Diese Umwälzungen haben grundlegende Folgen auch für die neuerlich anzustrebende Rüstungskontrolle. Die Forderung, bestehende Vertragsnetze zu erhalten, wird immer offensichtlicher zu einem Mittel eher medialer Propaganda. Wesentlich

für die globalen Rahmenbedingungen der Rüstungskontrolle ist auch, daß die chinesische Volksbefreiungsarmee seit Jahren ähnlich tiefgreifende Veränderungen in ihrer Struktur, Einsatzdoktrin, ihren Kommandeurskadern, der Bewaffnung und Ausbildung durchläuft. Was China bisher noch weitgehend fehlt, sind tatsächliche Einsatzerfahrungen der Kommandeure und Truppen und ihrer politischen Auftraggeber. Das wird wohl nicht mehr lange so bleiben.

Betrachtet man nur diese sehr allgemeinen Umstände für Rüstungskontrolle und die tiefgreifenden Veränderungen seit der Vereinbarung des alten Vertragsnetzes, dann wird deutlich, daß sie nicht ohne ebenso tiefgreifende Folgen für künftige Rüstungskontrollverträge sein können. Und das kann nicht der Auftrag für einen einzigen Staat – Rußland – sein, sondern erfordert eine internationale Kraftanstrengung aller friedliebenden Kräfte.

Und insofern ist der Brief an Wladimir Putin bestenfalls eine etwas verschwommene Darstellung der gegenwärtigen Lage, in der sich die Friedensbewegung befindet – als Handlungsaufforderung bleibt der Brief in der Darstellung der internationalen Kräftekonstellation zu oberflächlich.

Oberst a.D. der NVA
Dr. Hans-Peter Slodowski
Dresden

Getreu dem Schwur im Großen Vaterländischen Krieg

In Nowopolozk willkommen einst.
Wahrlich gestimmt hat die Chemie.
Warmherzig war die
Gastfreundschaft.
Sowas vergeß' ich nie.

Ich war in Minsk und in Witebsk
Von Freunden stets umgeben.
Ihr Opfermut ging mir sehr nah
Bei ihrem Sieg fürs Leben.

Belarus, deine Schlachten sind
Gegen Faschismus, Krieg
Heroisch unvergessen und
Menschlich sozial ein Sieg.

Heut droht der Heimat die Gefahr:
Durch altes Feindbegehren
Dich als ein Pufferstaat
Gen Rußland zu bescheren.

Beweisen mußst du dich darum
Wie einst. Sei kein Vasall
Der NATO heut wie der EU
Zeig einig dich als Wall!

E.Rasmus

Kriminelle Geschichte

Internes und Externes aus dem US-Imperium in der Sicht eines Friedensforschers

Der Schweizer Historiker, US-Experte und Leiter des Swiss Institute for Peace and Energy Research (SIPER), Dr. Daniele Ganser, hat ein neues Buch unter dem Titel „Imperium USA: Die skrupellose Weltmacht“ vorgelegt. Dieses Werk zu rezensieren, ist schwierig. Man wird buchstäblich von Fakten, die unglaublich erscheinen, erschlagen, dennoch oder gerade deshalb liest es sich wie ein Thriller. Schon beim ersten Blick auf das Inhaltsverzeichnis springt ins Auge, daß Gewalt und Kriege untrennbare Bestandteile der gesamten US-Geschichte waren und die Außenpolitik dieses Staates von Beginn bestimmten. Bis in die Gegenwart stehen sie ganz oben auf dessen Agenda und zwar unabhängig davon, ob ein Demagoge wie Barack Obama oder ein unberechenbarer Donald Trump im Weißen Haus sitzt. Es ist der militärisch-industrielle Komplex, der heute die US-Außen- und Verteidigungspolitik dominiert und mehr denn je im Griff hat. Die Vereinigten Staaten sind weltweit der größte Waffenexporteur und haben mit 649 Milliarden US-Dollar für 2018 und 716 Milliarden Dollar für 2019 auch die höchsten Militärausgaben zu verzeichnen. Sie haben sich mit ihren über 700 – andere Quellen sprechen von über 800 Militärlagerpunkten – und mehr als 200 000 Soldaten wie ein Krebsgeschwür in der ganzen Welt verbreitet.

Der Autor geht weit in die Geschichte zurück und behandelt die Kriege gegen die amerikanischen Ureinwohner, die Sklaverei und die Expansionen der USA seit 1898 in Kuba, Puerto Rico, Philippinen und den Putsch in Hawaii. Die Kriege gegen Vietnam, den Krieg gegen Afghanistan seit 2001 und gegen Irak seit 2003 untersucht er akribisch. Er glaubt der offiziellen Version des Terroranschlags vom 11. September 2001 nicht und zeigt auf, wie eine Untersuchung, welche die wahren Hintergründe dieses Terroranschlags offenlegen wollte, verhindert worden ist. Auch die Behauptung der Bush-Administration, daß der Irak Massenvernichtungswaffen produziere, widerlegt er mit Fakten. Unter anderem beruft er sich auf den damaligen US-Außenminister General Colin Powell, der sich revidierte und die Lüge um die angeblichen irakischen Massenvernichtungswaffen als „Schandfleck“ bezeichnete. Hier zieht der Autor Parallelen zu Pearl Harbor 1941, wo die USA diesen als Vorwand nutzte, um Japan angreifen zu können und mit Atombomben zu attackieren, wie dies dann auch im August 1945 in Hiroshima und Nagasaki geschah. US-Präsident Franklin D. Roosevelt wollte eine, einem weiteren Krieg skeptisch bis ablehnend gegenüberstehende US-Bevölkerung dafür gewinnen. Nach Pearl Harbor kippte dann, wie erwartet, die Stimmung zu Gunsten der Kriegstreiber. Sowohl das Repräsentantenhaus als auch der Senat stimmten mit überwältigender Mehrheit für den Kriegseintritt der USA gegen Japan. Nur die Kongreßabgeordnete Jeannette Rankin stimmte dagegen und verlangte „verlässliche Beweise“ für die Pearl-Harbor-Historie. Daniele Ganser

entlarvt auch akribisch „die Lüge vom Tonkin-Zwischenfall 1964“. Dabei sollte angeblich die nordvietnamesische Armee mit einem „Torpedo-Angriff, den es nie gab“ – wie der damalige US-Verteidigungsminister Robert McNamara später zugab – das US-Kriegsschiff USS Maddox angegriffen haben. Auf der Grundlage dieser Lüge begannen die USA mit ihrem Krieg gegen Vietnam.

Wie die USA im Ersten Weltkrieg als Händler des Todes fungierten, behandelt Daniele Ganser auf fast 20 Seiten ebenso ausführlich.

Im Zweiten Weltkrieg halfen die USA zunächst den deutschen Faschisten unter Adolf Hitler, indem sie Erdöl lieferten. „Deutschland bezog kurz vor Kriegsausbruch 25 000 Faß Erdöl pro Tag aus den USA“, stellte er fest. Auch die Japaner erhielten Erdöl aus den Vereinigten Staaten, obwohl das faschistische Regime in Tokio einen Angriffskrieg gegen China führte.

Die politischen und militärischen Eliten der USA und Großbritanniens waren erfreut, als die deutschen Faschisten die Sowjetunion überfielen. „Wenn Deutschland gewinnt, sollten wir Rußland helfen. Wenn jedoch Rußland siegt, sollten wir Deutschland helfen“, schrieb der Senator und spätere US-Präsident Harry S. Truman. Auch der britische Premierminister Winston Churchill vertrat exakt dieselbe Meinung.

Die Vereinigten Staaten von Amerika intervenierten im Zweiten Krieg erst, als die deutsche Wehrmacht in Stalingrad im Februar 1943 kapitulierte und die Rote Armee auf dem Vormarsch war. Da erkannten die USA und Großbritannien, daß die Sowjetunion aus dem Krieg als Sieger hervorgehen wird, was zur Folge haben würde, daß sie Deutschland alleine besetzen würde. Das aber wollten die späteren Alliierten nicht. Sie eröffneten daraufhin am 6. Juni 1944 – spät genug – die zweite Front in der französischen Normandie.

Das Buch ist gezielt für jüngere Menschen geschrieben. Damit will der Autor dieser

Generation die Augen öffnen und sie für die Friedensbewegung gewinnen. Es stimmt ihn optimistisch, daß zunehmend mehr Menschen erkennen, daß die größte Gefahr für den Weltfrieden vom US-Imperium ausgeht. Für die Mehrheit der BRD-Bürger stellen die USA und nicht, wie von Trump immer wieder behauptet, die Russische Föderation, die VR China oder die islamistische Terrororganisation Islamischer Staat (IS) derzeit die größte Bedrohung für den Weltfrieden dar, was eine Umfrage aus dem Jahr 2019 herausfand.

Als Friedensforscher artikuliert der Autor deutlich, daß ohne das UN-Gewaltverbot, ohne die Einhaltung des Völkerrechts, des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte, ohne die Gewährleistung von Ethik und Verantwortung ein friedliches Zusammenleben der Menschen in dieser Welt kaum möglich ist. In „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ werden die dort agierenden mehr als 500 US-Milliardäre immer reicher. Parallel dazu zerfällt die zivile Infrastruktur, sogar Kriegsveteranen, Tausende an der Zahl, schlafen auf Parkbänken. „Wer nach Europa, Japan oder selbst China reist, dem fällt bei seiner Rückkehr sofort auf, daß sich die USA im Verfall befinden, und er hat oft das Gefühl, in ein Land der sogenannten Dritten Welt zurückzukehren“, so der US-Linguist Noam Chomsky. Die Herrschenden eines Landes, das seine Sonne untergehen sieht, werden sich als noch unberechenbarer und gefährlicher erweisen sie es ohnehin schon waren. Daher muß die Friedensbewegung in Deutschland, Europa und weltweit unbedingt an Kraft und Stärke zunehmen, damit es nicht zu einer Katastrophe von ungeahnter Dimension kommt. Hierzu gibt das Buch von Dr. Daniele Ganser, dem ich viele Leser wünsche, unverzichtbare Hintergrundinformationen.

Dr. Matin Baraki

Daniele Ganser: Imperium USA – die skrupellose Weltmacht, Zürich 2020, Orell Füssli Verlag, 392 S.

Schmerzhaftes Erinnerung

Angehörige der Grenzpolizei/Grenztruppen schützten die Demarkationslinie/Staatsgrenze in der von der UNO anerkannten souveränen DDR und wurden in Ausübung ihres Dienstes hinterhältig ermordet.

An dieser durch die deutsche Teilung vor 75 Jahren entstandene Ost-West-Konfrontationslinie des Kaltes Krieges starben sie in Ausübung gesetzlich sanktionierter Dienstpflichten. Die Täter waren fluchtwillige DDR-Bürger, Fluchthelfer oder gehörten zu bewaffneten Organen beiderseits der Grenze. Die Täter flohen in die BRD und blieben zumeist straffrei.

In ehrendem Gedenken und unvergessen:

Gerhard Hofert, Fritz Otto, Siegfried Apportin, Herbert Liebs, Werner Schmidt, Hein Janello, Manfred Portwich, Ulrich Krohn, Helmut Just, Waldemar Estel, Jürgen Schmidtchen, Manfred Weiss, Peter Göring, Reinhold Huhn, Rudi Arnstadt, Siegfried Widera, Egon Schultz, Rolf Henninger, Lutz Meier, Klaus-Peter Seidel, Jürgen Lange, Ulrich Steinhauer, Klaus-Peter Braun, Eberhard Knospe, Uwe Dittman, Rudolf Spranger, Horst Hnidyk

Raimon Brete
Chemnitz

Wolfszähne des Kapitalismus

Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Polen

Am 23. August sprach Professor Zbigniew Wiktor in Ziegenhals bei Berlin auf der traditionellen Kundgebung zur Erinnerung an die Ermordung Ernst Thälmanns am 18. August 1944 im KZ Buchenwald. Wir dokumentieren einen Auszug aus seiner Rede:

Ich nutze die Möglichkeit, um ein paar Worte zur politischen und zur sozialökonomischen Situation in Polen zu sagen. Seit mehr als 30 Jahren, seitdem die Konterrevolution in der Volksrepublik Polen siegte, ist die Lage der polnischen Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen sehr schwer und wurde in vieler Hinsicht dramatisch. Der Sozialismus ist gefallen, es entstand eine bürgerliche Diktatur, die von Anfang an das sozialistische gesellschaftliche Eigentum konsequent liquidierte, massenhafte Arbeitslosigkeit einführte und die Wirtschaft großen kapitalistischen Konzernen übergab. Die polnische Arbeiterklasse ist von ihrer Stellung als Souverän wieder zum Proletariat geworden und in die moderne Sklaverei vor allem fremden Kapitals gefallen. Millionen, insbesondere junge und hoch qualifizierte Leute, mußten emigrieren. Politisch wurde Polen in eine Halbkolonie verwandelt, insbesondere durch die NATO, durch die USA, die EU, vor allem durch Deutschland.

Nach der Konterrevolution wurden reaktionäre bürgerliche Regierungen installiert, unabhängig davon, ob sie konservativ-katholisch, liberal oder neu-sozialdemokratisch geprägt waren. Die sozialistische Ökonomie wurde vernichtet, mit ihr sozialistische und prokommunistische Kräfte, aber auch die Klassengewerkschaften. Die katholische Kirche und der Papst, insbesondere Johannes Paul II., wurden realpolitische Subjekte, die das politische Leben mehr steuern als die offiziellen Parteien. Priester und Bischöfe wurden die führenden ideologisch-politischen Persönlichkeiten in den öffentlichen Schulen, im Militär, in der Polizei sowie in fast allen Betrieben, gesellschaftlichen Organisationen, beruflichen Vereinigungen und den Organen der kommunalen Selbstverwaltung. Kein gesellschaftliches Ereignis kann ohne katholischen Geistlichen stattfinden. In diesem Sinne fällt Polen zurück ins Mittelalter. Der Feudalismus zieht wieder auf dem Land ein, wo großer Grundbesitz und neue Paläste entstanden sind. Die alten Sitten mit Adelstiteln leben wieder auf, aber nicht nur auf dem Land wachsen eine neue Aristokratie, Obskurantismus und gesellschaftliche Rückständigkeit, die von den reaktionären Massenmedien verbreitet werden.

Die Arbeiterklasse ist dezimiert, enteignet, verschuldet. Die junge Leute sind in die Emigration gezwungen, die meisten Älteren sind ohne die notwendigen Geldmittel für Arznei und medizinische Hilfe. Się müssen früher sterben. Auf den Universitäten studieren so gut wie keine Arbeiter- und Bauern-Kinder, wenn doch, gehen się an die privaten

Hochschulen, aber die Eltern, manchmal sogar die Großeltern, bezahlen die Gebühren. Die sozialökonomischen Unterschiede zwischen Reichen, sehr Reichen und armen Leuten werden größer. Der Kapitalismus zeigt seine Wolfszähne.

Nach außen hin wurde Polen eine Halbkolonie der EU. Die Reste der Industrie kooperieren mit deutschen Konzernen, die Wirtschaft Polens ist abhängig vom Außenhandel mit Deutschland. Die derzeitige PiS-Regierung orientiert sich mehr auf die US-Wirtschaft, aber sehr einseitig und mehr politisch und militärisch bedingt als wirtschaftlich. Militärisch wurde Polen ein Vasallenstaat der USA und der NATO. Für die US-Regierung ist Polen notwendig, um eine effektive Anti-Rußlandpolitik zu verwirklichen. Polen wurde zu einem Bollwerk der amerikanischen Politik an der Ostflanke der NATO gegen Rußland und die Volksrepublik China. Diese systematische kapitalistische und imperialistische Politik der USA belegen die Ereignisse in der Ukraine vor ein paar Jahren und jetzt gegen Belarus. Die polnischen Luftstreitkräfte patrouillieren unter NATO-Kommando im Luftraum der baltischen Republiken. In Redzikowo bei Słupsk ist trotz massenhafter Proteste progressiver Organisationen, auch der Kommunisten, eine US-Antiraketenbasis entstanden, früher gegen den Iran gerichtet, jetzt gegen Rußland und China.

Die führenden politischen Kräfte der PIS verstärken das militärische Engagement Polens in der Konfrontation mit Rußland. Nach jüngsten Angaben erreicht das polnische Militärbudget mehr als 2 % des Bruttoinlandsprodukts (ungefähr 10 Milliarden Euro pro Jahr). Die polnische Regierung kauft strategische Waffen, z. B. modernste US-Kampfflugzeuge. Das liebste Reiseziel des Staatspräsidenten, des Ministerpräsidenten sowie des Verteidigungsministers bleiben das Pentagon und das Weiße Haus in Washington.

Nach neuen Angaben sind in Polen ungefähr 4500 US-Soldaten in sechs Basen stationiert. Seit diesem Jahr sollen demnächst weitere 1000 im Rahmen eines „Rotationskontingents“ dazukommen. In Poznań ist eine vorgeschobene Divisionskommandantur der US-Armee mit 200 hohen Offizieren eingerichtet. Die amerikanischen Militärbasen und Soldaten unterliegen den US-Organen, bei juristischen Delikten sind allein amerikanische Gerichte zuständig. Das bedeutet, daß die Basen einen exterritorialen Status haben. Dabei deckt, das ist sehr wichtig, die polnische Regierung alle Kosten der Stationierung, was von progressiv denkenden Menschen sehr kritisch aufgenommen wurde. In Wirklichkeit verteidigen die US-Einheiten die bürgerliche Herrschaft im Lande.

Seit Jahren veranstalten USA und NATO auf polnischen Truppenübungsplätzen große Manöver und Übungen wie „Ukraine“, „Anaconda“ und zuletzt „Defender 2020“. Zu diesem Zweck kommen bis zu 30 000 Soldaten und

zahlreiches Militärmaterial sowie verschiedene Waffenarten zum Einsatz. Als Folge wächst die politisch-militärische Spannung an der Grenze zu Rußland, Belarus, der Ukraine und im Raum des Schwarzen Meeres.

Die nationalkonservative PiS-Regierung möchte seit langem mehr US-Truppen in Polen haben, offiziell „zur Abschreckung Rußlands“. Nun sollen 1000 amerikanische Soldaten von deutschen US-Basen nach Polen umziehen. Inoffizielle Informationen besagen, daß in Zukunft 20 000 amerikanische Soldaten in Polen stationiert werden sollen.

Die Militarisierung Polens hat nicht nur militärpolitische Konsequenzen. Es gibt auch eine wirtschaftliche Seite. Das Ganze richtet sich auch gegen die polnische Arbeiterklasse und andere Werktätige. Deren Lage ist dramatisch, nachdem Polen mehr als die Hälfte seiner Wirtschaftskraft verloren hat. Die sogenannte Umstrukturierung der Wirtschaft hat mehr als 5 Millionen Arbeitsplätze (insbesondere in der Industrie) gekostet. Die Hälfte dieser Beschäftigten ist in Frührente, d. h. Hungerrente, gegangen. Die andere Hälfte ging als neue „Gastarbeiter“ in die USA, nach Kanada usw.

Im Resultat wurde Polen aus einer hoch industriellen Wirtschaft zu einem neuen Agrarland, das von kapitalistischen Konzernen abhängig ist. Die Mehrheit der Industriebetriebe wurde für eine symbolische Mark gekauft und als unerwünschte Konkurrenz beiseite. Ein bescheidener Teil wurde als Filiale der Mutterkonzerne oder als Montagefirma rekonstruiert. Das ist keine gute Perspektive für die Werktätigen, es ist auch eine schlechte wirtschaftliche Grundlage für die Erhaltung des souveränen Daseins der polnischen Nation. Diese Situation ist aber für die neue polnische Kompradorenbourgeoisie und die fremden großen kapitalistischen Konzerne gewinnbringend.

Auch die politische Situation der Arbeiter und der anderen Werktätigen hat sich nach der Niederlage des Sozialismus sehr verschlechtert. Dank der reaktionären „Solidarność“-Bewegung und anderer Klassenfeinde ist die Einheit der Arbeiterklasse zerschlagen worden. Eine nicht unwesentliche Rolle spielten dabei Revisionisten und Opportunisten in der zentralen Leitung der Polnischen Vereinigten Partei Polens unter Leitung von General W. Jaruzelski. Diese Führung war aber nur die Spitze des Eisbergs. Die Verwaltungsschicht („Nomenklatur“) stärkte die innere Konterrevolution seit Jahren. Beachtlichen Anteil daran hatte und hat auch die katholische Kirche, insbesondere konservative Bischöfe, die einen neuen Kreuzzug verkündeten. Viele sind in die Reihen des offensiven Antikommunismus und Antimarxismus, sogar der Antiwissenschaft und des Obskurantismus übergewechselt.

Das ideologisch-politische Bewußtsein der Mehrheit der polnischen Arbeiter befindet sich seit vielen Jahren in der Gefangenschaft

der Feinde des Sozialismus und antiwissenschaftlicher Strategien. Ein Beispiel liefert der ehemalige Werftarbeiter und Vorsitzende der „Solidarność“ Lech Wałęsa, der eine Marionette des bürgerlichen Kapitals, des Obskurantismus, des Aberglaubens, der Unehrlichkeit und des Antikommunismus ist. Er und seine Partner haben große Verdienste beim Klassenverrat an Arbeiterinteressen und erhielten dafür fürstlichen „Judas-Lohn“.

(...)
Viele aktive und fortschrittliche Arbeiter insbesondere der jungen Generation sind aus Polen emigriert. Die Gebliebenen befinden sich unter dem ideologischen Radar der reaktionären Kirche, von Opportunisten und Nationalisten. Die Mehrheit der Arbeiter, Bauern, der armen Leute auf dem Lande und in den Städten, die PiS gewählt haben, werden ihre politische Klientel bleiben. Die Wahlfestungen der Partei befinden sich insbesondere in Südost-Polen, also in wirtschaftlich schwach entwickelten Agrargebieten, in denen traditionell der Einfluß der Kirche groß ist. Die Ergebnisse der Wahl des Staatspräsidenten im Juli 2020 besagen, daß die polnischen Wähler in drei große Gruppen geteilt sind: Die Wähler der PiS mit etwa 10,5 Millionen (35 %), die Liberalen mit etwa 10

Millionen (34 %) und ungefähr 9 Millionen (31 %) Nichtwähler.

Die Kommunistische Partei Polens (KPP) sowie andere klassenorientierte Gruppen sind in einer schwierigen Situation. Die KPP wird systematisch von der Staatspolizei, von Rechtsanwälten und Straferichten verfolgt. Seit sieben Jahren sitzen unsere führenden Kommunisten auf der Anklagebank von Kreis- und Bezirksgerichten. Die neusten Urteile des Berufungsbezirksgerichts in Katowice beweisen, daß die Normen und Vorschriften des Artikels 256/1 des polnischen Strafgesetzbuches nicht nur kommunistische Aktivitäten („das Propagieren des totalitären Systems“), sondern auch die kommunistische Ideologie, den Marxismus, den Leninismus, den sozialistischen Aufbau und sogar Namen wie die von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Dzierżyński, Mao Zedong und vielen anderen unter Strafe stellen. Der Prozeß dauert weiter an, die Strafsache wurde zum Kreisgericht in Dąbrowa Górnicza zurückverwiesen, ist aber wegen der Pandemiepause nicht beendet. Die Verfolgung der polnischen Kommunisten geht weiter, sie gehört zum Wesen des bürgerlich-kapitalistischen „Rechts und Gerechtigkeit“. Hier in Ziegenhals will ich wiederholen: Der

Faschismus hat verschiedene Gesichter, aber dieselbe Klassennatur.

Das sind ein paar Beispiele aus der Zeit der PiS-Regierung seit 2015. Das bedeutet aber nicht, daß es in der Zeit der liberalen Regierung unter Ministerpräsident Donald Tusk besser war. Nein, es war und ist dieselbe reine Klassenpolitik der Bourgeoisie. Die zwei bürgerlichen Parteien streiten und kämpfen zwar miteinander, aber in ihren Programmen bleibt Gemeinsames: Antikommunismus, Antisowjetismus, Haß auf Volkspolen und die Sowjetunion. Beide bürgerliche Parteien verfolgten und verfolgen die KPP und zwingen sie in die Illegalität.

Doch die KPP kämpft weiter unter halblegalen Bedingungen und sagt: Kopf hoch, nicht die Hände! Wir haben viele mutige und heldenhafte polnische historische Helden der kommunistischen- und Arbeiterbewegung, z. B. Julian Marchlewski, Rosa Luxemburg, Felix Dzierżyński, Boleslaw Bierut, Władysław Gomułka und viele andere. Aber wir sind auch Nachfolger vom Genossen Ernst Thälmann und seinem Kampf. Ruhm und Ehre den Helden der kommunistischen und Arbeiterbewegung!

Prof. Dr. Zbigniew Wiktor,
emeritierter Professor der Universität Wrocław

Dynamik der Gewalt

Kolumbien: „Soziale Säuberung“ unter der Covid-19-Pandemie?

Mit der Wahl von Iván Duque 2018 zum Präsidenten von Kolumbien war klar, daß es der unter dessen Vorgänger Juan Manuel Santos eingeleitete Friedensprozeß mit der FARC (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) schwer haben würde. Bereits vor der Wahl verkündete Duque seine Absicht, diesen Vertrag zuungunsten der FARC ändern zu wollen. Dieses Ziel verfolgt er bis heute unbeirrt. Nach anfänglicher Beruhigung der Lage gehören Mord, Folter, Vergewaltigung und Vertreibung wieder zum Tagesgeschehen. Soziale Bewegungen werfen der Regierung Duque vollkommene Unfähigkeit vor. Unter seiner Präsidentschaft sei das Land zu den schlimmsten Zeiten der Gewalt zurückgekehrt.

Durch die Corona-Pandemie verschlimmert sich die Lage extrem. Da alle Welt nur auf die Ausbreitung des Virus schaut, nutzen die oft mit dem Militär kooperierenden ultrarechten Paramilitärs die Ablenkung und schlagen noch heftiger zu. Die verhängten Ausgangssperren führen dazu, daß sich bedrohte Aktivisten, Funktionäre oder ehemalige FARC-Kämpfer nicht mehr frei bewegen können und durch die Mordkommandos leichter aufzuspüren sind. Laut UN-Büro für Menschenrechte wurden in Kolumbien bisher 33 Massaker dokumentiert. (Als Massaker versteht man: Ab drei Tote am selben Ort mit demselben Täter zur selben Zeit) In der ersten Hälfte dieses Jahres gab es darüber hinaus 97 Morde an Menschenrechtsaktivisten und 41 Morde an ehemaligen

Guerilla-Kämpfern der FARC. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch warnt vor der Präsenz illegaler bewaffneter Gruppen in mindestens elf Regionen des Landes. Dort sollen diese ein Terrorregime eingeführt haben, das die Coronavirus-Krise ausnutzt, um alle Arten von Mißhandlungen gegen die Zivilbevölkerung zu verüben. Sie legen fest, wer wann sein Haus verlassen und wohin er gehen darf. Verstöße werden oft mit dem Tod geahndet. Hinzu kommt, daß die Zwangsrekrutierung von Minderjährigen wieder zunimmt.

Die Gewalt richtet sich vor allem gegen die sozial schwache Bevölkerung und wird von Kräften ausgeübt, die um territoriale Kontrolle kämpfen. In einigen Fällen sind auch staatliche Akteure beteiligt. Es gibt genug Hinweise, daß Armee, Polizei und Paramilitärs eng zusammenwirken.

Neu ist eine gewisse Dynamik der Gewalt an jungen Menschen. So wurden 33 Jugendliche im Süden des Landes in nur wenigen Tagen getötet. Der Präsident gab schon vor den ersten Nachforschungen über die Hintergründe dieser Verbrechen der Guerilla „Nationale Befreiungsarmee“ und „anderen Drogenbanden“ die Schuld. Er ist leicht zu durchschauen: Schnell einen Verantwortlichen für sein Versagen finden und an den Pranger stellen. In einem Kommuniqué vom 17. August weist die Friedensdelegation der ELN die Vorwürfe umgehend zurück. Sie verweist darauf, daß es in der Region Nariño eine Allianz zwischen Militär, Polizei und den Paramilitärs

wie den Los Contadores gibt, die verantwortlich sind für den Anstieg der Gewalt, für Morde und die Massaker.

Durch die strengen Ausgangssperren werden alle sozialen Proteste im Keim erstickt. So kann die Stadtverwaltung in unterschiedlichen Städten, besonders Cali und Bogotá, problemlos illegale Stadtviertel räumen und die Hütten mit Bulldozer niederreißen. Die Menschen, die eigentlich zu Hause bleiben sollen, werden auf die Straße gesetzt, wo sie eigentlich nicht sein dürfen. Proteste dagegen werden unter dem Vorwand der Pandemiebekämpfung schnell mit Tränengas erstickt. Nach wie vor werden Bauern von ihrem Landbesitz vertrieben, die dann versuchen, sich in den Städten anzusiedeln. Kaum jemand weiß, daß Kolumbien das Land mit der größten Anzahl von Binnenflüchtlingen ist. Schätzungsweise über acht Millionen. Die kolumbische Regierung ist verantwortlich für die vielen Menschenrechtsverletzungen, sei es direkt durch die Verbrechen des Militärs und der Polizei oder indirekt durch bewußtes Unterlassen wirksamer Maßnahmen zum Schutz der Betroffenen. Ihre Antwort ist angesichts der Gewalt die Verstärkung der staatlichen Repression. Die deutsche Bundesregierung, die nicht laut genug die Einhaltung von Menschenrechten in Rußland und China einfordern kann, unterläßt es, dort wirksam zu werden, wo diese massiv mit Füßen getreten werden.

Peter Blöth
Sindelsdorf

Kampfstoffe und der Fall Nawalny

Chemische Kriegführung oder Новичок – Dichtung und Wahrheit

Wer, wenn nicht deutsches imperialistisches Militär, könnte kompetent Auskunft geben über den Einsatz und die Wirkungsweise chemischer Kampfstoffe gegen Menschen? Erinnert sei an den 22. April 1915, als in der Nähe der belgischen Stadt Ypern deutsche Truppen erstmalig das tödliche Senfgas gegen französische Soldaten einsetzten, und zwar unter Aufsicht des „Vaters des Gaskrieges“, des deutschen Nobelpreisträgers und Chemikers Fritz Haber. Zwar gab es schon seit vielen hundert Jahren Versuche, Chemikalien für militärische Zwecke zu nutzen. Und selbst im Ersten Weltkrieg war die deutsche Armee nicht die erste. Ein paar Monate vor dem genannten Datum hatte die französische Armee bereits eine Art Tränengas gegen die deutschen Stellungen eingesetzt. Das war aber nicht besonders „effektiv“, das konnten „wir“ besser. Letztlich starben mehr als 100 000 Soldaten im Ersten Weltkrieg infolge des Einsatzes chemischer Kampfmittel und über 1,2 Millionen zogen sich Schäden zu – Blindheit, verätzte Lungen u. ä. Militärisch galt der Einsatz von chemischen Kampfstoffen als nicht optimal und sogar riskant: Sie hatten zu geringe direkte Wirkung und zu viele Kollateralschäden beim Hantieren. Bei Windrichtungsänderungen wehte das Gas in die eigenen Gräben. Trotzdem arbeiteten die Militärs verschiedener Länder nach dem Ersten Weltkrieg weiter an der Entwicklung von Chemiewaffen. Die Generäle saßen in der Regel weit hinter der Front, und vor allem warf die Produktion enorme Gewinne ab. Das läßt sich vermutlich in den Archiven der Bayer AG, deren Vorläufer kesselweise chemische Kampfstoffe hergestellt hatte, nachlesen. Und sie wurden bald wieder verwendet. Obwohl das Genfer Protokoll vom 17. Juni 1925 den Einsatz von Giftgas verbot, setzte es das faschistische Mussolini-Italien mehrfach in seinen afrikanischen Kolonien Libyen und Äthiopien gegen Aufständische ein. Die italienische Luftwaffe tötete z. B. 1928 Hunderte Libyer mit Phosgenbomben und Senfgas. Im „Abessinien“-Krieg von 1935 bis 1941 erfolgte der erste italienische Luftangriff mit Giftgasbomben am 10. Oktober 1935. Nach Erfolgen äthiopischer Verbände wurden allein vom 22. Dezember 1935 bis zum 18. Januar 1936 200 Tonnen Giftgasbomben abgeworfen. Die Italiener schossen mit Arsengranaten und brachten in einer einzigen Schlacht am 12. Januar 1936 1,7 Tonnen Giftgas zum Einsatz. Die Giftgasangriffe dauerten bis Ende 1937 an. Internationale Beobachter wurden gefoltert und getötet, damit die Verbrechen nicht an die Weltöffentlichkeit gelangten. Als Äthiopien ab 1943 versuchte, ein internationales Tribunal zur Verurteilung der Kriegsverbrecher einzurichten – wie es später in Nürnberg und

Tokio geschah –, durfte es auf britisches Betreiben keine Taten vor 1939 verfolgen. Das Tribunal wurde nach 1945 trotz der Bemühungen Äthiopiens systematisch von Italien sabotiert, kein Täter je vor Gericht gestellt, so daß das faschistische Regime Mussolinis im historischen Gedächtnis der Europäer und der Italiener nicht mit Massentötungen in Verbindung gebracht wird. Im Zweiten Weltkrieg blieb den Soldaten der qualvolle Tod durch chemische Kampfstoffe erspart, obwohl Hunderttausende Tonnen in den Arsenalen der Armeen lagerten. Die Wehrmacht entwickelte zwar die bereits im Ersten Weltkrieg eingesetzten Mittel auf Cyanwasserstoffbasis weiter, sie kamen jedoch nicht an der Front zum Einsatz. Die Nazis setzten den Stoff, den wir als Zyklon-B kennen, in Vernichtungslagern ein. Gelten diese Blausäuremittel als Blutkampfstoffe, verlagerte sich noch im Zweiten Weltkrieg die Forschung hin zu den Nervengiften. Spezialisten unterscheiden dabei die G-Reihen und die V-Reihen. Die G-Reihe gibt schon namentlich Auskunft über die Herkunft. In den 40er Jahren synthetisierte der deutsche Chemiker Gerhard Schrader diese Giftstoffreihe, das G steht deswegen für Germany. Es handelt sich hierbei um nicht persistente phosphororganische Verbindungen, welche als Phosphorsäureester angesehen werden können, die in den Nervenbahnen bestimmte Transmitter hemmen.

Es erfolgt einfach gesagt, eine Reizüberflutung, die dann zu einem völligen Zusammenbruch der Informationsweiterleitung führt. Die wichtigsten Körperfunktionen werden außer Kraft gesetzt und man erstickt. Anwendernamen der G-Reihe sind z. B. Sarin und Tabun, Kampfstoffe, deren Abwehr heute noch bei den Armeen geübt wird. Die V-Reihe geht auf den britischen Chemiker Ranajit Ghosh zurück, der für das britische Unternehmen Imperial Chemical Industries (ICI) an Pflanzenschutzmitteln arbeitete. Mitte der 50er Jahre brachte ICI dann den Kampfstoff Amiton, auch VG, auf den „Markt“, der auf Ghoshs Forschungen basierte. Dem V im Namen werden verschiedene Deutungen zugeschrieben, es kann für victory (Sieg) oder auch venomous (giftig) stehen. Gelegentlich nennen die Fachleute diese Stoffe Tammelin-Ester. Sie werden mit dem Namen des schwedischen Chemikers Lars-Erik Tammelin in Verbindung gebracht, der in den 50er Jahren ebenfalls zu den V-Kampfstoffen forschte. Wirkungstechnisch ähneln die V-Kampfstoffe den G-Stoffen. Sie sind aber stabiler und mindestens zehnfach stärker in der Wirkung, d. h. daß ein Zehntel des V-Stoffes in etwa die gleiche toxische Wirkung hat wie die G-Stoffe. Als Kampfstoff haben die V-Stoffe, der bekannteste ist VX, eine ölige Konsistenz. Zum Einsatz kommen sollte VX als Aerosol, das durch

Granaten oder Raketen über dem gegnerischen Territorium versprüht werden sollte. So habe ich selbst das schon vor über 40 Jahren bei der Truppe im Ausbildungsfach „Schutz vor chemischen Kampfstoffen“ gelernt. Vom Körper aufgenommen, wird das Gift über die Schleimhäute (Augen, Mund usw.), über die Atmung und einige Stoffe auch über die Haut. Die tödliche Dosis liegt bei unter einem Milligramm.

Новичок (Nowitschok)

Kommen wir nun zu dem, was in den Medien новичок genannt wird. Man kann dazu zwei Dinge sagen: Erstens, es gibt kein новичок, es gibt aber sehr wohl eine Reihe von Kampfstoffen, die allesamt als новичок bezeichnet werden. Zweitens: Über diese Kampfstoffe kann man eigentlich nichts sagen, denn es gibt in offenen Quellen nur Vermutungen. Das hört sich angesichts dessen, daß in (fast) allen Print- und elektronischen Medien immer so getan wird, als handle es sich um etwas, das sehr genau bekannt ist, seltsam an. Ein Erklärungsversuch lautet: Seit dem Ende der 90er Jahre gibt es in westlichen Medien Berichte darüber, daß in der Sowjetunion an verbesserten Kampfstoffen geforscht wurde. Das ist sicher richtig, denn man kann davon ausgehen, daß alle Länder, die über chemische Kampfstoffe verfügten, auch dazu geforscht haben – auch um sich gegen solche Waffe zu wappnen.

Als einer der Hauptzeugen für die sowjetische Chemiewaffenforschung und -produktion gilt der sowjetische Chemiker Will Sultanowitsch Mirsajanow, auf dessen Erkenntnisse sich auch der US-Autor eines recht neuen Buches über Nervengiftkampfstoffe, Jonathan Tucker (War Of Nerves, 2006) fast ausschließlich stützt. Spannend ist hierbei, wie Mirsajanow zu seinen Erkenntnissen gekommen sein will. Mirsajanow, Jahrgang 1935, ist tatarischer Herkunft und studierte bis 1958 an der Moskauer Akademie für Feinchemie und machte seinen Abschluß als Chemieingenieur für Erdölindustrie. Auch seine Dissertation befaßte sich mit der Petrochemie. Nach dem Erreichen des Dokortitels kam er ans Staatliche Forschungsinstitut für Organische Chemie und Technologie (GosNIIOKhT) in Moskau. Bei Wikipedia heißt es dazu: „Er war dort zunächst mit Umweltanalysen betraut und analytischen Aspekten der Kampfstoffentwicklung, war aber nicht direkt an der synthetischen Kampfstoffentwicklung im Nowitschok-Programm beteiligt. Er wurde Mitglied der Kommunistischen Partei und leitete zuletzt ab Ende der 1980er Jahre die Abteilung technische Spionageabwehr. Dazu zählte die Analyse der Kampfstoffrückstände und Kampfstoffe in der Umwelt, deren Nachweismöglichkeit im Sinn des Nowitschok-Programms so

gering wie möglich sein sollte und die Rückstände und Produktionsmittel möglichst unauffällig auch für Inspektoren der internationalen Chemiewaffenkontrolle oder Geheimagenten.“ Abgesehen davon, daß die Wikipedia-Autoren hier schon von Nowitschok schreiben, scheint das soweit korrekt. Im weiteren, so Mirsajanow in seinen späteren Veröffentlichungen, fand er bei seinen Kontrollen in Chemiewaffenfabriken öfter einen schlampigen Umgang mit dem Material vor. Er beschwerte sich bei seinen Vorgesetzten, aber nichts passierte. Nun, es war Perestroika-Zeit, also veröffentlichte er seine Erkenntnisse. Davon nahm anfangs kaum jemand Notiz. Erst nachdem er, schon in den 90er Jahren, auch einem englischen Korrespondenten etwas darüber erzählte, dauerte es immerhin noch ein Jahr und er bekam „Besuch“. Er wurde des Verrats von Staatsgeheimnissen angeklagt. Und nun wird es vollständig verrückt. Nach seiner Darstellung stammt der Großteil seiner „Erkenntnisse“ über das geheime Nowitschok-Programm aus vertraulichen Unterlagen, die ihm der russische Staat zu seiner besseren Verteidigung zur Verfügung gestellt hätte. Man sah jedenfalls davon ab, ihn einzusperren, denn 1995 reiste er unbehindert in die USA aus. Seine dortigen Unterstützer ließen ihm dort einen Preis verleihen und er heiratete eine seiner Unterstützerinnen. Aus dieser Quelle stammen die wichtigsten und geheimen Informationen über das sowjetisch/russische Programm zur Entwicklung und die Produktion chemischer Kampfstoffe?

Es gibt aber noch zwei andere Bausteine der Geschichte. Eine ist sehr geheimnisumwoben. Angeblich soll der deutsche Nachrichtendienst BND in den 90er Jahren einen russischen Chemiker, der an der Chemiewaffenherstellung beteiligt war, dazu gebracht haben „überzulaufen“. Als er sich mit der Familie in den Westen begab, soll er nicht unbeträchtliche Proben des neuen Kampfstoffs des „Nowitschok-Programms“ (den Namen haben sich die Medien ausgedacht, denn weder in der Sowjetunion noch in Rußland gab es ein Programm mit diesem Namen) im Gepäck gehabt haben. Es soll sich um Weiterentwicklungen des Kampfstoffes VX gehandelt haben.

Diese Stoffe sollen dann sofort analysiert worden sein und der BND gab Proben an seine befreundeten Dienste in den USA und Großbritannien weiter. Wir haben ja oben schon gesehen, daß die Briten eine besondere Beziehung zu den V-Kampfstoffen haben. Im Zusammenhang mit der Skripal-Geschichte im englischen Salisbury 2018, der ja auch mit „Nowitschok“ vergiftet worden sein soll (übrigens in ziemlicher Nähe des britischen C-Waffen-Versuchslabors Porton Down), wurde mal kurz in den Medien erwähnt, daß in der Zwischenzeit wahrscheinlich die „Nowitschok-Bestände“ in den westlichen Laboren größer seien, als die in den russischen. Der dritte Teil der Geschichte ist der plausibelste. Im März 2018 erschien auf der russisch-englischsprachigen Internetseite für Geschäftsleute „The Bell“, die 2016/2017 in

den USA gestartet wurde, ein Interview mit einem Wladimir Ugljow. Ugljow behauptet dort, er sei an der Entwicklung und Erforschung von chemischen Kampfstoffen in der Sowjetunion beteiligt gewesen. Er berichtet von dem Versuch, die sowjetische Variante von VX weiterzuentwickeln. Es wären mehrere Probleme zu lösen gewesen. Im Ergebnis seien mehrere Stoffe mit Bezeichnungen wie A-1976, B-1976, D-1980 usw. entstanden, von denen einige als C-Waffen geeignet gewesen wären und die staatliche Zulassung dafür erhalten hätten. Es wären von einigen Substanzen nur einige Gramm, von anderen einige Kilogramm hergestellt worden. Im weiteren meinte er, diese Stoffe könnten wohl gemeint sein, wenn im Westen von „Nowitschok“ die Rede ist, aber es seien sehr unterschiedliche Stoffe. Auf die Frage, ob er meine, Skripal sei mit einem solchen Stoff vergiftet worden, meinte er nur, die alten bekannten Nervengifte kämen wohl nicht in Frage. Man kann festhalten, daß er Forschungen im Bereich von C-Kampfstoffen, die eine Weiterentwicklung von VX darstellen, bestätigt hat, über die genaue Art und Wirkweise jedoch kaum etwas gesagt hat.

Es ist wohl davon auszugehen, daß die Wissenschaftler drei Problemkomplexe lösen wollten. Zum einen mußte der Umgang mit den Kampfstoffen für die eigenen Kräfte sicherer gemacht werden. Eine etwaige Lösung wäre ein binärer Stoff, dessen Bestandteile erst kurz vor dem Einsatz zusammenkommen. Der zweite Komplex ist die Einsetzbarkeit. Das heißt, daß die Waffe unter allen meteorologischen Bedingungen einsetzbar sein muß, auch bei extremer Hitze oder Kälte. Gleichzeitig darf die Substanz nicht zu früh zerfallen, muß also über eine gewisse chemische Stabilität verfügen. Andererseits, und da sind wir beim dritten Komplex, sollte der Stoff entweder nach einer nicht zu langen Zeit zerfallen oder leicht neutralisiert werden können, sonst macht das militärisch keinen Sinn. Abschließend muß noch erwähnt werden, daß Bausteine für die Kampfstoffe bis zu einer bestimmten Produktionsstufe einigen Düngemitteln gleichen (siehe oben: Entwicklung V-Kampfstoffe). Zum anderen werden chemisch sehr ähnliche Stoffe in der Medizin als Medikamente gegen Alzheimer und Demenz eingesetzt. Auch hier wird biochemisch der gleiche Prozess erzeugt. Nur die Dosis (wie immer bei Gift) macht es.

Die Causa Nawalny

Ende August 2020 wollte der drittklassige Darsteller eines Oppositionellen Alexej Nawalny aus dem Fernen Osten nach Moskau fliegen. Er bestieg deswegen am 20. August in Tomsk ein Flugzeug. Im Flugzeug wurde er plötzlich von Krämpfen geschüttelt, schrie und fiel in Ohnmacht. Die Besatzung reagierte sofort und flog den nächsten Flughafen in Omsk, an wo Nawalny sofort ins Krankenhaus kam, in ein künstliches Koma versetzt wurde, während die Ärzte versuchten, die Ursachen des Anfalls zu ergründen. Nach vielen Untersuchungen konnten die Ärzte keine Vergiftung

feststellen. Das sah die Nawalny ständig begleitende Entourage anders. Schon vor der Landung in Omsk war von Vergiftung die Rede. Es wurde behauptet, der russische Staat und im Besonderen Wladimir Putin hätten Nawalny vergiften lassen. Man verlangte, ihn sofort ins Ausland, nach Berlin zu verlegen, um ihn in der Charité „unabhängig“ zu untersuchen. Obwohl die Omsker Ärzte von einem Transport abrieten, gab der russische Staat alle dafür erforderlichen Erlaubnisse und so wurde Nawalny nach Berlin ausgeflogen, wo er 22. August ankam. Die Berliner Ärzte diagnostizierten am 24. August eine Intoxikation mit einem Cholinesterasehemmer, genau jenem Stoff, der auch in den Medikamenten gegen Alzheimer zur Anwendung kommt. In der Zwischenzeit überboten sich deutsche Politiker aller Couleur an kriegerischen Parolen gegen Rußland wegen des scheußlichen Verbrechens an einem „Kremlgegner“. Tenor: Es sei an der Zeit, endlich mit dem Kuschelkurs gegenüber Moskau aufzuhören, man müsse andere Seiten aufziehen, um den aggressiven Kurs Rußlands zu stoppen. Das war der Punkt, wo dem Konsumenten westlicher Medien ohne Intoxikation schlecht werden konnte. Schließlich sind deutsche und andere NATO-Panzer schon sehr der russischen Grenze nahegerückt. Am 2. September ließ die Bundesregierung erklären, Nawalny sei, nach der eindeutigen Analyse in einem Bundeswehlabor, mit einem Kampfstoff aus der „Nowitschok-Gruppe“ vergiftet worden.

Waren bis dahin die Forderungen mehr oder weniger bedeutender deutscher Politiker mit der Forderung verknüpft worden, endlich die Bauarbeiten an der Erdgasleitung „Nord Stream 2“ einzustellen, übernahmen nun auch Spitzenpolitiker diese Forderung.

Ich weiß natürlich nicht, was mit Nawalny tatsächlich passiert ist. Die unmittelbaren Symptome im Flugzeug, es gibt dazu ein Video, entsprechen nicht dem, was ich bei der NVA über den Einsatz von VX gelernt habe. Außerdem soll der „neue russische Kampfstoff“ eine um das zwanzig- bis dreißigfache höhere Giftigkeit haben. Wie erwähnt, bei VX geht es um weniger als einen Milligramm als letale Dosis, wenn der Stoff über die Haut aufgenommen wird. Nawalny ist in der Zwischenzeit wieder recht munter. Eine Allianz aus Grünen, Norbert Röttgen (CDU), „Bild“ und Donald Trump redet aber nur über eine härtere Gangart gegen Rußland. Die Einstellung von „Nord Stream 2“ erreichen diese Matadore aber offenbar nicht, wie SPD-Finanzminister und Kanzlerkandidat Olaf Scholz am 21. September durchblicken ließ. Er erklärte auf einem ostdeutschen Wirtschaftsforum, die BRD werde durch die Pipeline nicht von Rußland abhängig. Für den Weiterbau hatten sich die Ministerpräsidenten Ostdeutschlands bereits am 18. September einstimmig eingesetzt. Im Fall Nawalny gilt offenbar das Motto des englischen Hosenbandordens: „Honi soit qui mal y pense – Ein Schelm, wer Böses dabei denkt“

Untergang des US-Fracking-Öls

Es gibt auch positive Nachrichten: Eine Stütze des US-Imperialismus und Donald Trumps bricht weg.

Im Juni-Heft der US-Monatszeitschrift „Monthly Review“ (72. Jahrgang, Nr. 2) äußerten sich die Herausgeber zur Ölkrise und ihren politischen Folgen:

Während wir (die Herausgeber des „Monthly Review“) diese Notizen schreiben, fiel der Preis für den Terminkontrakt Rohöl/West-Texas, Termin Mai 2020, auf einen negativen Wert von 37,63 USD pro Barrel, was den größten Rückgang seit Beginn der Aufzeichnungen darstellt. Die Verkäufer schwimmen in Öl und müssen die Käufer für den Abtransport bezahlen. Der Preis für einen Terminkontrakt für die Lieferung im Juni liegt unter 20 Dollar pro Barrel, weniger als ein Drittel des Preises für ein Barrel Rohöl vor nur zwei Jahren („Oil Plunges below Zero for the First Time in Unprecedented Wipeout“, Bloomberg, 20. April 2020). Die derzeitige massive Ölschwemme ist das Ergebnis der Auswirkungen der Fracking-Öl- oder Schieferölrevolution, die die Vereinigten Staaten eine Zeit lang zum größten Öl- und Gasproduzenten der Welt machte.

Jetzt, plötzlich als Folge einer Überproduktion von Öl weltweit, die durch den plötzlichen Nachfrageausfall aufgrund der COVID-19-Pandemie noch weitaus schlimmer geworden ist, erleben wir den möglichen Untergang der Fracking-Ölindustrie der USA, die schon vor dem Ölpreiseinbruch Geld vernichtete und mit Bergen von Schulden belastet war. Vor diesem Hintergrund einer weltweiten Erdölschwemme, die der gegenwärtigen Krise vorausging, wurde ein Welterdölabkommen zwischen Rußland und Saudi-Arabien, der OPEC mit Washington als einer Art Hinterzimmerpartner vereinbart, das eine globale Verschiebung in der geopolitischen Ölpolitik markiert.

Vorausgegangen war ein Streit zwischen Rußland und Saudi-Arabien über die Förderung und Preisgestaltung von Öl. Angesichts einer Ölschwemme auf dem Weltmarkt, die die Preise nach unten drückte, versuchten die Saudis Anfang dieses Jahres einen Zeitplan für Förderkürzungen durch die OPEC+ (OPEC plus Rußland und Mexiko) zu diktieren. Rußland weigerte sich jedoch, sich dem anzuschließen. Als ein früheres Abkommen zwischen Rußland und Saudi-Arabien zur Kürzung der Ölförderung die Preise nach dem Preisrückgang im Jahr 2015 wiederherstellte, waren die Vereinigten Staaten, wo die Fracking-Ölförderung rasch zunahm, der Hauptnutznießer gewesen. Rußland lehnte daher den saudi-arabischen Vorschlag für 2020 ab, zum Teil deshalb, weil die US-Förderung wieder unberührt bleiben würde. Sowohl Saudi-Arabien als auch Rußland kündigten daraufhin Produktionssteigerungen an. Die Preise fielen auf ein Niveau, das in den letzten zwei Jahrzehnten (und dann nur einmal seit dem Zweiten Weltkrieg) nicht mehr beobachtet wurde („Crude Oil Prices-70 Year Historical Chart“, Macrotrends, Zugriff 21. April 2020).

Die Vereinigten Staaten, lange Zeit ein bedeutender Nettoimporteur von Öl, haben die Auswirkungen sofort gespürt, exportieren nun aber genauso viel wie sie importieren. Dies ist einzig und allein das Ergebnis des raschen Anstiegs der Förderung von Fracking-Öl von einem vernachlässigbaren Prozentsatz der gesamten Ölförderung in den USA im Jahr 2010 auf derzeit weit über 60 Prozent („Tight Oil Development will Continue Drive Future U.S. Crude Oil Production“, U.S. Energy Information Administration, 28. März 2019). Aber die Kosten der Produktion von Fracking-Öl sind – selbst abgesehen von den enormen ungezählten Umweltschäden – so hoch, daß die führenden Produzenten bereits vor den Ereignissen vom März 2020 im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie ihre enormen Schulden nicht mehr bedienen konnten. Und in der Tat meldete Whiting Oil, der führende Ölproduzent in North Dakota (heute ein wichtiger Ölförderstaat), innerhalb weniger Tage nach der saudi-arabischen und russischen Nichteinigung unter Berufung auf die gestiegene saudi-arabische und russische Produktion, Konkurs an.

Unabhängige Ölproduzenten (wie die Brüder Hunt in früheren Jahren und in jüngerer Zeit die Brüder Koch) sind seit zwei Generationen eine führende Kraft in der Republikanischen Partei und treiben diese immer weiter nach rechts. Sie sind für Donald Trump eine wichtige Anhängerschaft. Diese Klientel ist bei den derzeitigen Preisen mit immensen Verlusten konfrontiert. Wenn die Weltölpreise auf rund 20 Dollar pro Barrel fallen, könnten, wenn überhaupt, nur wenige der unabhängigen Produzenten auch mittelfristig überleben, und selbst einige der großen Unternehmen, die sich auf Fracking-Öl verlegt haben, wären bedroht. Selbst als die Ölpreise kurzzeitig auf 40 USD pro Barrel im Jahr 2015 fielen, gingen Hunderte von kleineren Fracking-Ölproduzenten in Konkurs.

Ein anderes (Trump-) Klientel wäre ebenfalls betroffen. Die großen „Too Big to Fail“-Banken, darunter JP Morgan Chase, Wells Fargo und die Bank of America, waren massive Kreditgeber für die Fracking-Ölindustrie (Patrick Greenfield, „Top Investment Banken stellen Milliarden für den Ausbau der Industrie für fossile Brennstoffe zur Verfügung“, Guardian, 13. Oktober 2019). Schuldverschreibungen der führenden Fracking Ölproduzenten, die lange vor dem Preiseinbruch als „Junk-Schulden“ bezeichnet wurden, sind darüber hinaus in marktgehandelten Rentenfonds in riesigen Mengen vorhanden. In den ölfördernden Bundesstaaten (fast alle republikanisch dominiert) gibt es viele Millionen relativ hoch bezahlte Arbeitsplätze und eine große Wählerschaft in einer Handvoll rechter Gewerkschaften, die Trumps Anti-Umweltinitiativen unterstützt haben. Kurz gesagt, sowohl das große Finanzwesen als auch einige einheimische Arbeiteraristokraten, die begeisterter Trump-Anhänger waren, waren ebenfalls bedroht.

Trump trat daher in die Verhandlungen zwischen Rußland und Saudi-Arabien ein, um die

angestrebte Vereinbarung über die Produktionsbegrenzung zwischen der OPEC+ und die Aussicht auf höhere Preise zu erreichen. Das wichtigste Element, das zuvor fehlte, war die Beteiligung der USA. Aber Trump konnte nicht überzeugend nachweisen, daß er die Macht hätte oder sie erlangen könnte, um Produktionskürzungen in den Vereinigten Staaten anzuordnen (obwohl in Texas die Eisenbahnkommission diese Macht hat – siehe Rachel Adams-Heard, Kevin Crowley und Javier Blas, „Texas Railroad Commission Mulls Oil Output Cuts“, Rigzone, 23. März 2020). Was die Vereinigten Staaten „versprachen“, war letztlich nur, daß die US-Produktion infolge der „Marktkräfte“ selbst zu den erhofften Preisen, die ein Abkommen erzielen würde, um einen erheblichen Betrag zurückgehen würde. Dies war natürlich überhaupt kein Versprechen, wie die Russen sagten. Dieses „Versprechen“ bringt jedoch mit sich, daß die Vereinigten Staaten nicht eingreifen, um die sogenannten Marktkräfte zu durchkreuzen und die Produktion aufrechtzuerhalten, zum Beispiel durch spezielle Subventionen für die gefährdeten Fracking-Ölproduzenten. Stattdessen würden sie stillhalten und zulassen, dass die langsamen rechtlichen Prozesse des Bankrotts und der Reorganisation die Produktion von Fracking-Öl unter Inkaufnahme von Verlusten allmählich reduziert. Damals schätzten die Russen zwar den Segen von Trump (der nützlich war, um die Saudis umzustimmen), machten jedoch deutlich, daß sie nicht auf die impliziten Versprechungen des US-Regimes setzen, die sie offen als „nedogovorosposobny“ oder „nicht vertragsfähig“ bezeichnet haben.

Der gewaltige Anstieg der Fracking-Ölförderung des letzten Jahrzehnts bestärkte den aggressivsten Flügel des „Washington Consensus (Washingtoner Konsenses)“ in seinen Konfrontationsprojekten gegen die ungehorsamen, großen, ausländischen Erdölproduzenten Venezuela und Iran. Solange Venezuela eine wichtige und notwendige Quelle für die Ölimporte der USA war, waren offene Beschlagnahmungen seiner Vermögenswerte im Ausland und andere Handlungen unter der Schwelle eines Krieges vom Tisch. Der rasche Anstieg der Fracking-Ölförderung ermöglichte Obamas Politik, den Druck auf Venezuela immer weiter zu erhöhen. Und die wahrscheinliche Fähigkeit des Iran, wenn er durch die US-Aggression provoziert würde, den Export arabischen Öls zu behindern, würde den Ölverbrauchern aufgrund der Preissteigerungen zwar einige Schmerzen zufügen, würde aber die US-Wirtschaft nicht in der Weise bedrohen, wie es der Fall gewesen wäre in Zeiten, als die Vereinigten Staaten Nettoimporteur von Öl und saudische Lieferungen entscheidend waren. Trumps israelisch inspirierte Offensive gegen den Iran, nicht nur in Form von Sanktionen, sondern von Attentaten, die in traditionellen Begriffen auf Kriegshandlungen hinauslaufen, wurden so ermöglicht. Als strategische Angelegenheit hatte die Aggression gegen Venezuela und den Iran weitere Auswirkungen



Proteste gegen Fracking in New York

in ganz Lateinamerika und im Nahen Osten, gerade wegen des geschwundenen Einflusses der beiden antiimperialistischen ölproduzierenden Staaten, die angegriffen wurden. Die Rücknahme der „Rosa Flut“ in Lateinamerika und der von den USA unterstützte Krieg gegen Syrien wurden so auch durch die Flut der Fracking-Ölförderung in den Vereinigten Staaten ermöglicht.

Die Umweltkosten der Explosion der Fracking-Ölförderung waren ebenfalls beträchtlich. Es wurden große Mengen an Erdgas gefördert, die den Preis so stark senkten, daß es für die Produzenten von Fracking-Öl einbringlicher war, es zu verbrennen, anstatt zu versuchen, es zu verkaufen. Diese und andere Emissionen im Zuge der Förderaktivitäten gehörten zu den Ursachen dafür, daß die USA die Kohlendioxidemissionen in den 2010er Jahren nicht reduzieren konnten, während beispielsweise die EU-Länder – wenn auch langsam – Fortschritte machten. Und die Kosten der Wasserverschmutzung, der Wasser- und Sandgewinnung (wichtige Inputs für das Fracking) und sogar von Erdbebenwellen waren immens, wenn auch nicht ohne weiteres

quantifizierbar. Prognosen bezüglich der US-amerikanischen Ölförderung, selbst aus staatlichen Quellen und ohne jeden Versuch, sich auf aktive Schritte zur Erreichung von Minimalzielen zur Abwendung einer weiteren Klimaerwärmung einzulassen, würden sich im Zeitraum zwischen 2000 und 2050 ohne Fracking-Öl halbieren. Mit Fracking-Öl wird jedoch eine Verdoppelung prognostiziert.

Beim heutigen Stand der Dinge, mit Ölpreisen von 20 Dollar pro Barrel oder weniger (und selbst bei Preisen von bis zu 30 Dollar), würde Trumps implizite Verpflichtung, sich nicht in die schrittweise und mit Verlust durchgeführte Reduzierung der Fracking-Ölförderung einzumischen, dieselben Ölbarone und Anhänger verärgern, denen er mit der Unterstützung des OPEC+-Geschäfts gefallen wollte. Die gesamte Fracking-Ölförderung wird bei diesem Preis zu einem erheblichen Verlust führen. Die Zahl der begonnenen Konkurrenz wird zunehmen und große Mengen Bankschulden (verbrieft zu Wertpapieren und Kredite) werden wertlos werden. Die Aussicht auf weitere Kapitalspritzen der Art, wie sie den Fracking-Öl-Boom angetrieben haben, ist

verschwunden. Und wenn, wie Trump jetzt andeutet, die Vereinigten Staaten zu ihrem Wort zurückkehren und „Marktkräfte“ wirken lassen, um die US-Produktion zu reduzieren, wird der daraus resultierende Rückgang des Weltölpreises nicht nur dasselbe Ergebnis haben, sondern auch in schnellerem Tempo dahin gelangen. Die Saudis und die Russen als Swing-Produzenten können die Preise auf einem so niedrigen Niveau stabilisieren, daß das Fracking-Öl in den USA dem Untergang geweiht ist, und als Reaktion darauf haben die Vereinigten Staaten nur die Möglichkeit, die Preise weiter zu senken.

Aus dieser Gesamtperspektive betrachtet, kann das OPEC+/Trump Ölförderungsabkommen vom April 2020 auch unter einem optimistischen Aspekt betrachtet werden. Es wird berichtet, daß China das OPEC+/Trump-Geschäft trotz seiner Rolle als wichtigster Weltimporteur von Öl gefördert hat. Und es ist bemerkenswert, daß Rußland (und China) die einzigen Großmächte waren, die – wenn auch in begrenztem Umfang – Venezuela und den Iran unterstützt haben. Die Aussicht auf den Untergang der US-Fracking-Ölindustrie ist also positiv im Hinblick auf die beiden größten Bedrohungen, denen wir gegenüberstehen: (1) Atomkrieg als Folge der gegenwärtigen Welle der imperialistischen US-Aggression gegen Venezuela und den Iran – und bald darauf gegen Rußland (die Präferenz derer, die die Demokratische Partei kontrollieren) oder China (offensichtlich jetzt die parteiübergreifende Präferenz); und (2) das Klimakrisendebakel, das uns alle betrifft.

Übersetzung aus dem amerikanischen Englisch:

Ernst Herzog und Richard Corell

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

„Was wir ererbt von unseren Vätern ...“

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

9. Dezember 1976

Gleich im Auftakt seiner großen Faust-Tragödie läßt Goethe den Faust nach seinem Gespräch mit Wagner jene berühmten Worte sagen: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen. Was man nicht nützt, ist eine schwere Last.“ Diese Sätze führen uns mitten hinein in die Problemstellung, der wir uns heute widmen wollen.

Traditionen findet man vor. Sie sind uns aus der Geschichte überkommen. Man erbt sie sozusagen. Aber: sie nur zu erben, heißt noch nicht, sich ihrer würdig zu erweisen. Man muß sich die Traditionen erwerben, man muß

sie verstehen, man muß sie sich erarbeiten, um sie zu besitzen, um sie zu nutzen. Das alles bedeutet: Man muß sich die Traditionen der eigenen Zeit entsprechend zu eigen machen. Nur dann kann man sie nutzen. Nutzt man sie nicht auf diese Weise, können sie zu einer schweren Last werden.

Die Traditionsauffassung, die Goethe im „Faust“ vertritt, ist die der fortschrittlichen Bourgeoisie in Deutschland zwischen der französischen Revolution von 1783 und der Revolution von 1848/49 in Deutschland. Sie ist an ihre Zeit gebunden, erschließt uns folglich noch nicht den ganzen Umfang des Traditionsproblems.

Was sind eigentlich Traditionen? Schlagen Sie bitte in einem Lexikon nach. Sie werden sicherlich folgende Antwort auf unsere Frage finden: „Tradition (lat.) = Übergabe, Überlieferung, Herkommen, Brauch; das Überlieferte“. Die Hauptsache also fehlt, das Faktum nämlich, daß Traditionen klassengebunden sind, Klassencharakter tragen.

Traditionen erwachsen aus der geschichtlichen Entwicklung, aus dem Klassenkampf. Friedrich Engels schrieb in der Einleitung zu seinem Werk „Der deutsche Bauernkrieg“ im Jahre 1850: „Auch das deutsche Volk hat seine revolutionäre Tradition. Es gab eine Zeit,

wo Deutschland Charaktere hervorbrachte, die sich den besten Leuten der Revolutionen anderer Länder an die Seite stellen können, wo das deutsche Volk eine Ausdauer und Energie entwickelte, die bei einer zentralisierteren Nation die großartigsten Resultate erzeugt hätte, wo deutsche Bauern und Plebejer mit Ideen und Plänen schwanger gingen, vor denen ihre Nachkommen oft genug zurückschauern.“¹

Engels schrieb diese Worte nach der Revolution von 1848/49, nach den heroischen Anstrengungen der Revolutionäre und nach der Niederlage der Volksmassen im Kampf um soziale Freiheit und nationale Einheit. Er schrieb sie mit dem Blick auf kommende große revolutionäre Stürme gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Der Sieg der Volksmassen in diesen heraufziehenden Kämpfen war abhängig von der Kraft der Arbeiterklasse und ihrem Bündnis mit der Bauernschaft. Deshalb galt es, die großen revolutionären Traditionen des Volkes aufzudecken. Traditionen bewahren also Taten und Erfahrungen aus der Vergangenheit, um sie für Gegenwart und Zukunft nutzbar zu machen. Sie bilden sich unter bestimmten geschichtlichen Bedingungen, werden von den Menschen aufgenommen und wirken gleichfalls unter bestimmten geschichtlichen Bedingungen. Traditionen umfassen alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens – vom politischen Klassenkampf bis zu Literatur, Musik und Moral. In den Traditionen widerspiegelt sich der Klassenkampf; sie sind selbst Teil dieser Auseinandersetzungen, vor allem des ideologischen Klassenkampfes. Traditionen haben also einen Klasseninhalt und wirken entsprechend. Den sich gegenüberstehenden und sich bekämpfenden Hauptklassen in der Geschichte entsprechen auch sich unversöhnlich gegenüberstehende Traditionen. Aus diesem Grund kann man auch nicht schlechthin von „Traditionen“ sprechen. Man muß immer klassenmäßig unterscheiden. Und das bedeutet: Die herrschenden Traditionen in der antagonistischen Klassengesellschaft waren und sind

immer die Traditionen der herrschenden Klasse, das heißt die Traditionen der Ausbeuter und Unterdrücker. Das Volk hat es nicht leicht, seine fortschrittlichen Traditionen zu bewahren, weil auf ihm die Macht dieser herrschenden Klasse, bewaffnete Gewalt und ideologischer Druck lasten. Mit vollem Recht können wir für unseren tagtäglichen Gebrauch deshalb festhalten: Sage mir, welche Traditionen du pflegst, und ich sage dir, auf welcher Seite des Klassenkampfes du stehst.

Nehmen wir nur wenige Beispiele: Gehen Sie als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik durch einen kleinen Ort oder durch eine große Stadt: Sie finden eine Thälmannstraße oder einen Breitscheidplatz, eine Carl-von-Ossietzky-Allee oder ein Heinrich-Heine-Viertel. Gehen Sie als Bürger der BRD durch einen kleineren Ort oder durch eine große Stadt: Sicher finden Sie eine Hindenburg- oder eine Kaiser-Wilhelm-Straße, selten eine Heinrich-Heine-Allee und wahrscheinlich keinen Thälmannplatz. Straßennamen widerspiegeln Traditionen.

Und ein weiteres Beispiel: Die Soldaten der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik arbeiten und leben in einer Ho-Chi-Minh-Kaserne, in einer Kaserne der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, tun Dienen in einem Hans-Beimler-Bataillon oder in einem Truppenteil Hermann Matern. Die Offiziere studierten an Hochschulen, die den Namen Ernst Thälmann, Franz Mehring, Karl Liebknecht oder Rosa Luxemburg tragen. Schauen Sie, die Bürger der BRD, auf Ihre Kasernentore, dann finden Sie Namen aus Preußens Gloria, von Hindenburg bis Richthofen etwa, Namen auch von hochdekorierten Offizieren der Hitlerwehrmacht. Bezeichnungen von Kasernen und Truppenteilen widerspiegeln Traditionen. Und genau das ist es, was ich eingangs sagte. Das Verhältnis zur Tradition weist aus, auf welcher Seite der geschichtlichen Entwicklung man steht. Die Soldaten der Ho-Chi-Minh-Kaserne in Berlin, der Hauptstadt der DDR, stehen in einer Traditionslinie, die von den

revolutionären Bauernhaufen des großen Bauernkrieges über die badische Volksarmee in der 48er Revolution, die Volksmarine-division der Novemberkämpfer von 1918, die Interbrigaden im spanischen Freiheitskrieg vor 40 Jahren bis in unsere Tage reicht und welche die Freiheitskämpfer alle Völker, wie in unserem Falle Ho Chi Minh, einschließt. Die Soldaten der Bundeswehr als Kontingent der NATO-Armee in der Hindenburg-Kaserne stehen – ob sie das wollen oder nicht – in der Traditionslinie der kaiserlichen Armee des deutschen Imperialismus, der faschistischen Armee des Hitlerreiches. Die Namen ihrer Kasernen und Truppenteile verkörpern diese Tradition heute in der Bundeswehr. Ein ehemaliger Hitleroffizier und heutiger Generalmajor der Bundeswehr erklärte: „Tradition heißt nicht Bewahren der Asche, sondern Erhalten der Flamme. Ein Staat muß Soldaten haben, wenn er der Erpressung widerstehen will, und diese Soldaten brauchen Vorbilder.“ Für sich genommen, ist zuerst einmal gegen diese Worte nichts einzuwenden. Aber man kann sie eben nicht „für sich“ nehmen. Die Flamme, von der hier die Rede ist, hat in der Vergangenheit oft genug das Feuer des Krieges gegen andere Völker entzündet. Bei diesen Vorbildern geht es nur scheinbar um Hochachtung vor persönlichem Heldentum. Die Vorbilder sind die Eroberer von früher. Man denke nur an den jüngst über die BRD-Bühne gegangenen Rudel-Skandal. Hier geht es um Traditionen der Aggression und des Chauvinismus, des Antikommunismus und des Kampfes gegen den Frieden, die Demokratie, den sozialen Fortschritt und den Sozialismus. Das lehrt die geschichtliche Erfahrung unseres Volkes, das lehrt vor allem auch die Entwicklung der letzten 30 Jahre.

Traditionen sind ein entscheidender Teil unseres Geschichtsbewußtseins. Geschichtsbewußtsein gehört zum Weltbild eines jeden Menschen. Für den Bürger des sozialistischen Staates ist sozialistisches Geschichtsbewußtsein eine wesentliche Bedingung für richtiges gesellschaftliches Handeln. Dieses

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Oktober!

Zum 94. Geburtstag

Eberhard Georgi (Strausberg)
am 29. Oktober

Zum 92. Geburtstag

Ursula Söder (Panketal) am 15. Oktober
Karl-Heinz Körber (Ellrich) am 24. Oktober

Zum 91. Geburtstag

Karl-Heinz Schriefer (Coswig/Anhalt)
am 5. Oktober
Gerhard Miska (Chemnitz) am 11. Oktober
Martha Kokoschko (Schöneiche)
am 13. Oktober
Dr. Werner Ettelt (Berlin) am 29. Oktober
Anni Hausner (Gera) am 30. Oktober

Zum 90. Geburtstag

Karl-Heinz Gerhold (Dortmund)
am 4. Oktober
Gerhard Wenzel (Berlin) am 15. Oktober
Kurt Brendl (Magdeburg) am 27. Oktober

Zum 85. Geburtstag

Rudolf Scheffler (Leipzig) am 8. Oktober
Harald Bujack (Berlin) am 10. Oktober
Horst Rohne (Zörbig) am 21. Oktober

Zum 80. Geburtstag

Dr. Ute Kaden (Magdeburg) am 18. Oktober
Günter Mensch (Leipzig) am 29. Oktober

Zum 75. Geburtstag

Hans-Jürgen Harzer (Gera) am 4. Oktober
Hans-Gert Kleinert (Dresden)
am 31. Oktober

Zum 70. Geburtstag

Lutz Krause (Muldestausee) am 15. Oktober

Zum 65. Geburtstag

Gregor Janik (Zittau) am 3. Oktober
Uwe Borg (Rostock) am 28. Oktober
Gerd Borgwardt (Neubrandenburg)
am 31. Oktober

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

Geschichtsbewußtsein formt sich nicht nur aus historischen Kenntnissen, aus der Herkunft des einzelnen, durch seine Umgebung und durch seinen Klassenstandpunkt. Das Geschichtsbewußtsein hat seine Quelle auch in den Traditionen, die wir uns zu eigen machen.

Unter Geschichtsbewußtsein verstehen wir aber nicht nur die Aneignung von Geschichtskennntnissen, die Aufnahme von Traditionen usw., sondern auch die aus diesem Bewußtsein erwachsende aktive sozialistische Tat. Deshalb eben ist die Aneignung der Traditionen durch die eigene Arbeit und für diese Arbeit von so großer Bedeutung. Deshalb eben wählen wir die Traditionen, die wir uns zu eigen machen, so gut aus. Und wir übernehmen sie nicht nur, wir eignen sie uns kritisch an, damit sie in unserem Handeln wirksam werden können.

Traditionen sind uns aber nicht nur aus weit zurückliegender Vergangenheit überkommen; Traditionen schaffen wir Heutigen im Grunde genommen durch unsere tagtägliche Arbeit auch neu für die nachfolgenden Generationen. Wir in der Deutschen Demokratischen Republik haben in

den zurückliegenden Jahren die Tradition der deutsch-sowjetischen Freundschaft als Grundlage des Staatenbündnisses zwischen der DDR und der UdSSR geschaffen. Wir pflegen freundschaftliche Beziehungen zu den sozialistischen Bruderstaaten. Der proletarische Internationalismus ist ein Grundprinzip unserer Ideologie und unserer Politik. Solidarität, gegenseitige Hilfe und Unterstützung sind aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken, wurden zu Traditionen. Sie haben in unserer Verfassung ihre staatsrechtliche Verankerung gefunden, gehören zum moralischen Antlitz eines sozialistischen Staatsbürgers.

Kommen wir zurück auf unseren Ausgangspunkt. Das, was die Väter uns an Traditionen auf allen Gebieten gesellschaftlicher Entwicklung als Erbe hinterließen, will von uns, soweit diese Traditionen den fortschrittlichen Interessen des Volkes dienen, nicht nur gepflegt und sorgsam behütet werden. Wir wollen uns dieses Erbe durch unsere eigene Tat erwerben, um es für uns zu besitzen. Und wir haben die andere, die reaktionäre, die schlechte Traditionslinie in der Vergangenheit versinken lassen, indem wir sie durch

die Veränderung der Machtverhältnisse zum geschichtlichen Untergang verurteilt haben. Traditionen sind also in den Händen des Volkes eine mächtige ideologische Waffe, eine bedeutende moralische Triebkraft im Kampf um den Fortschritt. Traditionen in den Händen der Reaktion sind eine Waffe des Rückschritts, ein gefährliches Instrument zur Meinungsmanipulierung der Volksmassen gegen deren eigene Interessen.

Wie Traditionen wirken und welchen Einfluß sie in unserem Leben besitzen, liegt deshalb an Ihnen, an jedem einzelnen von uns, an unserer Erkenntnis, an unserem Verständnis und an unserer eigenen Tat. Lernen wir aus der Geschichte, wohin die reaktionären Traditionen mehr als einmal unser Volk führten. Und lernen wir aus der Geschichte, welche schöpferischen Kräfte das Volk besitzt, wenn es sich auf die guten, auf die fortschrittlichen Traditionen besinnt!

Anmerkung

1) Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 7, Dietz-Verlag, Berlin 1960, S. 329

Mehr als 100 Abgeordnete

Vor 90 Jahren: Bei den Reichstagswahlen 1930 erzielte die NSDAP einen Erdrutschsieg

Mit den Worten „Ein ganz fürchterliches Ergebnis“ kommentierte Staatssekretär Hermann Pünder (Zentrum) am Abend nach der Reichstagswahl vom 14. September 1930 das Ergebnis. Seine Äußerung bezog sich auf das Abschneiden der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP). Sie erhielt 6,4 Millionen Stimmen – das waren 18,3 Prozent – und stellte 107 Abgeordnete. Da ist es völlig berechtigt, wenn die Tageszeitungen einen Tag später von einem „Bergrutsch“ schrieben. Denn bis dahin spielte die NSDAP mit 12 Mandaten und weniger als einer Million Wählerstimmen (2,6 Prozent) faktisch

keine Rolle im Deutschen Reichstag. Bei Landtagswahlen hatte sie allerdings zugelegt. Die Wahlbeteiligung war im Vergleich zu 1928 um 6,4 Prozentpunkte auf 82 Prozent gestiegen. Damit gingen rund 4,2 Millionen Bürger mehr zur Wahl als zwei Jahre zuvor.

Es ist auch heute noch schwer nachzuvollziehen, wie dieses Ergebnis zustande kam. Zwar erhielt die Partei, wie andere bürgerliche Parteien auch, Geldspenden von führenden Industriellen. Doch die meisten Vertreter der deutschen Großindustrie waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht davon überzeugt, daß das Wort „sozialistisch“ im Namen der NSDAP rein demagogisch gemeint war und hielten sich zurück. Für die Nazis war es aber relativ leicht, mit ihren Parolen an die reale politische und wirtschaftliche Situation im Land anzuknüpfen. Sie mußten nicht einmal konkrete Vorstellungen entwickeln, wie es anders werden sollte. Wenn sie es taten, war es nebulös genug.

Das Bundesverfassungsgericht begründete 2017 seine skandalöse Fehlentscheidung, die NPD nicht zu verbieten, mit ihrer Bedeutungslosigkeit. Wie schnell sich so etwas ändern kann, zeigte 1930 die NSDAP.

Die Wirtschaftskrise hatte Deutschland fest im Griff. Die allgemeine Not war groß. Die Produktion wurde gedrosselt, Unternehmen gingen pleite. Immer mehr Bauernwirtschaften kamen unter den Hammer. Die

Agrarproduktion sank. Um die Preise hochzuhalten, wurden Lebensmittel vernichtet, während die Bevölkerung in den Städten hungerte. Nach der amtlichen Statistik gab es im Januar 1930 3,2 Millionen bei den Arbeitsämtern gemeldete Arbeitslose, von denen 2,5 Millionen Unterstützung bezogen. Während die Löhne der noch in Arbeit Stehenden teilweise sanken, stiegen die Preise für Fleisch, Milch, Brot und Gemüse, dann auch für Kohlen und Textilien, schließlich für Strom, Gas und Wasser. Kurz nachdem 107 NSDAP-Abgeordnete in den Reichstag eingezogen waren, beeilte sich Hitler in einem Hochverratsprozeß gegen drei Reichswehroffiziere als Zeuge unter Eid zu erklären, daß er nicht die Absicht habe, auf gewaltsamem Wege zur Macht zu kommen. Dazu werde er sich legaler Mittel bedienen. An der Zielstellung der Nazis änderte sich dadurch nichts. Sie wollten die bürgerliche parlamentarische Demokratie beseitigen. Das war auch das Ziel der Kommunisten, die am 14. September 1930 ebenfalls erfolgreich abschnitten, wenn auch nicht so gut wie die NSDAP. Im Unterschied zu den Nazis wollten die Kommunisten aber auch die kapitalistische Gesellschaft beseitigen. Die KPD erhöhte ihren Stimmenanteil um 1,3 auf 4,5 Millionen und stellte mit 77 Abgeordneten nach SPD, NSDAP, Zentrum und Bayerischer Volkspartei, die ein Bündnis eingingen und Stimmen dazu gewannen, nunmehr die viertstärkste

Am 11. Oktober begeht

Carsten Hanke

seinen 60. Geburtstag. Mit großer Einsatzbereitschaft und ideenreich sorgt Carsten als Vorsitzender der Regionalgruppe Rostock mit seinem Kollektiv für ein breites Bildungsangebot für alle Linken der Region. Als Internationalist gilt sein besonderes Engagement der Solidarität mit Venezuela.

Lieber Carsten, unseren Glückwunsch verbinden wir mit der Würdigung Deines erfolgreichen Wirkens.

Fraktion im Reichstag. Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), die Deutsche Volkspartei (DVP) und die aus dem Zusammenschluß von Deutscher Demokratischer Partei (DDP) und Jungdeutschen Orden hervorgegangene Deutsche Staatspartei verloren deutlich. Die Arbeiterparteien KPD und SPD bekämpften sich gegenseitig. Die Kommunisten warfen der SPD vor, durch ihre Handlungen

„fortgesetzten Hoch- und Landesverrat an den Lebensinteressen der arbeitenden Massen Deutschlands“ zu betreiben. In ähnlicher Weise beschimpfte die SPD die Kommunisten. Die Ziele der KPD sprach ihr Vorsitzender Ernst Thälmann offen aus: „Das Schicksal des Proletariats entscheidet sich nicht in Parlamentswahlen, sondern nur im offenen revolutionären Massenkampf. Nur eine Partei

kämpft nicht für Regierungsverträge und fette Ministerpensionen. Sie kämpft für den Sturz des bankrotten völkerverneuernden Kapitalismus.“ Am 16. September bezeichnete „Die Rote Fahne“ „den Sieg der kommunistischen Partei als das wichtigste Ergebnis der Reichstagswahl.“ Das stimmte aber höchstens für Berlin, wo die KPD mit 739000 Stimmen knapp vor der SPD lag, für die hier 738000 Wähler votierten. Aber die KPD hatte erstmals in der Hauptstadt eines kapitalistischen Landes die relative Mehrheit der Stimmen erreicht. Die NSDAP verzehnfachte hier mit 396000 Stimmen zwar ihr Ergebnis von 1928, konnte aber auch später in Berlin nie richtig Fuß fassen.

Die SPD verlor bei dieser Wahl 600000 Wähler, erhielt aber noch knapp 8,6 Millionen Stimmen. So stellte sie mit 143 statt der bisher 153 Abgeordneten weiterhin die stärkste Fraktion. Der sozialdemokratische Reichskanzler Hermann Müller, der an der Spitze einer Großen Koalition stand, war allerdings schon im März 1930 zurückgetreten. Ein Haushaltsdefizit von über 1,5 Milliarden Reichsmark – damals eine gewaltige Summe – ließ sich nicht stopfen. An Müllers Stelle trat der Zentrumsminister Heinrich Brüning, der auch nach den Septemberwahlen 1930 wieder die Regierung bildete, ohne über eine parlamentarische Mehrheit zu verfügen. Mit ihm begann die Zeit der Präsidialkabinette, die den Weg für die Beseitigung der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie in Deutschland ebneten.

Dr. Kurt Laser



Kriegshölle in Strausberg

Notizen zur Befreiung vom Faschismus 1945 in Märkisch Oderland

Am 31. Januar fand in Kienitz eine Gedenkstunde an den ersten Vorstoß der Roten Armee auf das Westufer der Oder vor 75 Jahren statt. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD), Landtagspräsidentin Ulrike Liedtke (SPD) und der russische Botschafter Sergej Netschajew nahmen daran teil. Mit bewegenden Worten würdigten sie das weltpolitisch bedeutende Ereignis und gedachten in Anwesenheit von 300 Gästen der Opfer beider Seiten. Wie Landrat Gernot Schmidt (SPD) in seiner Ansprache zum Ausdruck brachte, wäre das Erinnern an den Beginn des letzten Aktes der Befreiung von der Naziherrschaft im Jubiläumsjahr wohl auch eine gesamtdeutsche Angelegenheit gewesen. Doch Vertreter der Bundesregierung oder des Bundespräsidialamtes suchte man in Kienitz vergebens.

Erinnert wurde an die Hölle der Oderschlacht. Grauenvoll waren die Kämpfe an der Oderfront im Winter 1945. Besonders hart und lange umkämpft war das zur Festung erklärte Gut Klessin am Rande des Reitweiner Sporns, das von einer kleinen Einheit unter hohen Verlusten gegen eine große

sowjetische Übermacht verteidigt wurde. Unter der Parole: „Fällt Klessin, fällt auch Berlin“, hatte Hitler die Verteidigung des kleinen Ortes bis zum letzten Mann befohlen. Trotzdem überschritten am 31. Januar 1945 Vorausabteilungen der 5. Sowjetischen Stoßarmee den Fluß mit nur leichten Waffen. Sie hielten den am nächsten Tag einsetzenden und fortdauernden Angriffen der eiligst herbeikommandierten Wehrmachtseinheiten dauerhaft stand. Der Brückenkopf konnte auch nach dem Heranführen stärkerer Kräfte und dem Einsatz der Luftwaffe nicht mehr beseitigt werden. Bei diesen Kämpfen starben viele Soldaten auf beiden Seiten und auch ein Teil der Kienitzer Einwohner, die zwischen die Fronten geraten waren.

In der Stadt Strausberg im Hinterland prägten Hektik und Angst, aber auch die Hoffnung auf das Kriegsende die Stimmung. Am Abend des 19. April standen die vordersten sowjetischen Einheiten bei Grunow und Ernhof sowie vor Bollersdorf.

An diesem Tag und am folgenden Morgen verübten die Nazimachthaber in Strausberg die letzten verzweifelten Akte ihrer

Herrschaft. Sie wiesen Frauen und Kinder an, mit den wichtigsten Habseligkeiten die Stadt zu verlassen und nach Westen zu fliehen. Den Flugplatz verwandelte ein Sprengkommando in der Nacht nach der Räumung in ein Trichterfeld, um ihn für Start und Landung von Flugzeugen unbrauchbar zu machen. Der „Volkssturm“ erhielt Einsatzbefehl. Die örtlichen Nazigrößen dagegen zogen es vor, sich in westliche Richtung abzusetzen, bevor es brenzlig wurde. Sie bemächtigten sich zu diesem Zweck der städtischen Kraftfahrzeuge, darunter des besten Feuerwehrautos. Am 20. April vormittags waren der Bürgermeister, der NS-Ortsgruppenleiter und die Polizei verschwunden. Vorher setzten sie noch die Fähre über den Straussee in Brand und erteilten dem Schlosser Paul Vogel im Wasserwerk den Befehl, durch Vernichtung unentbehrlicher Teile die Pumpen und Brunnen unbrauchbar zu machen. Paul Vogel hatte allerdings schon Tage vorher, nachdem er über die bevorstehende Zerstörung instruiert worden war, alle wichtigen Teile genau gekennzeichnet und baute sie nun, am 20. April früh, unter den



Karikatur: Klaus Stuttmann

mißtrauischen Blicken einiger Nazibonzen aus, um sie nach deren Flucht wenig später sorgfältig einzufetten und in einer Kiste zu vergraben. Damit hatte er die Zerstörung verhindert und in eine zeitweilige Unterbrechung verwandelt.

Durch den Südteil von Strausberg-Vorstadt stießen in der Nacht zum 21. April Teile des 11. Panzerkorps der Roten Armee bis in den Raum Eggersdorf-Bruchmühle vor. Die Stadt war damit im Norden und Süden umgangen, aber immer noch unbesetzt. Erst am Morgen des 21. April rückte das 32. Schützenkorps in die Stadt ein, von Norden her waren Sicherungskräfte des 26. Gardeschützenkorps an der Besetzung beteiligt; in die Vorstadt drang das 9. Schützenkorps ein (fast gleichzeitig nahm das 12. Gardepanzerkorps Altlandsberg). Der Vormarsch ging schnell weiter. Um Bewegungsfreiheit für Truppen und Nachschub zu schaffen, wurden die Panzersperren mit Spreng- und Brandmitteln beseitigt. Die drei an der Besetzung Strausbergs beteiligten Schützenkorps der 5. Stoßarmee standen gegen Tagesausgang des 21. April schon bei

Berlin-Hohenschönhausen, Berlin-Marzahn und – weiter zurück mit der Front nach Süden – bei Neuenhagen. In Bruchmühle, wenige Kilometer von Strausberg entfernt, befand sich die politische Verwaltung der Front. Zwischen dem 1. und 8. Mai wirkte von dort aus die unter Leitung Walter Ulbrichts stehende Gruppe von Beauftragten des Zentralkomitees der KPD. Sie konzentrierten sich in ihrer Arbeit zunächst ganz auf Berlin und verlegte ihren ständigen Sitz bald dorthin. Die politischen Impulse, mit denen sie die antifaschistische Wiederbelebung anregten, erreichten wenig später von Berlin aus auch die Strausberger Kommunisten.

Mit der Befreiung der Außenbezirke Berlins wurden immer mehr ausländische Zwangsarbeiter frei, die von den Faschisten aus allen zeitweilig okkupierten Ländern Europas zur Arbeit in den deutschen Rüstungsbetrieben gepreßt worden waren. Auf dem Rückweg in ihre Heimatländer wurde der Stab der 1. Belorussischen Front für viele zur ersten Anlaufstelle. Etwa eine Woche lang zogen in einem endlosen Strom Zehntausende nach

Deutschland deportierte Ausländer durch Strausberg. Abends und nachts blieben sie in der Stadt, belegten die leerstehenden Häuser, übernachteten aber auch in Gärten und im Freigelände am Stadtrand. Wen wundert es, daß sie nach Jahren harter Zwangsarbeit, schlechter Ernährung und entwürdigender Behandlung mit dem zurückgelassenen Hab und Gut der Strausberger Bürger nicht eben zaghaft umgingen.

Vom 28. April an war zudem in Strausberg und Umgebung für etwa sechs Tage der gesamte Stab der 1. Belorussischen Front (Oberbefehlshaber Marschall Georgi Shukow) untergebracht, so daß sich hier neben den zahlreichen Offizieren und Mitarbeitern des Stabes auch viele Sicherstellungseinheiten befanden.

Drei Wochen später, am 8. Mai 1945, Punkt 24 Uhr, öffnete sich die Seitentür des in einen Festsaal verwandelten Offizierskasinos der Wehrmachtspionierschule in Karlshorst. Die Wände waren mit den Staatsflaggen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs geschmückt. Die Vertreter des Oberkommandos der alliierten Streitkräfte der Antihitlerkoalition betraten den Saal und nahmen an einem Tisch Platz. Marschall Shukow saß in der Mitte. Er wies an, die Vertreter des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg und Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff, herinzuführen. Sie unterzeichneten die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht. Die Unterschriften nahmen Marschall Shukow als sowjetischer Oberkommandierender und der britische Air-Marshal Arthur Tedder für das westliche Hauptquartier entgegen, dazu als Zeugen der amerikanische General Carl A. Spaatz und der französische General Jean de Lattre de Tassigny. Vorausgegangen war am 7. Mai 1945 die Kapitulation der deutschen Generale Alfred Jodl (Heer), von Friedeburg (Kriegsmarine) und Wilhelm Oxenius (Luftwaffe) vor US-General Dwight D. Eisenhower in Reims.

So war die Kriegshölle, die sich nie wiederholen darf, in meiner Heimat.

Heinz Pocher
Strausberg

Ergänzendes zum Artikel von Dr. Bernhard Majorow über die Zerschlagung der SED im RF 270/271

Eine Massenpartei mit über zwei Millionen Mitgliedern innerhalb von zwei Monaten zu zerschlagen kann man kaum von außen. Das geht nur von innen. In der SED hatte sich eine sogenannte Reformgruppe als „Plattform WF“ zusammengefunden.

Es waren SED-Mitglieder hauptsächlich aus der Humboldt-Universität, der Akademie der Wissenschaften, dem Institut für Gesellschaftswissenschaften und eine Reihe von Redakteuren und Journalisten des Berliner Rundfunks. Dieter Klein und Michael Brie gehören zu den Inspiratoren dieser

Gruppe, welche die Transformationstheorie aufgegriffen hatte.

Erinnert sei an Lenins Auseinandersetzungen mit den „Linken Kommunisten“ 1918. Er verordnete diese in der deklarierten kleinbürgerlichen Intelligenz, verurteilte ihre lauten Phrasen und warnte:

„... entweder werden wir diese Kleinbürger unserer Kontrolle und unserer Rechnungsführung unterordnen oder aber sie werden unsere Arbeitermacht ebenso unvermeidlich wie unabwendbar zu Boden werfen.“ Die Schwäche der SED Führung ausnutzend, wurde die Reformerguppe 1989 zum „Vordenker“, „Stichwortgeber“ und letztendlich „Vollstrecker“ für die Absetzung der gesamten Parteiführung und die Zerschlagung der Partei.

Die 11. Tagung des ZK stimmte für die Einberufung eines Sonderparteitages für die Zeit vom 15. bis 17.12.1989.

Auf Drängen der meist neugewählten 1. Bezirkssekretäre wurde die Vorbereitung des Parteitages in die Hände einer Arbeitsgruppe gelegt, zu deren Leiter der Erfurter Prof. Dr. Herbert Kroker berufen wurde, nicht ahnend, daß dieser zu den Reformern gehörte.

Das bis dahin noch politisch tätige Führungsgremium hatte damit das Heft des Handelns aus der Hand gegeben, mit

katastrophalen Folgen für die Partei und der davon abhängigen noch existierenden DDR. Putschartig wurden alle ZK Mitglieder verdrängt und der Parteitag kurzfristig auf den 8. Dezember 1989 vorverlegt, was für die Kandidatenwahl und ihre Anreise problematisch wurde. Ob die auf dem Parteitag Anwesenden auch wirklich alle Delegierte einer Kreisdelegiertenkonferenz waren, läßt sich nicht nachweisen, da eine statutengerecht handelnde Mandatsprüfungskommission nicht eingesetzt wurde. Mit dem Beschluß, die Betriebsparteiorganisationen, einschließlich ihrer Kampfgruppen, aufzulösen, wurde die Arbeiterklasse entwaffnet und ihre Partei beseitigt.

Gleichzeitig verabschiedete man sich von den marxistisch leninistischen Grundlagen der Partei.

Somit waren bereits Mitte Dezember 1989 alle Macht- und Organisationsstrukturen der DDR als Arbeiter- und Bauernstaat zerschlagen.

Vorausgegangen waren die Abschaffung der Staatsicherheit sowie die Löschung der Definition der DDR als Arbeiter- und Bauern-Staat in der Verfassung.

Warum es keinen Widerstand gab, ist vor allem der verheerenden Parteidisziplin geschuldet, die die Eigenständigkeit und Kreativität der Genossen in den letzten Jahren fast gänzlich erstickt hatte. So fehlte in dieser äußerst kritischen Situation das eigenständige Denken und Handeln, die eigene Einschätzung der Situation. Man hatte sich daran gewöhnt, daß „die da oben“ es sicher richtig machen. Damit war es für die neuen Kräfte einfach, ihre konterrevolutionären Absichten durchzusetzen und gleichzeitig von einer „besseren DDR“ zu schwafeln. Ein Konzept dafür hat man allerdings bis heute nicht gesehen.

Horst Neumann

(Die Aussagen über die Reformen stützen sich auf Untersuchungen von Klaus Gläser.)

DDR-Erfahrungen sind gültig

Corona und wie weiter mit dem Gesundheitswesen

Zweifellos verfügt die heutige Bundesrepublik über ein leistungsfähiges Gesundheitswesen und in vielen Bereichen über eine medizinische Betreuung auf hohem Niveau. Auch die soziale Absicherung im Falle von Krankheit ist durch das Versicherungssystem insgesamt gewährleistet. Gerade deshalb ist zu kritisieren, daß es bei der Bekämpfung des Corona-Virus anfangs zu lange gedauert hat, bis man – offensichtlich ohne Vorlauf in der Gesetzgebung und auch in anderen, organisatorischen Fragen – zur Sache kam.

Seit mindestens 2012/13 war bekannt, wie man mit solchen pandemischen Entwicklungen umgehen sollte. Es gab damals sogar Beratungen dazu. Man hätte vordenken, Vorrat schaffen und die Gesundheitseinrichtungen vorbereiten können. Zumal ja Erfahrungen vorlagen: Aus dem östlichen Teil Deutschlands, der DDR. Diese sind, wie sich zeigt, offensichtlich nicht verjährt, sie sind gültig. -

In der DDR wurden Fragen der Seuchenbekämpfung, der vorbeugenden Medizin überhaupt und der medizinischen Bewältigung von Katastrophen sehr ernstgenommen. Die erfolgreiche Zurückdrängung und schließlich praktische Ausrottung der Tuberkulose als Volkskrankheit, die Impfungen gegen die spinale Kinderlähmung, die Umsetzung der Impfprogramme bei Kinderkrankheiten, der Aufbau der staatlichen Hygieneinspektionen, die auch die Lebensmittelkontrolle ausübten oder die Hygienesituation in den Krankenhäusern oder

Polikliniken regelmäßig kontrollierten, die vorbeugenden Aufgaben der Betriebspolikliniken sprechen dafür. Dazu kam eine zunehmende Aufmerksamkeit für internationale Entwicklungen auf diesem Gebiet. Die sogenannten akuten respiratorischen Erkrankungen, speziell die Virusgrippe, rückten Ende der 60er Jahre in den Vordergrund, wurden auch von Forschungseinrichtungen in der DDR bearbeitet. Ihr Gewicht, ihr Anteil am Krankheitsgeschehen hatte zugenommen (auch weil andere Krankheiten überwunden waren oder viel weniger auftraten). Diese in der DDR meldepflichtigen Erkrankungen erreichten 1969/70 einen hohen Stand.

Schon 1964 war ein Zentrallaboratorium für respiratorische Viren gegründet worden, 1973 das Institut für Angewandte Virologie in Berlin-Schöneweide, das dann auch als „WHO Influenzazentrum der DDR“ fungierte. Auch dieses Institut wurde nach 1990 geschlossen! Am Rande sei daran erinnert, daß das 1910 gegründete und weltbekannte heutige Friedrich-Loeffler-Institut auf der kleinen Insel Riems nahe der Insel Rügen in der DDR in der Virusforschung und Impfstoffherstellung für Tiere eine sehr wichtige Rolle spielte.

Die Analyse der DDR-Situation und der Erkenntnisse aus der Hongkong-Grippe mit ihren medizinischen, aber eben auch denkbaren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen führte zu der Entscheidung, die Grippebekämpfung auch in der Regierung und Verwaltung der DDR auf eine

effektivere Stufe zu stellen. Es entstand ein „Führungsdokument“ zur „Grippebekämpfung“ vom 19. November 1970 mit dem Konzept „epidemiologischer Situationsstufen“ (I = Interepidemische Stufe - Basisstufe, II = Präepidemische Stufe, III = Epidemische Stufe) mit entsprechenden Maßnahmen.

Darauf aufbauend wurde eine „Ständige Kommission der Regierung zur Seuchenbekämpfung“ eingerichtet, die unter Leitung des Gesundheitsministers stand, in der Angehörige aller relevanten gesellschaftlichen Bereiche und Ministerien vertreten waren. Diese wurden vom Ministerpräsidenten der DDR persönlich ernannt und hatten bestimmte Entscheidungsbefugnisse.

Eine einheitliche Struktur und Handlungsabläufe für den Seuchenfall wurden erarbeitet und regelmäßig aktualisiert. Es fanden auch Übungen statt. Im Grunde genommen ging es darum, die epidemiologische Lage von der Medizin genau zu beobachten und von vornherein alle betroffenen gesellschaftlichen Bereiche, das Gesundheitswesen und andere, in Kommissionen auf Landesebene, in den Bezirken der DDR, auf Kreisebene, in den Städten zusammenzuführen und gemeinsam Entscheidungen zu treffen. Die Fähigkeit, schnell zusammenzukommen und einen Vorlauf zu haben, weil man ja vorher genau wußte, welche Krankenhäuser oder welche Polikliniken jetzt wie organisatorisch reagieren können, war die Stärke dieses

Vorgehens. Das passierte alles, ohne daß irgendein Mitarbeiter des Gesundheitswesens plötzlich Angst haben mußte, nicht mehr sein Geld zu verdienen.

Wahrscheinlich wären bei einer Pandemie wie mit dem Coronavirus in der DDR damals ähnliche flächendeckende Maßnahmen ergriffen worden. Ob die Zahl der Intensivbetten oder die Schutzbekleidung damals in beiden Ländern ausreichend aufgebracht hätten werden können, bleibt Spekulation.

Da in der DDR der Gesundheitsminister, die meisten seiner Stellvertreter, die zuständigen Ratsmitglieder (Bezirksärzte, heute Gesundheitsminister der Länder) und den Territorialkreisen (Kreisärzte, Gesundheitsstadträte) in der Regel Ärzte waren, stellte sich die heute sehr im Fokus stehende Wechselbeziehung zwischen medizinisch-fachlicher und politischer Entscheidung sehr praktikabel dar. Der Gesundheitsminister, der sich natürlich in seinen Entscheidungen auf das Expertentum mehrerer medizinischer Fachrichtungen stützte (neben Virologen gehören Epidemiologen, Krankenhaushygieniker, Kliniker, Notfallmediziner, Kinderärzte, Pathologen u.a. mehr dazu), hatte von Beginn eine politische Verantwortung und nahm sie auch wahr.

Mit der Corona-Krise treten nicht nur schon lange bestehende Probleme der Wirtschaft und Gesellschaft zu Tage. Das betrifft auch das Gesundheitswesen selbst:

- Die Tendenz zur Privatisierung der Gesundheitseinrichtungen, insbesondere der Krankenhäuser. Gab es 1991 in der neuen Bundesrepublik fast 1000 kommunale Krankenhäuser und 320 in privater Hand, so hatte sich 2017 dieses Verhältnis mit nun über 600 privaten Krankenhäusern und noch knapp 500 kommunalen Krankenhäusern umgekehrt.
- Die Erstarrung des ambulanten Bereichs mit seiner überholten Fixierung auf den Mythos der privaten Niederlassung. Das trifft auch auf die inzwischen entstandenen medizinischen Versorgungszentren mit zum Teil angestellten Ärzten zu. Diese Zentren sind entgegen vielfacher Behauptung eben nicht das, was die Polikliniken ausmachte. Die territoriale Verteilung wird schlechter. In ländlichen Gebieten gibt es empfindlichen Ärztemangel.
- Die Unterwerfung medizinischer Leistungen unter das betriebswirtschaftliche Gewinnprinzip. Das Gesundheitswesen ist kein Wirtschaftszweig mit Gewinnoptimierungsaufgabe. Der Patient ist kein Kunde und der Arzt sollte kein Kleinunternehmer sein. Dazu tragen aber leider die aktuellen Abrechnungsverfahren bei, wie die sogenannten Fallpauschalen in Krankenhäusern. Sie regen an, ja ermuntern zur Bevorzugung gut finanzierter Diagnosen und Krankheitsfälle, andererseits wird Ärzten erschwert, komplizierte Krankheitsverläufe ausreichend zu Ende zu behandeln, da das zu teuer wird.

- Und: besonders die Pflegearbeit wird schlecht vergütet.
- Die Unterschätzung und Einsparungen des steuerfinanzierten „Öffentlichen Gesundheitsdienstes“, Tauglichkeitsuntersuchungen, vorbeugende Leistungen, der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, der Zahnärztliche Dienst, die Seuchenbekämpfung, die Behindertenberatung, die Beratung bei Schwangerschaft und Schwangerschaftskonflikt (Abtreibung), die Betreuung psychisch akut Erkrankter, die Gesundheitsberichterstattung in der Kommune usw. können nicht aufgabengerecht erfüllt werden. Es fehlen zunehmend Ärzte und andere Mitarbeiterinnen, auch weil sie unanständig schlecht bezahlt werden.
- Die Unterschätzung der vorbeugenden Medizin insgesamt. So ist das organisatorische Unvermögen, bei Impfungen die erforderlichen Raten zu erreichen, weniger eine rechtliche Frage, ob Impfpflicht oder keine Impfpflicht, sondern vielmehr, ob und wie den Eltern und Kindern unkompliziert eine Impfung ermöglicht wird. Wenn heute die wichtigen Schuleingangsuntersuchungen der Kinder, die wegen Corona zum Teil ausfallen mußten, nicht nachgeholt werden, ist das m. E. nicht hinnehmbar. Gerade hier wirkt nach meiner Auffassung oft ein klassischer Irrtum. Gute hygienische oder gesundheitliche Verhältnisse sind immer auch Ergebnis sorgfältiger Überwachung, Kontrolle und Vorbeugung, die man nicht ungestraft zurückfahren kann. Leider beweisen das drastisch die schlechten Lebensverhältnisse bei den Arbeitern von Fleischfabriken, die sich gehäuft mit dem Virus angesteckt haben.
- Immer wieder wird versucht, das gesetzliche Krankenversicherungssystem, eine große Errungenschaft, auszuhöhlen.

Es gäbe weitere, aber diesen Rahmen sprengende Stichworte. Oft wird einer solchen Kritik gegenübergestellt, daß doch das Gesundheitssystem im internationalen Vergleich einen guten Platz einnimmt. Aber gerade deshalb fallen die unbezweifelbaren Schwächen und Lücken so ins Gewicht. Sie sind eigentlich durch nichts zu rechtfertigen und müssen benannt und überwunden werden. Dabei fällt mir auf, daß in letzter Zeit renommierte medizinische Fachgesellschaften und Ärzte in hohen Berufspositionen, also aus der „etablierten“ Medizin selbst, zunehmend scharfe öffentliche Kritik an diesen Mängeln üben.

Wahrscheinlich ist den meisten gar nicht bewußt und auch ich habe noch einmal nachgelesen: Im Grundgesetz kommt das Wort „Gesundheit“ nicht vor. Nun sage ich gleich, auch ohne das müßte man und kann man viel mehr machen. Aber es ist schon interessant, daß die Bundesrepublik zu den Ländern gehört, bei denen dazu in der Verfassung nichts steht. Obwohl es UN-Menschenrechtskonventionen gibt und andere internationale Erklärungen, in denen natürlich das Problem Gesundheit, Krankheit und die diesbezügliche Verantwortung der Staaten verankert ist. Und dann lese

ich spitzfindige Kommentare, die rechtfertigen, warum der Begriff Gesundheitsschutz, darum geht es ja eigentlich, nicht in unserem Grundgesetz steht. Daß das nicht unwichtig ist, zeigen ja die Auseinandersetzungen über die zeitweilige, tatsächliche oder scheinbare Einschränkung von anderen Grundrechten. Insofern ist eine Diskussion, den Schutz der Gesundheit des Einzelnen und der Bevölkerung im Grundgesetz als Grundrecht aufzunehmen, berechtigt und notwendig.

Die mit der Corona-Pandemie einhergehenden Erfahrungen und Erkenntnisse fordern geradezu zu einer gesellschaftlichen Diskussion über unser Gesundheitswesen und seine künftige Entwicklung heraus. Es wäre ein großer Fortschritt, wenn es endlich eine ernsthafte Debatte in den Parteien, im Gesundheitswesen selbst, in der Öffentlichkeit, unter den Bürgerinnen und Patientinnen gäbe, die den Reformbedarf erörtern und akzeptieren würde. Man darf nicht zur Tagesordnung übergehen.

Es gibt die Ebene einer grundsätzlich anderen Struktur des Gesundheitswesens, die an die Eigentumsfrage herangeht und den öffentlichen, gemeinnützigen Charakter dieses Teils der Daseinsvorsorge „Schutz der Gesundheit“ zum Gegenstand hat. Ein anderes, nicht dem Profit unterworfenen Gesundheitswesen ist ordnungspolitisch zulässig und möglich, berührt nicht die gegenwärtige Staats- und Gesellschaftsordnung. Es sei denn, man wollte auch die Feuerwehr oder die Schule künftig nach Gewinnerträgen finanzieren.

Es gibt eine pragmatische Ebene, die zwingend schnelle Veränderungen fordern muss. Hier hoffe ich auch auf das öffentliche Gewicht nicht nur der Forderung der Ärzteschaft, endlich die Fallpauschalen und Abrechnungsmethoden in der ambulanten Medizin zu korrigieren. Da gibt es ja anscheinend breiten Konsens.

Der öffentliche Gesundheitsdienst muß mit ausreichend Ärzten und anderem Fachpersonal gestärkt werden. Seine wichtige Rolle und seine Unersetzbarkeit müssen begriffen und mehr ausgeprägt werden.

Daß die rechtlichen, medizinischen und strukturellen Lehren für das künftige zweckmäßige Handeln von Regierungen, Verwaltungen und Gesellschaft bei einer Pandemie/Epidemie gezogen werden müssen, erscheint selbstverständlich.

Ein sehr wichtiges Feld ist der Aufbau einer besseren, zielorientierten europäischen Zusammenarbeit in der Bekämpfung von Pandemien. Und die Bundesrepublik sollte mit ihrem medizinischen, wissenschaftlichen und politischen Potential und auch finanziell eine handlungsfähige WHO (Weltgesundheitsorganisation) als zwingend benötigte internationale Autorität in Gesundheitsfragen stärker fördern und unterstützen.

Damit Gesundheitsfürsorge wieder als Aufgabe der Daseinsvorsorge und des Gemeinwohls wahrgenommen werden kann, die nicht dem Profitstreben unterworfen ist!

Dr. med. Heinrich Niemann
Berlin

Kein Mitgefühl für Arme

Zu einer neuen Biografie von Benedikt XVI.

Über Benedikt XVI. ist eine 1150 (!) Seiten starke Biografie von Peter Seewald publiziert worden (Droemer-Verlag). Der Autor hat viele Jahre mit Joseph Ratzinger Gespräche geführt und über ihn veröffentlicht, er hat seine Biographie im Einvernehmen mit ihm und mit Erzbischof Georg Gänswein geschrieben, weshalb sie als autorisiert zu gelten hat. Das Buch läßt sich gut blättern und lesen, es ist gekonnt geschrieben. Es zeigt, wie die gesellschaftlichen Bedingungen Westdeutschlands solche Persönlichkeiten wie Ratzinger groß haben werden lassen. Dem 1948 katholisch geweihten Priester Ratzinger eröffnete sich schon bald eine Professorenlaufbahn, zuerst in Freising, dann über Bonn, Münster, Tübingen nach Regensburg. In diesen typisch deutschen Universitätsstädten verinnerlichte er deren strikte Hierarchien und Riten. Seit 1977 war Ratzinger bis zum Wechsel nach Rom (1982) Erzbischof von München und Freising. Die von der westdeutschen Kirche offensiv vertretene Vatikanpolitik war bis zum Amtsantritt von Johannes XXIII. 1958 (bis 1963) geprägt vom Einvernehmen mit der „Trumandoktrin“. Kardinal Francis Spellman hat 1947 dazu erklärt: „Der Kommunismus ist der Feind aller Menschen, welche an Gott und an Amerika glauben“.

In der Hauptstadt Yamoussoukro der 1960 von Frankreich unabhängig gewordenen Republik Côte d'Ivoire steht der im September 1990 von Papst Johannes Paul II. eingeweihte „Petersdom“ von Afrika. Diese aus italienischen Marmor erbaute afrikanische monströse Kathedrale mit dem Namen Notre-Dame-de-la-Paix ist ein Symbol für die von korrupten afrikanischen Netzwerken stabilisierte Kontinuität imperialistischer Kolonialherrschaft, er ist ein Symbol der „Zivilisation der Reichen“. Das Kreuz tragen die Massen von Kindersklaven, die auf den riesigen Kakaopflanzungen Westafrikas oder in den Bergwerken des Kongo schufteten und vergiftet werden. Ist aber nicht auch der Petersdom in Rom mit dem Blut der Neuchristen in Lateinamerika bezahlt worden? Nicht dort, sondern in der Katakombenbasilika haben sich während des II. Vatikanischen Konzils eine Gruppe von Bischöfen, zu denen der Initiator von Basisgemeinden in Brasilien Hélder Pessoa Câmara gehörte, getroffen und sich zum Dienst an den Armen verpflichtet. Davon ist im Benedikt-Buch nirgends die Rede, wohl aber von seinem nützlichen Engagement an der Seite von Kardinal Josef Frings für die zeitgemäße Anpassung der an die „Erste Welt“ gebundenen katholischen Herrschaftsstrukturen. Der polnische Kardinal Karol Józef Wojtyła war seit 1978 als Johannes Paul II. bis zu seinem Ableben am 2. April 2005 Oberhaupt der Katholischen Kirche. Johannes Paul II. hat im Kommunismus, unter dessen Fahnen seine Heimat von den deutschen Faschisten befreit worden ist, den Feind aller Menschen gesehen. Zur Festigung dieses Feindbildes in der Weltkirche hat er sich 1982 den deutschen Kardinal Joseph Ratzinger nach Rom geholt und zum Präfekten der Kongregation für die Glaubenslehre ernannt. Ratzinger wurde im Konklave vom 18./19. April

2005 von der Mehrheit der Anwesenden zum Papst gewählt. Er gab sich den Namen Benedikt XVI. und als solcher ist er am 28. Februar 2013 zurückgetreten. Ihm folgte der lateinamerikanische Jesuit und Kardinal Jorge Mario Bergoglio als Papst Franziskus.

Ratzinger hat für Johannes Paul II. eine pompöse Begräbnismesse im Petersdom zelebriert. Auf mehreren Seiten berichtet die Biografie darüber und wie daran neben den Kardinälen Kanzler und Monarchen, Staats- und Kirchenoberhäupter teilgenommen haben. „Mit Ausnahme Chinas“ haben Fernsehsender aus der ganzen Welt die Bilder übertragen. Von den „Mächtigen der Welt“ nennt das Benediktbuch namentlich Georg Bush sen., Georg Bush jun. und Bill Clinton. Diese drei US-Kriegspräsidenten wußten, was die von Johannes Paul II. autoritär geführte und ergänzte Vatikanhierarchie mit ihrer Ideologie für die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des von ihnen vertreten imperialistischen Systems geleistet hat, sei es bei ihren völkerrechtswidrigen Angriffskriegen, sei es bei verdeckten Kommandoaktionen besonders in Lateinamerika oder bei der Unterwanderung der sozialistischen Länder. Die Vatikanhierarchie mit Johannes Paul II. und Joseph Ratzinger haben die modernen informellen Kriege vorbereitet.

Befreiungstheologie

Die Ermordung des Erzbischofs von San Salvador Óscar Romero am 24. März 1980 ist für Ratzinger Anlaß, die Irritation der Vatikanhierarchie durch die Befreiungstheologie anzusprechen: „In Osteuropa stand die Kirche an der Seite einer Aufstandsbewegung, die sich von kommunistischer Herrschaft zu befreien suchte. Doch während die Bevölkerung von Polen und anderer Länder das Joch des Marxismus abschütteln wollte, tauchten die kommunistischen Parolen nun bei Priestern und Bischöfen in Südamerika auf“. Romero hat 1979 im Gedenken an die drei ermordeten Priester Octavio Ortiz, Rafael Palacios und Alirio Macías, die in der Dialektik von Reich und Arm für die Armen Partei genommen haben, festgestellt: „Man tötet den, der stört“. Ratzinger mobilisierte ideologisch gegen die „Störenfriede“. Beim Begräbnis von Romero waren weder Johannes Paul II. noch Ratzinger noch ein US-Präsident anwesend, aber es wurde von einem Massaker am Platz vor der Kathedrale begleitet, das die Anhänger Romeros nochmals eindringlich warnte, dessen Weg fortzusetzen.

Am 6. August 1984 unterschrieb Ratzinger als Präfekt der Glaubenskongregation die „Instruktion über einige Aspekte der Theologie der Befreiung“, welche mit dem Marxismusvorwurf Theologen verurteilt, welche die Botschaft des Evangeliums nicht allein auf die „Erlösung“ im Jenseits reduzieren wollten, sondern den christlichen Geist mit dem Prinzip der „Befreiung“ der Menschen in der Wirklichkeit der Welt verbinden und darnach handeln. Daß dieses Handeln unter bestimmten historischen Gegebenheiten befreiende Gewalt sein muß, entspricht historischer Realität. Während bei den auch vom

Jesuiten Karl Rahner beeinflussten Befreiungstheologen die vielen Millionen Opfer, die Armen, die Unterdrückten im Zentrum ihrer Perspektiven stehen, hat Ratzinger in klerikaler Selbstbezogenheit die Interessen der auserwählten „Mächtigen“ theologisch gerechtfertigt und deren Gegner häretischer Abweichungen beschuldigt. Die „Option für die Armen“ falle, so Ratzinger, mit der Option für den Klassenkampf zusammen. Der Fundamentaltheologe Ratzinger will weismachen, daß dem Gegensatz von Reich und Arm keine Dialektik innewohnt, sondern der Menschheit fundamental ist und von Gott selbst geschaffen ist. Es ist also gewiß kein Versehen von Ratzinger und seinem autorisierten Schreiber, daß an das Datum 16. November 1989 nirgends erinnert wird. An diesem Tag wurden in El Salvador die sechs Jesuiten Ignacio Ellacuría, Ignacio Martín-Baró, Segundo Montes, Amando López, Juan Ramón Moreno und Joaquín López y López von einem von den USA ausgebildeten Armeekommando ermordet. Mit ihnen wurden die anwesende Köchin Julia Elba Ramos und ihre Tochter Celina ermordet. Jon Sobrino SJ, Mitbruder in dieser Jesuitenkommunität, war nicht anwesend gewesen. Ihm, dem Überlebenden dieses Massakers, der als Nachfolger des historischen Jesu in seinem Handeln und in seinen Schriften sich für die Armen und Opfer dieser Welt engagiert und weiter „stört“, warf Ratzinger als Glaubenspräfekt und dann als Benedikt XVI. anhaltend vor, seine Christologie entspreche nicht der kirchlichen Lehrmeinung. Weder Sobrino SJ noch Ellacuría SJ noch der Generaloberer des Jesuitenordens Pedro Arupe SJ, der Hiroshima erlebt und seinen Orden zur Anteilnahme für die Opfer der Welt hingeführt hat, werden in dem Benedikt-Buch genannt. Dagegen wird seitenlang über innerkirchliche Debatten von Ratzinger mit dem nicht minder eitlen, aber in vielen Dingen offeneren Hans Küng berichtet. Ratzingers „Bewältigung des Konflikts mit der Befreiungstheologie“ wird in dem Benedikt-Buch als einer seiner bedeutendsten Leistungen dargestellt – festgemacht an dem von Johannes Paul II. persönlich erniedrigten Ernesto Cardenal und an dem mit „Bußschweigen“ bestraften Leonard Boff. Letzterer hat sich in der neuen Nummer der internationalen Theologie-Zeitschrift „Concilium“ über „Klerikale Männlichkeiten und das Paradigma der Relationalität“ zu Wort gemeldet, ermuntert wohl von Papst Franziskus, der das „Übel des Klerikalismus“ wiederholt anprangert. Das Buch Jesus Sirach kennt die Weisheit: „Streck deine Hand auch dem Armen entgegen, damit dein Segen vollkommen sei“ (7,32). Johannes Paul II. und Ratzinger werden diese Weisheit kennen, die von Papst Franziskus zum 4. Welttag der Armen (2020) in Erinnerung gerufen wird. Sie aber strecken die Hand nicht den Armen hin, sondern jenen Ratten, die sich an die Seite der Reichen stellen und dafür die Zukunft ganzer Völker opfern. Michail Gorbatschow läßt am 20. Februar 1988 den Chor der Roten Armee im Vatikan vor Johannes Paul II. das „Ave Maria“ singen. Was für eine bewußte Erniedrigung

der Roten Armee durch den damaligen Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion! Mit Maria, die im christlichen Glauben als Mutter von Jesu verehrt wird, hat die katholische Kirche seit 1917 die weltgeschichtliche Sendung der Auslöschung des gottlosen Kommunismus verbunden. Halluzinatorische Eindrücke von Kindern im portugiesischen Fatima waren willkommen, um ein eigenes antikommunistisches Propagandazentrum auf dem Hintergrund verführerischer Mystik zu gründen. Im Apparat der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hat es viele Gorbatschows gegeben, vom Westen gefüttert oder nicht. Die Gorbatschows waren keine „Beginner“, sondern Persönlichkeiten, deren käuflicher Charakter zum Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung werden konnte, weil die gesellschaftlichen Beziehungen das zugelassen haben. Gorbatschow hat im Vatikan hinterlegen lassen, daß er so wie Außenminister Edward Schewardnadse heimlich getauft ist. Als Generalsekretär der KPdSU hat er noch die solidarische Hilfe der Sowjetunion für Kuba eingestellt, was der Kirche sehr genützt habe, weil, wie Benedikt XVI. unterstellt, die marxistisch orientierten Befreiungstheologen ihre finanzielle Unterstützung verloren hätten.

Benedikt hat von Jugend an viel gelesen. Mit seiner großen Erfahrung weiß er, wie mit einem aus dem Zusammenhang genommenen Zitat die eigene Auffassung an Gewicht gewinnt. Von Karl Marx, der von Frau und Kindern und auch von Friedrich Engels immer als „Mohr“ angeredet

wurde, bringt das Benedikt-Buch dessen 1862 in einer außerordentlichen Notlage geschriebenen Brief an Friedrich Engels, in dem Ferdinand Lassalle wegen seines Verhaltens und Aussehens als „jüdischer Nigger“ charakterisiert wird. Das gute Buch des Jesuiten Jean-Yves Calvez über Marx, der sehr bissig sein konnte, wird Ratzinger nicht angelesen haben, dort wird inhaltlich erörtert, weshalb es zum Zerwürfnis von Marx mit Lassalle gekommen ist. Mit dem „Prinzip Hoffnung“ von Ernst Bloch in Tübingen konnte Ratzinger gar nichts anfangen. Bloch habe sogar für die Säuberungen Stalins positive Argumente gefunden, während ihm „der Terror und die Not vor Augen standen, die mit der Epoche der atheistischen Staaten in die Welt gekommen war“. Große Anstrengung unternimmt Ratzinger, um den philosophischen Pantheismus von Albert Einstein für seine Religion nutzbringend zu verwerten. Dabei bezeichnet Ratzinger Einstein als „Deutschen“, der noch dazu in seinem München aufgewachsen ist. In einem Brief an seinen Zürcher Freund Heinrich Zangger hat Einstein einmal gemeint, die Deutschen hätten „etwas Unoffenes, Raffiniertes“. Den von Ratzinger als „Massenmörder“ bezeichneten Lenin hat Einstein für die Gesellschaft der Freunde des jüdischen Buches zu Berlin als einen Mann verehrt, „der seine ganze Kraft unter völliger Aufopferung seiner Person für die Realisierung sozialer Gerechtigkeit eingesetzt hat. Seine Methode halte ich nicht für zweckmäßig. Aber eines ist sicher: Männer wie er sind die Hüter und Erneuerer des Gewissens der Menschheit.“

(...) Zu seinen Lieblingsschriftstellern gehören moralisierende Poeten der Vergangenheit wie Hermann Hesse. Der hat 1954 ausgedrückt, was ihn von Marx unterscheidet: „Marx will die Welt ändern, ich aber den einzelnen Menschen. Er wendet sich an Massen, ich an Individuen ...“ Ja, so denkt Ratzinger, was die Kluft zu Papst Franziskus auftut, der in vielen Stellungnahmen Kritik am Individualismus übt: „Sei heilig, indem du für das Gemeinwohl kämpfst und auf deine persönlichen Interessen verzichtest.“ Franz Kafka ist Ratzinger auch begegnet. Gerade Kafka hat das von Ratzinger gelebte Verhalten von Deutschen gut gekannt und treffend charakterisiert: „Die Deutschen wollen nicht erkennen, begreifen, lesen. Die wollen nur besitzen und regieren, und da ist gewöhnlich das Begreifen nur ein Hindernis. Man unterdrückt den Nächsten doch viel besser, wenn man ihn nicht kennt. Es entfallen die Gewissensbisse.“

Im Ergebnis erhellt dieses Benedikt-Buch gerade auch mit der Fülle von völlig irrelevanten privaten Details, daß Johannes Paul II. und sein ihm als Benedikt XVI. nachfolgender Glaubenspräfekt Joseph Ratzinger nicht in die Zukunft der Menschheit gedacht haben. Es hat ihnen beiden an Mitgefühl, an Empathie und Liebe für die Unterdrückten, für die Armen und Opfer von militärischen und wirtschaftlichen Kriegen gefehlt. Was für ein Unterschied zu Papst Franziskus, der nicht mit Notifikationen evangelisieren will, sondern mit dem, was er sagt, und was er tut.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

(Aus: Zeitung der Arbeit – ZdA, 11. Juli 2020)

GEDANKEN ZUR ZEIT

Grundsätzliches zur Gretchenfrage

Bei allen Fragen nach Gott ist stets zu unterscheiden zwischen „deus in mente“ (einem fiktiven Gott) und „deus extra mentem“ (einem real existierenden Gott).

Daß es einen deus in mente gibt, einen Gott, der als Vorstellung von Gott oder Gottesbild in den Köpfen vieler Menschen existiert, ist unbestritten und gilt als Erfahrungstatsache. Dieser Gott in mente beflügelt die an ihn Glaubenden, je nachdem, ob er als liebevoll und wohlützig oder als zürnend, strafend und rachsüchtig vorgestellt wird, sowohl zu ethisch-moralischen Wohltaten (humanitären Hilfsaktionen) als auch zu den größten Verbrechen (Religionskriegen, Hexenverfolgungen, Völkermorden), an deren historischer Faktizität nicht zu zweifeln ist. Über eine Existenz Gottes extra mentem (Realexistenz) läßt sich dagegen nichts sagen. Die bisher vorgetragenen „Gottesbeweise“ sind Pseudobeweise und ohne Überzeugungskraft. Der Satz: „Gott existiert“ oder „Es gibt einen Gott extra mentem“ konnte bisher weder bewiesen (verifiziert) noch widerlegt (falsifiziert) werden. Dasselbe gilt für den Satz: „Es gibt keinen Gott.“ Für Fälle wie diesen, in denen ein Urteil weder bewiesen noch widerlegt werden kann, hat man sich daher auf folgenden Grundsatz geeinigt: Positive (bejahende) Urteile (Aussagen, Sätze, Thesen) gelten so lange als unwahr (falsch), bis sie bewiesen (verifiziert) sind; negative (verneinende) Urteile (Aussagen, Sätze,

Thesen) gelten so lange als wahr (richtig), bis sie durch den Beweis ihres Gegenteils widerlegt (falsifiziert) sind.

Die Frage nach der Existenz Gottes extra mentem könnte damit als entschieden betrachtet und zu den Akten gelegt werden. Warum aber hält sich die Vorstellung eines real existierenden Gottes dennoch in den Köpfen so vieler Menschen?

Hierfür gibt es verständliche psychologische Gründe: Die Vorstellung eines wohlütigen Gottes entspricht dem menschlichen Liebesbedürfnis, die Vorstellung eines belohnenden und bestrafenden Gottes dem Bedürfnis nach Gerechtigkeit. In beiden Fällen entspringt die Gottesvorstellung menschlichem Wunsdenken und mag sich als trostpendend und/oder sinnstiftend wie ein Therapeutikum oder ein Placebo positiv auswirken und für den Gläubigen eine Lebenshilfe sein. Eine so beschriebene Erfahrung kann durch gegenteilige oder andere Erfahrungen weder widerlegt noch bewiesen, sondern immer nur relativiert werden und ist als spezifisches Humanum zu tolerieren und zu respektieren.

Und was bewegt daneben Verkünder des Gottesglaubens (kirchliche Lehrrämter, Theologen, Priester und Missionare aller Art), trotz der oben dargelegten Unbeweisbarkeit eines Gottes extra mentem am Gottesglauben festzuhalten und die reale Existenz Gottes unbeirrt

weiterhin zu verkünden, und das mit einem Wahrheitsanspruch, der, so wie die Dinge liegen, nichts anderes als eine autoritäre Anmaßung ist?

Auch hierfür können die Motive vielfältig sein und von uneigennützigem Wohlwollen bis zur lieblosesten Herrschaftsucht reichen. Wer sich, wenn auch mit nur angemessener Autorität, auf eine nicht anrufbare und nicht hinterfragbare, aber vom Gegenüber gläubig verehrte Instanz beruft, kann mittels Versprechen von Belohnung und Androhung von Strafe (Psychoterror) seine Mitmenschen manipulieren und dazu bringen, das von ihm selbst Gewollte zu tun oder das von ihm selbst nicht Gewollte zu unterlassen. Der Glaube an Gott wird damit zu einem Machtmittel, und auf die psychische Abhängigkeit kritiklos Glaubender stützt sich die Macht religiöser Organisationen, deren Einfluß oft bis in die Intimsphäre des Einzelnen und darüber hinaus bis in die Legislative ganzer Staaten reicht.

Ansichts der Fragwürdigkeit „gottgewollter“ moralischer Regeln empfiehlt sich daher ein auf Vernunft und Solidarität (ein neues Wort für Liebe) beruhendes Ethos, wie es sich in den Menschenrechten bekundet, als demokratisch ständig zu erneuerndes, stets handlungsfähiges geistiges Bauwerk oder, wie Johann Gottfried Herder es genannt hätte, als „Fortgebäude“.

Theodor Weißborn

Die Epidemie der Blindheit bekämpfen

Wieder gelesen: José Saramagos „Stadt der Blinden“

Eine unbenannte Stadt in der Jetztzeit. Die Ampel schaltet auf grün, ein Auto bleibt stehen, Leute wollen dem Fahrer helfen. Der ruft: „Ich bin blind, ich kann nichts sehen“, da fährt ihn jemand nach Hause. Seine Frau bringt ihn zum Augenarzt, dann ist auch sie erblindet, und dasselbe trifft den Arzt und seine Patienten, die im Wartezimmer saßen; und auch der Mann, der ihn nach Hause gefahren hat, kann nicht mehr sehen. Die Regierung läßt die Betroffenen in einer leerstehenden Irrenanstalt unterbringen, isoliert, sich selbst überlassen und von Soldaten mit Schießbefehl, von dem sie Gebrauch machen, bewacht. Verpflegung wird ihnen an die Eingangspforte gestellt. Waschmöglichkeiten, so etwas wie Toiletten, erniedrigen sie auf ihre Weise. Es werden immer mehr Blinde eingeliefert. Eine Epidemie ist ausgebrochen. Das Essen reicht nicht für alle. – Bald bemächtigt sich eine Gruppe Blinder sämtlicher Essensrationen und verlangt von den anderen, ihnen ihre Wertsachen abzugeben, um etwas von den Verpflegungskisten zu bekommen. Und als da nichts mehr abzuliefern ist, befiehlt der Anführer der Bande den blinden Frauen, ihnen zu Diensten zu sein, wenn sie und die anderen in der Anstalt nicht verhungern wollen. Er hat eine Waffe. Eine der Frauen überlebt die blindwütige sexuelle Gewalt nicht.

In der Gruppe der ersten Blinden, die der Leser begleitet, ist die Frau des Augenarztes als einzige sehend. Sie hat es verheimlicht, um bei ihrem Mann bleiben zu können und offenbart es auch in der Anstalt nicht. Aber ihr wächst eine Verantwortung zu, die sie ertragen und annehmen wird. Sie und einige Blinde wissen, dass sie sich organisieren müssen, um etwas von ihrem Menschsein zu bewahren. Schließlich tötet die Frau des Augenarztes den Anführer der Schreckensherrschaft, andere wehren sich auch, und der Ausbruch gelingt.

Nach einer von der Sehenden zusammengehaltenen Odyssee der Gruppe durch die erblindete und Nahrung suchende Stadt finden sie in einer Kirche Schutz. Da sieht die Frau des Augenarztes, daß dem Gekreuzigten und allen Heiligen und Statuen die Augen verbunden sind. Die der Barmherzigen auf den Bildnissen sind mit weißer Farbe überstrichen. Als sich das unter den Blinden verbreitet hat, sagt einer: „...um so weit zu kommen, wie wir gekommen sind, muß noch jemand anderes blind sein.“

Am Morgen dieses Tages rufen die ersten aus der Gruppe, die der Leser begleitet hat, noch ungläubig und zaghaft, daß sie wieder sehen können. Auf die Frage, warum sie erblindet seien, antwortet einer: „Ich glaube nicht, daß wir erblindet sind, ich glaube, wir sind blind, Blinde, die sehen, Blinde, die sehend nicht sehen.“ Und eine junge Frau, die in der Anstalt in der Sorge für einen kleinen Jungen und in der Liebe zu einem alten Blinden „mit dem Herzen sehend“ geworden war, meint, daß sie von der Blindheit der anderen blind geworden sei und daß sie vielleicht besser hätte sehen können,

wenn die, die es könnten, zahlreicher wären. Über Hilflosigkeit und Kampf gegen Ohnmacht und Unterwerfung hinaus, wird wieder über „Organisation“ gesprochen.

„Die Stadt der Blinden“ des portugiesischen Literaturnobelpreisträgers von 1998 José Saramago wird in Corona-Zeiten oft in einem Atemzug mit „Die Pest“ (1947) von Albert Camus genannt. Mitunter auch als Antwort auf jenen verstanden. Wobei Camus an das Paris unter der faschistischen deutschen Besatzung gedacht hat – Krieg als Zustand des Unmenschlichen.

Durch „Die Stadt der Blinden“ (1995) muß jeder seinen Weg finden, sagt der brasilianische Regisseur der Verfilmung des Romans Fernando Meirelles: „Es geht darum, das Sehen zu lernen“, beizutragen, daß die Welt „ein besserer Ort wird.“

Da spannt José Saramago – auch mit seiner volkswisen, bild- und begriffsspielenden Sprache – den Bogen zeitlos weit: Was bleibt vom Menschsein unter Bedingungen, die es verweigern? Welche Verantwortung trägt der Einzelne für die Veränderung von Umständen, die es ihm schwer oder unmöglich machen, Gutes in sich, gemeinschaftlich zu leben?

„Wer schauen kann, der sehe. Wer sehen kann, der betrachte. Das habe ich vor einigen Jahren für die Stadt der Blinden geschrieben. ... Heute, ich weiß nicht, warum, hatte ich, beim Anblick dieses Mottos, selbst eine plötzliche Eingebung, nämlich, das dringende Bedürfnis zu betrachten, die Blindheit zu bekämpfen, weil ich es in einem anderen, nicht dem eigentlichen Buch, sah? Oder weil unsere Welt es so nötig hat, daß wir das Dunkel bekämpfen? Ich weiß es nicht, doch wer sehen kann, der betrachte.“ So schreibt Saramago am 4. März 2009 in sein Tagebuch.

Von welchem anderen Buch könnte da die Rede sein? 2004 veröffentlichte er seinen Roman „Die Stadt der Sehenden“. Wenn es um die der Blinden geht, Buch oder Film, aber auch um Saramagos Gesamtwerk, wird von Verlagen und im Netz kaum ein inhaltlicher Zusammenhang zwischen beiden Romanen entdeckt. Es wird sogar behauptet, daß beide nichts miteinander zu tun hätten.

Was passiert in „Die Stadt der Sehenden“? Bei einer Kommunalwahl in einer fiktiven westlichen Hauptstadt geben 70 % der Wähler leere Stimmzettel ab, bei einer eilends angesetzten und perfekt vorbereiteten Wiederholung sind es noch mehr. Anzeichen irgendeiner Unzufriedenheit im Volk hatte es nie gegeben. Panik bricht unter den Regierenden aus. Man wittert eine Verschwörung gegen „die Demokratie“, gegen den Bestand der „einzig denkbaren Gesellschaft“. Befürchtet wird gar eine Pandemie des „Weißwählens“ in der Welt.

Fein und kräftig spottet Saramago, wie politische Mandatsträger unter diesem dagewesenen Schreckgespenst leerer Stimmzettel einzig um ihre Positionen besorgt sind. Präsident, Regierungschef, einige Minister und hohe Militärs bereiten unter der

demokratischen Hülle ihrer Machtausübung und trotz kleiner Scharmützel zwischen ihnen, andere Formen von Herrschaft vor. Über die Stadt wird der Belagerungszustand verhängt, Grundrechte werden aufgehoben, die Stadt abgeriegelt. Schuldige der „weißen Wahl“, organisierte Umstürzler und Demokratiefeinde müssen gesucht, gefunden und unschädlich gemacht werden. Sogar vor einem Bombenattentat, das „den Verschwörern“ medienstark unterschoben wird, schreckt man nicht zurück. Da flattert dem Ministerpräsidenten ein Brief des ersten Blinden der Epidemie vor vier Jahren auf den Tisch. Aus patriotischer Gesinnung wird mitgeteilt, daß damals nur eine Person, die Frau des Augenarztes, nicht blind war und daß sie den Anführer der Herrschaftsgruppe in der Anstalt getötet habe. Nur eine so ungewöhnlich starke Person könne auch das Oberhaupt der weißen Wahl sein. Die Geheime Polizei wird in die Spur geschickt, in allen Fernsehsendern, nahezu allen Zeitungen und sonstigen Medien wird die Jagd nach „der Mörderin“ und Verschwörerin eröffnet. Der mit der Aufklärung des Falles beauftragte Kommissar hat indes ermittelt, daß die Frau des Augenarztes, die er auch selbst aufgesucht hat, vor vier Jahren in verzweifelter Notwehr gegen den Mörder und Vergewaltiger gehandelt und daß es um sie absolut keine Verschwörung zum Weißwählen gegeben hat. Seinen Bericht übergibt er der Staatsgewalt. Inzwischen haben der Regierungschef, die mit Staatsgefährdung befaßten Minister und mit ihnen nahezu alle Massenmedien der Stadt und dem Land bereits verkündet, daß die Schuldigen von damals und heute gefunden sei und ihrer gerechten Strafe zugeführt werde. Der Kommissar weiß, daß ihm etwas passieren wird und findet noch rechtzeitig einen Zeitungsredakteur, der seinen Bericht veröffentlicht. Der wird auf Zetteln massenhaft vervielfältigt, auf der Straße verteilt und Bürgerinnen und Bürger nehmen ihn auf. Die Staatsmacht ist der Lüge überführt und verstrickt sich tiefer in autoritäre und kriminelle Praktiken. Der Augenarzt wird verhaftet, seine Frau darf ihn nicht begleiten und wird kurz darauf in ihrer Wohnung erschossen. „Da fragt ein Blinder, Hast du was gehört, Drei Schüsse, antwortete ein anderer, Aber da hat doch auch ein Hund geheult, Er hat schon wieder aufgehört, das war bestimmt der dritte Schuß, Umso besser, ich hasse es, wenn Hunde heulen.“

José Saramago wurde 1922 in der ärmsten Provinz Portugals, dem Ribatejo, in der Familie eines Landarbeiters geboren. Er arbeitete als Maschinenschlosser, technischer Zeichner, Angestellter in einer Sozialbehörde, war Mitarbeiter eines Verlages und Journalist, bis er ab Mitte der 1960er Jahre vor allem als Schriftsteller tätig war, Romane, Erzählungen, Dramen, Essays, auch Gedichte veröffentlichte. Da geht es ihm sehr um den einzelnen Menschen und um Grundfragen seiner Existenz. Als Mitglied der Kommunistischen

Partei Portugals – er war es lebenslang – gehörte er zur stärksten Kraft in der Opposition gegen das faschistisch-klerikale Salazar-, dann Caetano-Regime, das schließlich mit der antikolonialen und antimonopolistischen Nelkenrevolution von 1974 überwunden wurde. Mit diesem von Mehrheiten, vor allem im Süden des Landes, getragenen Aufbruch wurden von unten demokratische Gegenmacht und selbstverwaltete Strukturen aufgebaut, die sofort die soziale Lage der Landarbeiter und ihrer Familien verbessern halfen. Mit der Vergemeinschaftung des Großgrundbesitzes von geflohenen Latifundistas, von ausländischem Bank- und Industriekapital und mit Arbeiterselbstverwaltungen sollten Machtgrundlagen für eine menschenfreundliche Gesellschaft geschaffen werden. Diese Revolution in einem der rückständigsten Länder Europas brachte die damals rundum fortschrittlichste Verfassung in Westeuropa hervor. Aber – wie es so oder anders immer geschah – wurden im Innern und außerhalb des Landes jene Kräfte aktiviert, finanziert, gebündelt und mit Medienmacht ausgestattet,

die weitestgehend zunichtemachten, was da in Selbstermächtigung von unten erkämpft, gelebt und geschaffen wurde. In Portugal brauchte die Konterrevolution etwa 20 Jahre. Ein Vehikel dafür war die Einführung eines bürgerlichen Parlamentarismus mit seinem Wahlrecht, kräftig gehandhabt von der Führung der sozialdemokratischen Partei und sekundiert von einflussreichen politischen Freunden und direkten Kapitalvertretern, unter anderem aus der BRD, Schweden, den USA und selbstverständlich von der NATO, deren Mitglied Portugal Mitte der 50er Jahre geworden war.

Auch vor diesem Hintergrund und der Erfahrung mit dieser Art Wahlrecht in jenen Jahren, sind die Sehenden in der Stadt vielleicht darauf verfallen, leere Stimmzettel abzugeben? Saramago war jedenfalls davon überzeugt, daß es keine Demokratie sei, wenn wirtschaftliche und soziale Verhältnisse kapitalistisch dominiert blieben. Politische Blindheit und bürgerlicher Parlamentarismus mit seinem Wahlrecht heute? Er bewegt sich – überall ein bisschen anders – vom integrativen nutz- und

noch manipulierbaren zu einem gelegentlich bereits zu ignorierenden Instrument der tatsächlich Herrschenden hin zum profitgetriebenen Antidemokratismus. Und mit welcher Strategie könnten Linke was wie dennoch unkorrummierbar nutzen, verhindern, ergänzen, überwinden und Schlimmeres abwenden? Unter Bezugnahme auf den weltweiten Bankencrash und auf Marx fragt Saramago 2008 bitter und zornig: „Wo ist die Linke?“ Da lohnt es sich, Blindheiten zu bekämpfen, Zusammenhänge zu betrachten, nicht nur zu sehen. Dazu fordert übrigens bereits der frühe Roman Saramagos „Hoffnung im Alentejo“ (1980) auf.

Und wenn wir nach den Blinden und den Sehenden in der Stadt und den Hoffenden im Alentejo, auch „Die Geschichte von der unbekanntem Insel“ (1997) von ihm erinnern? Dort erzählt er – traditionell und modern, wunderbar poetisch in Sprache und Bildern –, daß die Menschen ihren Kampf gegen die Blindheit nie aufgeben werden.

Prof. Dr. Edeltraut Felde
Greifswald

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Oktober 2020

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 2. Oktober um 20 Uhr

Gemeinsam mit ATTAC Leipzig
Filmvorführung

„Ich war Neunzehn“ von Konrad Wolf

Ort: Heilandskirche Plagwitz,
Weißenfeller Straße 16, 04229 Leipzig

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 9. Oktober um 15 Uhr spricht

Dr. Hartmut König (Liedermacher und Mitbegründer des Oktoberklubs) zu seinem gleichnamigen Buch: „**Warten wir die Zukunft ab**“ – mit musikalischer Umrahmung

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Dresden

Am 10. Oktober um 10 Uhr sprechen

Jürgen Förster und Dr. Abdulrahim Suleiman (Syrien) auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Partei Die Linke zur aktuellen Situation in Syrien.

Ort: Dresdner Straße 26, „Drogenmühle“, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am 16. Oktober um 15 Uhr spricht Wolfgang Herrmann, früherer Berater der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung in Nicaragua, zum Thema: **Der Kampf der Völker Lateinamerikas und der Karibik für eine bessere Zukunft**

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstr. 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am 17. Oktober um 10 Uhr spricht Rico Gebhardt, Fraktionsvorsitzender der Partei Die Linke im Landtag Sachsen zum Thema: **Regierungs- oder gar Machtwechsel im Kapitalismus – Wie geht das?**

Ort: Seniorenbüro, Kopernikusstraße 7, 08056 Zwickau

■ Regionalgruppe Erfurt-Weimar

Am 17. Oktober um 11 Uhr

Buchvorstellung: „**Freidenkertum, organisierter Humanismus und Laizismus in Thüringen**“
Referent: der Kulturwissenschaftler und Buchautor Siegfried R. Krebs

Ort: Gaststätte „Prestige“, Färberwaidweg 2, 99097 Erfurt

■ „RotFuchs“-Gruppe Torgau

Am 17. Oktober um 10.30 Uhr spricht

Dr. jur. Wilhelm Rettler zum Thema: **Rechtsstaat und Klassenjustiz?**

Ort: „Komm Treff“, Schloßstraße 14/16, 04860 Torgau

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am 20. Oktober um 18 Uhr spricht der Verleger und Publizist Frank Schumann zum Thema: **Der Geschichtsrevisionismus – Umkehrung der Ergebnisse des 2. Weltkrieges und der Nachkriegsgeschichte. Ein Ausdruck der strategischen Revanche?**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Bitterfeld-Wolfen

Am 21. Oktober um 13 Uhr spricht Oberst a. D. Bernd Biedermann zum Thema: **Die Lage im asiatisch-pazifischen Raum. Die Interessengegensätze zwischen China und den USA**

Ort: Kulturhaus der Stadt Bitterfeld-Wolfen, Puschkinplatz 3 (Vereinszimmer), OT Wolfen, 06766 Bitterfeld-Wolfen

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am 22. Oktober um 14 Uhr spricht Dr. jur. Wilhelm Rettler zum Thema: **Krieg und Frieden in den Medien – Wie schützen wir uns vor Manipulation und Irreführung?**

Neuer Ort: Servicezentrum, Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg

■ Regionalgruppe Berlin-Hohenschönhausen

Am 27. Oktober um 18 Uhr spricht Oberstleutnant a. D. Dieter Skiba, ausgehend von seinem Buch „Im Namen des Volkes. Ermittlungs- und Gerichtsverfahren in der DDR gegen Nazi- und Kriegsverbrecher“, über alte und neue Nazis.

Ort: Nachbarschaftshaus im Ostseeviertel, Ribnitzer Straße 1 B, 13051 Berlin

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 28. Oktober um 18 Uhr spricht Werner Seppmann zum Thema: **Kritik des Computers – Wie verändert die Digitalisierung Alltag und Gesellschaft?**

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Str. 77, 04105 Leipzig



Da wo heute Reichsbürger und Neonazis marschieren dürfen, ihre Flaggen schwenken und damit deren Ziele öffentlich dokumentieren, wird mehr als deutlich, daß die Bundesrepublik keine Lehren aus Nazideutschland gezogen hat. Mit dem Nachkriegsverbot der KPD – einer Partei mit Erfahrungen aus der Anti-Hitler-Bewegung, die vor einem faschistischen Krieg warnte – war der Nährboden für das Erstarren der rechten Gruppierungen frei gegeben. Mit dem „Verschwinden“ der DDR schwappte diese Entwicklung auf dem Osten Deutschland über. Da denke ich an die ostdeutsche Künstlerin Heidrun Hegewald, Menschenrechtstreiberin, die mit ihrem Bild „Kassandra sieht ein Schlangenei“ bereits 1981 ein bildhaftes Symbol mit Bezug auf alte Mythen wie auch mit zeitbezogenem realistischen Blick auf faschistische Verführung, schuf. Die Schlange als ein Symboltier von Zwiespältigkeit, Falschheit, wandlungsfähig, ihr Gift vernichtet Leben. Ihre „Kassandra“ beschwört die Menschen als Mutter, alarmiert vor wiederholten und neuen Katastrophen. Warnungen vor einer faschistischen Entwicklung gestern und heute können durch Corona-Maßnahmen und Gegenbewegung nicht ungehört bleiben. Denn der „Sturm auf den Reichstag“ mit Nazisymbolen, Reichsbürgern und Kaiserreichsflaggen ist deutlich genug und brandgefährlich.

Ernst Jager, Panketal

Es drohen wieder einmal die demokratischsten Wahlen der Welt in unserem freiheitlich-demokratischem Rechtsstaat. Die bürgerliche Demokratie hat wenig zu befürchten, was in ihrem Wesen schon Marx beschrieben hat. Dennoch ist sie sehr mißtrauisch und versichert gern ihrer „Demokratie“ vor jeder Wahl, obwohl Sicherungen der Herrschaftsverhältnisse bestens koalitionieren. Es ist beinahe schon „demokratisches“ Ritual, Monate vor dem Wahlgang, sogenannte Regierungsfähigkeit abzufragen bis ultimativ zu fordern. Die Partei Die Linke hat sich seit vielen Jahren regierungswillig gezeigt. Jeden Einzug in jeweilige Parlamente hat sie bereitwillig Abbitte geleistet, abgeschworen und die DDR als Unrechtsstaat sich vorgeben lassen und unterschrieben. Damit nichts „demokratisch“ schief gehen kann, Wahlergebnisse lange vor der Bundestagswahl schon abgesteckt sind und dem Wahlbürger seine

Entscheidung unbewußt vorweggenommen ist, deshalb braucht es die Interviews mit unsicher scheinenden Polit-Kandidaten wie Dietmar Bartsch im Deutschlandfunk oder Kevin Kühnert bei M. Lanz. Nichtssagend und prinzipienlos hat Bartsch keinen Zweifel gelassen, daß Regierungsfähigkeit der Linken außenpolitisch, in Sachen NATO oder Auslandseinsätzen zugesichert ist. Alle übrigen Friedensbekundungen oder angeblicher Politikwechsel sind all den Phrasen ähnlich bis gleich, die von der SPD immer zu hören waren und nie etwas änderten. „Linksdenkende Bevölkerungsschichten“ dürften sich wieder hoffnungsvoll auf regierungsfähige Linie bringen lassen. Bei Lanz wurde Kevin Kühnert als SPD-Rebell schon vorsichtshalber in die „demokratische“ Meinungsmangel genommen und dem Nachwuchs-Führungsmann in Manier von Kreuzverhör und peinlichster Befragung klar gemacht, wie bei möglicher Linkenbeteiligung einer Regierung die SPD mit Linken umzugehen hat, die Außen- und Militärpolitik in Kritik stellen oder in Fragen Menschenrechten und Haltung zu Feindbild Rußland oder China nicht auf Linie sind. Auch Kühnert läßt keinen Zweifel an der Beibehaltung des bisherigen verheerenden Kurses. Mit Menschenrechten, Demokratie, Freiheit und Recht läßt sich eben jede noch so alte und reaktionäre Politik wertfrei, allgemeinst dem Wahlvolk verständlich machen. Insofern und nach bürgerlichem Demokratieverständnis ist der Kanzlerkandidat Scholz nur folgerichtigste Entscheidung.

Die wenigsten Wähler wissen um die Rolle von Scholz bei der Agenda-Politik oder Gewalt-Orgien in Hamburg gegen Demonstranten. Die momentane Erscheinung der Person zählt, sonst nichts.

Regierungsfähig sein hat mit Demokratie gar nichts zu tun, aber sehr viel und alles mit dem Erhalt bestehender Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Welche politischen Parteien haben noch klares politisches Verständnis zu gesicherten Wahrheiten vom Standpunkt der Lohnabhängigen?

Roland Winkler, Aue

Gregor Gysi sagte gegenüber dpa zum Thema Bundeswehreinräte: „Das wird nicht leicht, aber auch da glaube ich, kann man sich verständigen.“ Er meint: „Wer nicht kompromißfähig ist, ist nicht demokratiefähig.“ Manchmal sind es die kleinen Sätze, die Entwicklungen oder Standpunkte von Bedeutung aufzeigen, über die man sehr gründlich nachdenken sollte. Nach Dietmar Bartsch werden von Gregor Gysi erneut die zentralen Programmpunkte der Partei Die Linke öffentlich und ungeniert ihrer politischen Gewichtung beraubt. Die extreme Gefährlichkeit der NATO und die unseligen Auslandseinsätze der Bundeswehr für den Weltfrieden werden für eine mögliche Regierungsbeteiligung nonchalant beiseitegeschoben. Auch das Papier der vier an der Spitze des Bundesvorstandes soll wohl den Weg nach einer vermeintlichen Machtbeteiligung und vorgeblichen Gestaltungsfähigkeit durch die Linke den Mitgliedern und Sympathisanten schmuckhaft machen. Die Parteiprogrammatik wird

weiter schleichend durch Spitzenfunktionäre ausgehöhlt, was einer Entmündigung der Mitglieder sehr nahekommt und Sympathisanten sowie Wählerinnen und Wähler verschreckt. Das bürgerliche System des Parlamentarismus und der damit eingekauften Wählervertreter und deren Mitarbeiter hat 30 Jahre nach dem Anschluß der DDR auch bei den Linken funktioniert. Funktions- und Amtsträger haben ihren bequemen Sessel und Auskommen gefunden und verteuern dafür den ersten Sozialismusversuch auf deutschem Boden als „Unrechtsstaat“, privatisieren Wohnungen und zum Teil den öffentlichen Personennahverkehr, fördern Verbeamtung und die „Kleinstaaterei“ – Föderalismus genannt – und tappen sehenden Auges in Vorteilsnahmen sowie Steuerfallen. Die politischen Forderungen nach der Überwindung des Kapitalismus und darauf ausgerichtete Aktionen sind im Nirvana der Anpassungswut um mehr Macht und Geld verschwunden. Alles in allem eine Entwicklung, die die Linke als politisch gestaltende Kraft für die Wählerinnen und Wähler ad absurdum führt. Aber vielleicht schieb die Basis dem Ganzen zum Bundesparteitag noch einen Riegel vor!

Raimon Brete, Chemnitz

Die Bezeichnung „Diktator Putin“ und „Diktator Lukaschenko“ werden bei uns gehandelt wie in den USA die Begriffe „Schurkenstaat“ oder „Vorhof der Hölle“. Jetzt geht es gegen Belorußland. Die BRD will sich nicht einmischen, erklärt aber, was in dort passieren soll und das angesichts der Tatsache, daß Deutschland schon einmal einen grausamen Vernichtungskrieg gegen dieses Volk geführt hat. Bei Großdemonstrationen gegen den israelischen Präsidenten hört man aus deutschen Landen von solchen Verlautbarungen nichts.

Interessant ist die Rede Lukaschenkos, die er kürzlich auf dem historischen Platz in Minsk hielt und insbesondere an die 90er Jahre erinnert:

„Da haben die Leute hier mit Wasserkochern gestanden und um Essen gebeten, konnten ihre Kinder nicht ernähren ... Und dann habe ich geschworen, Euch zu helfen ... Ihr habt gebeten, die Fabriken nicht zu privatisieren, ... den Bauern das Land nicht wegzunehmen, ... gebeten, daß das Gesundheitssystem und die Ausbildung kostenlos bleiben, ... die Ehre der Offiziere und Soldaten, die Angst hatten, auf die Straße zu gehen, wieder herzustellen, ... das Volk aus den Abgrund zu führen. Wir haben das geschafft! ... Ihr habt ein Land ohne Korruption und Oligarchen ... Nun stehen Panzer und Flugzeuge 15 Minuten von unseren Grenzen startbereit ...“

Karl Scheffsky, Schwerin

Am 13. August berichtete das ZDF über den Mauerbau und Mauertote. In diesem Zusammenhang trat der Politologe Christian Läßle auf und erklärte, die Grenzsoldaten waren eine Mörderbande, korrigierte sich dann und meinte, man könnte sie nicht Mörder, aber Totschläger nennen.

Als ehemaliger Grenzer der Jahre 1955 bis 1963 bin ich über diese Verunglimpfung empört.

Die Sicherung der Grenze der jungen DDR war nicht nur unser Auftrag, sondern auch eine Überzeugungsfrage für alle, die sich damals freiwillig zum Schutz des Staates gemeldet hatten.

Mit dem Bau der Mauer in Berlin nahm die Hetze gegen die DDR immer aggressivere Züge an. Auch das hatte Wirkung auf Ausreisewillige, die den illegalen Weg über die Grenze bei alle ihnen bekannten Gefahren nahmen.

Seit Bestehen der Grenze sollen widersprüchlichen Angaben zu Folge zwischen 200 und tausend Tote zu beklagen sein. Verschwiegen wird aber, wie viel Todesopfer an den westlichen Außengrenzen der BRD im gleichen Zeitraum zu verzeichnen waren.

Allein seit 1990 bis 2019 hat die Polizei 598 Personen bei der Dienstausübung erschossen. Zu fragen wäre, wie klassifiziert Herr Lämpfle die Polizei von heute? Ist das eine Mörderbande oder sind das Totschläger? Was sind die Soldaten der Bundeswehr oder jene, die in der BRD noch 40 Jahre lang nach Ende des 2. Weltkrieges „Kriegsopfer“-Rente erhielten, obwohl sie der SS, der Gestapo oder anderer Verbrecherorganisationen angehörten? Gibt es dazu eine Erklärung im Fernsehen oder eine dieses Politologen?

Hans-Joachim Trepte, Halberstadt

Die Inszenierung des 30. Jahrestages des „Mauerfalls“ als eine Siegesfeier ohne Beispiel ist uns noch gegenwärtig und schon geht es in die nächste Runde mit der „Beweisführung“ der Überlegenheit des neuen Gesellschaftssystems und der Brandmarkung der „Gräueltaten kommunistischer Herrscher“, sei es nun der 17. Juni, der Prager Frühling, die Aufstände in Ungarn 1956 oder das Massaker vom Tian'anmen-Platz. In diesem Zusammenhang wäre es interessant, einmal die Was-wäre-wenn-Frage zu stellen. All diese Ereignisse haben doch letztlich ihren Ursprung in dem historischen Urknall, der vor reichlich hundert Jahren an der Neua stattfand, als der Panzerkreuzer Aurora am 8. November 1917 mit einem Kanonenschuß den Sturm auf das Winterpalais des Zaren eröffnete, ein Ereignis in dessen Folge die Sowjetmacht entstand, die ihrerseits eine nahezu unschlagbare Rote Armee hervorbrachte. Was also wäre geschehen, wenn es diesen historischen Urknall nicht gegeben hätte? Es fällt nicht schwer, sich vorzustellen, daß die faschistische deutsche Wehrmacht 1941 die Armee des Zaren in einem Blitzkrieg überrollt hätte. Rußland wäre zu einem Protektorat des Großdeutschen Reiches geworden und in der ersten Strophe der Nationalhymne hätten die Worte Maß und Memel durch Lena und Atlantik ersetzt werden müssen. Ohne die Gewißheit, daß die Ostfront große Teile der faschistischen deutschen Wehrmacht bindet, hätten die USA Deutschland niemals den Krieg erklärt und es hätte also keinen D-Day gegeben und folglich kein geteiltes Deutschland und keine DDR. Wäre das erstrebenswert gewesen? Dieser Faden ließe sich weiterspinnen. Ein Wirtschaftswunder BRD hätte es nicht gegeben und auch keine soziale Marktwirtschaft, die ja nur der Existenz

der DDR geschuldet war. Woher wären die Lohnsklaven gekommen, die für den Quelle-Versandhandel die preiswerten Möbel und Haushaltsgeräte produziert haben? Als Fazit bleibt die Frage, ob nicht die Mehrheit der Deutschen dankbar sein sollte, daß es diesen historischen Urknall gegen hat? Ich bin dafür dankbar, auch wenn es viele Opfer gegeben hat. Im geschilderten Alternativfall wäre die Opferzahl millionenfach höher gewesen.

Man kann jedoch den historischen Urknall ignorieren und die Was-wäre-wenn-Frage an Einzelbeispielen betrachten. Nehmen wir dazu das Geschehen auf dem Tian'anmen-Platz 1989. Was wäre geschehen, wenn Chinas Führung den Forderungen der Demonstranten entsprochen hätte? Man muß kein Prophet sein, um vorauszusagen, daß die westlichen Industriestaaten China als Rohstoffquelle unter sich aufgeteilt hätten, und natürlich hätte man zuvor die unliebsame Konkurrenz in Industrie und Landwirtschaft beseitigt und sich Grund und Boden angeeignet. Der Bevölkerung würde es heute noch weit schlechter gehen als damals und die deutsche Treuhandgesellschaft hätte wenige Jahre danach auf ein erprobtes Szenario zurückgreifen und sich unnötige Experimente ersparen können. Bleibt noch die Frage, was in diesem hypothetischen Fall aus den Demonstranten geworden wäre? Dazu möchte ich Gabriele Gast sinngemäß zitieren – „die Macht des Geldes hätte sie allesamt hinweggefegt!“ Bleibt zu empfehlen, die Was-wäre-wenn-Frage für die Ereignisse des 17. Juni 1953 zu betrachten. Einen „Mauerfall“ gäbe es da nicht zu feiern und ob es überhaupt etwas zu feiern gäbe, wage ich zu bezweifeln.

Dr. Uwe Bühn, Oranienburg

Die ungestüme und profitgierige Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, die Verunreinigung der Umwelt, der weltweite Austausch fremder Substanzen, Pflanzen, Tiere durch Handel, Kriege und den nicht zu bremsenden Tourismus, erzeugen und verteilen neue Krankheitserreger unkontrolliert und sehr schnell, weltweit. Die Schäden, die der Natur auf dem ganzen Planeten und auch den Menschen zugefügt werden, sind wahrscheinlich schon nicht mehr zu reparieren.

Der in diesem Frühjahr aufgetretene Virus COVID-19 konnte sich rasend schnell und ungehindert über die ganze Welt verbreiten. Er löste eine Pandemie aus, deren Folgen überhaupt nicht absehbar sind.

Diese Krise muß man als ein ernsthaftes Signal verstehen. Für eine global vernetzte medizinische und medizintechnische Forschung und Kooperation ist es höchste Zeit. Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen sind untragbar, die unverschämte Profitmacherei im gesamten Bereich der Medizin erst recht. Die Natur läßt sich nicht endlos ausbeuten. Irgendwann werden Grenzen erreicht, wo es nicht weitergeht und das, was der Umwelt angetan wird, nicht mehr reparabel sein wird oder außer Kontrolle geraten könnte. Die Natur bleibt auf alle Fälle der Gewinner. Sogar dann, wenn sich die Menschheit auf unserem Planeten selbst vernichtet haben sollte.

Rudolf Herz, Berlin

Zu Dr. Bernhard Majorow: „Die Zerschlagung der SED“, RF 270/271, S. 3, 4

Es stimmt nicht, daß es seit 1987 deutliche wahrnehmbare Annäherungen an die BRD gab. Der Besuch Erich Honeckers in der BRD hat nichts mit einer etwaigen „Annäherung“ zu tun, genau so wenig, wie die KSZE-Schlußakte von Helsinki die Aufgabe der sozialistischen Entwicklung der DDR beeinflußt hätte. Zu diesem Zeitpunkt stand die innenpolitische Souveränität für keinen Moment in Frage. Die BRD hatte nie das Ziel aufgegeben, die DDR zu liquidieren. Als Ludwig Erhard die Geschäfte des Bundeskanzlers übernahm, sagte er in seiner Antrittsrede: „Diese DDR, dieses antifaschistische Gefüge werden wir mit politischen Mitteln niemals in die Knie zwingen können, dieses Ziel werden wir nur mit ökonomischen Zwangsmaßnahmen erreichen“.

Sie haben diese Strategie bis 1989 konsequent verfolgt. Die wirtschaftlichen Probleme, die sich in der DDR immer schwieriger gestalteten, kann man demzufolge nicht ausschließlich einer fehlerhaften Politik von Partei- und Staatsführung anlasten. Diese Kalte Kriegführung darf nicht ausgeblendet oder unterschätzt werden, da mit dem Fall der DDR das gesamte sozialistische System zerbrechen würde. Die DDR hatte eine gewisse Vorbildfunktion.

Es war auch nicht nur die CSSR, die 1989 außer der DDR noch ihren politischen Weg ging. Erst nachdem in der DDR die Konterrevolution gesiegt hatte, begann der Umbruch auch in den anderen RGW-Ländern.

Bis zum Oktober 1989 kann man auch nicht von einer „Sackgasse“ sprechen. Es gab keine Arbeitsniederlegungen, keine Streiks, keine Arbeitsausfälle wegen fehlender Arbeitskräfte, das Leben in der DDR lief trotz der Demonstrationen und Kundgebungen normal weiter. Es beteiligten sich wohl einige Hunderttausende an diesen Protesten, doch die DDR hatte immerhin noch 16 Millionen Bürger. In dem Beitrag spricht der Autor von einer „unkontrollierten Grenzöffnung am 9. November“. Wieso unkontrollierte Grenzöffnung? Günther Schabowski hatte an besagter Politbürotagung selbst teilgenommen. Dort war für den 10. November die Öffnung der Grenzübergangsstellen beschlossen worden. Wenn Schabowski nach der Sitzung vor die Presse tritt und dort bekannt gibt: „Die Grenze ist offen, sofort ...“ kann man das nicht als einen „Lapsus“ hinstellen. Objektiv gesehen paßte diese Aussage genau ins Konzept der DDR-Liquidierer, die nun freien Zugang ins Gebiet der DDR bekamen.

Es gab unter den SED-Mitgliedern in den Grundorganisationen auch keine Ratlosigkeit, wie es in dem Artikel heißt, wir waren immerhin noch 1,9 Millionen Mitglieder und Kandidaten, die alle darauf warteten, daß von diesem außerordentlichen Parteitag neue Impulse zu Stärkung der sozialistischen Demokratie und der weiteren sozialistischen Entwicklung der DDR ausgehen würden.

Es heißt dann im Artikel weiter: „... Doch der Staat war zu jener Zeit faktisch schon am Ende: ... auf den Führungsanspruch hatte man selbst verzichtet ...“ Und wer war

verantwortlich dafür? Es waren doch Egon Krenz und Hans Modrow, auf deren Wirken hin die Abgeordneten der SED-Fraktion der Volkskammer den Antrag stellten, aus der Verfassung der DDR den Passus im Artikel 1 „... unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei ...“ zu streichen.

Zwei Tage nach dem außerordentlichen Parteitag empfing Hans Modrow in Dresden den Bundeskanzler der BRD Helmut Kohl. Danach fand an der Ruine der Frauenkirche eine Kundgebung statt, auf der Kohl seine „blühenden Landschaften“ verkünden konnte. Nach dessen Rede trat Modrow an das Rednerpult und rief den Satz aus: „Deutschland einig Vaterland“.

So waren für die in den Startlöchern stehenden Reformern, Erneuerern und Dissidenten die Weichen gestellt, damit sie das Werk zur Vernichtung der SED und damit auch die Zerschlagung des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden vollenden konnten.

Klaus Glaser, Schwarzenberg

Mit großem Interesse habe ich den Artikel „Die Zerschlagung der SED“ gelesen. Ich war einer der 2,2 Millionen SED-Mitglieder, komme aus der Arbeiterklasse und kann mit Stolz darauf verweisen, daß es eben die Arbeiterklasse meines Betriebes war, die mich in den Staatsapparat schickte, weil ich dort so am besten ihre Interessen vertreten konnte. Mit meinen damals 30 Jahren war ich beim Rat des Kreises Dresden-Land im Bauamt und wurde dort in meiner APO als Leitungsmitglied gewählt. Es gab so manches, was ich damals nicht verstanden hatte und einordnen konnte. Ich kann nur sagen, daß uns einiges recht merkwürdig vorkam, irgendwie so, als ob die Grundorganisationen künstlich von den Leitungen abgeschnitten worden wären. Einige von uns haben gekämpft, dazu gehörte auch unser Vorsitzender des Rates des Kreises. Ich habe noch 1989 fünf Arbeiter als Kandidaten für unsere Partei gewinnen können.

Ich begann, die Wohnparteiorganisation (WPO) neu zu gründen, hatte Erfolg, die WPO formierte sich, wurde dann aber ganz schnell ausgetreten.

Meiner Meinung nach hätten sich die Kommunisten in der SED oder außerhalb organisieren müssen. Ich verstehe, daß gerade die älteren und erfahrenen Genossen sich scheuten, eine erneute Spaltung der Arbeiterklasse zu riskieren. Sie war aber damals dank Berghofer, Gysi, Bisky etc. bereits vollzogen.

Daß wir damals keine ernstzunehmende Gegenwehr organisierten, egal aus welchen Gründen, war der größte Fehler in der Geschichte der Arbeiterbewegung und das alles stimmt mich auch heute noch sehr traurig.

Noch trauriger stimmt mich, wenn ich sehe, wie nach und nach Genossen doch recht merkwürdige Standpunkte vertreten. Da denke ich an einen, bei dem ich so manches Seminar besuchte. Eigentlich sollten wir von ihnen Antworten erwarten. Und eigentlich gehörte er zu dem Personenkreis, die die Kommunisten hätten formieren müssen.

Rainer Hesse, Dresden

Zu Klaus Blessing und Uli Jeschke: Zurück zu welcher Normalität?, RF 269, S. 7

In dem Artikel reduzieren die Autoren die Arbeitsproduktivität (AP) auf immer größeren Massenkonsum und immer weniger Arbeit und somit, auf den Sozialismus bezogen, auf ein kleinbürgerliches Niveau. Marx und Engels schrieben über den Charakter der Arbeit: „Die Arbeit entwickelt sich zu einer freien Tätigkeit ... Auf diese Art und Weise wird die Arbeit Selbstverwirklichung des Menschen, Aktion wirklicher Freiheit.“

Legen wir Lenins Definition der Arbeitsproduktivität zugrunde, ist das Entscheidende doch das Ziel der höheren AP im Sozialismus. Während im Kapitalismus die maximale Profitsumme die entscheidende Größe der wirtschaftlichen Tätigkeit darstellt, ist im Sozialismus die Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse des Menschen das unmittelbare Ziel der Produktion. Deshalb bedeutet Steigerung der AP im Sozialismus nicht, wie die beiden Verfasser des Beitrags behaupten, immer größeren Massenkonsum (Lenin schrieb ja, jeder nach seinen Bedürfnissen, jeder nach seinen Fähigkeiten). Im Kapitalismus wird der Konsum künstlich forciert, um eine größere Menge an Waren anzubieten. Im Sozialismus dient die durch die höhere AP erzielte Freizeit der sinnvollen und schöpferischen Gestaltung des Lebens. Im Sozialismus gab es erstmalig das Gesetz des stetigen Wachstums der AP. Es war ein objektives ökonomisches Gesetz. Es verlangte, daß sich die zur Herstellung eines Gebrauchswertes notwendige Menge vergesellschafteter und lebendiger gesellschaftlicher Arbeit ununterbrochen verringert. Ca. 80 % des Zuwachses des Nationaleinkommens der DDR wurde durch die Steigerung der AP erzielt. Der Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit im Produktionsprozeß wird somit letztendlich durch die AP bestimmt.

Ich denke nicht, daß der Bevölkerung der DDR „unrealistische, die Umwelt und damit die Existenzgrundlagen der Menschheit bedrohende Ziele des Überholens des Kapitalismus in Konsumtion und Produktivität vermittelt wurde“ wie es die Autoren behaupten. Das Problem bestand eher darin, daß die Führung der DDR nicht mehr in der Lage war, die Klassenseinsetzung mit dem Kapitalismus effektiv und konstruktiv zu führen. Bedeutende ökonomische Gesetze wurden ignoriert bzw. nicht effektiv umgesetzt. Den Werktätigen wurde das Bewußtsein als Eigentümer der Wirtschaft unzureichend vermittelt. Die Medien brachten Informationen, die im krassen Gegensatz zur Wirklichkeit standen.

Trotzdem ist es als eine besondere Leistung zu werten, daß die DDR unter den gegebenen Bedingungen 40 Jahre Bestand hatte. Darauf sollten wir stolz sein.

Joachim Zappe, Eggersdorf

Als Tag einer der größten Demonstrationen wird wohl der 1. August in die Geschichte der BRD eingehen. Aus dem gesamten Land kamen sie nach Berlin, um gegen die anhaltenden Beschränkungen der Grundrechte,

aber auch gegen massive Einschnitte in das Privatleben mit Verweis auf Corona zu protestieren. Die Teilnehmerzahl an dieser Veranstaltung wurde in den Medien stark untertrieben. Die Hauptausgabe der ARD-Tagesschau wurde an jenem Abend von Susanne Daubner bestritten. 1962 in Halle geboren, wurde sie später beim Rundfunk der DDR zur Sprecherin und Moderatorin ausgebildet. Bis zu ihrer Flucht im Juli 1989 über Ungarn und Jugoslawien gen Westen war die Stimme der damals jungen Dame im Jugendprogramm DT64 vielen Hörern bereits bestens vertraut.

Über ihr gefährliches Abenteuer Flucht durch die Donau hat sie oftmals in diversen Talkshows referiert. Und auch über die Gründe, die sie zum Verlassen ihres Heimatlandes DDR veranlaßt haben. Unter anderem sei sie mehrfach aufgefordert worden, ihre Kontakte zu Personen in Berlin (West) offenzulegen. Schließlich sei ihr „Maß an Kompromißfähigkeit“ in der DDR aufgebraucht worden.

Und wann ist ihr Maß an Kompromißfähigkeit in der BRD aufgebraucht? Jeder Augenzeuge vor Ort konnte sehen, daß die von ihr verkündete Teilnehmerzahl von 20 000 die absolute Unwahrheit war. Vor dem Berliner Reichstag hatten sich ebenfalls am 1. August rechte und reaktionäre Kräfte zu einer Kundgebung versammelt. Dort wurden abermals Forderungen nach der Wiedererrichtung des Deutschen Kaiserreiches laut.

Wo ist nun ihr Anspruch aus den Jahren 1989/90 nach mehr Wahrhaftigkeit, Offenheit und Glaubwürdigkeit in den Medien geblieben?

Rico Jalowitzki, E-Mail

Jeder von uns weiß: Der Zusammenschluß von Personen, die ein gemeinsames Interesse oder Ziel haben, führt zum Erfolg. Es zeigt, daß der Mensch als soziales Wesen ohne das Für- und Miteinander nicht leben kann. Ohne daß es uns immer bewußt ist, sind wir sogar voneinander abhängig. Durch meine Mitmenschen bin ich eigentlich erst der, der ich bin. Die Gesellschaft bestimmt das Leben jedes Einzelnen. Je enger das soziale Netzwerk für die Gemeinschaft geflochten ist, desto sicherer und friedlicher können wir in ihr leben. Im Rahmen meiner ehrenamtlichen Tätigkeiten kam ich – ob in Dresden, Braunschweig, Hamburg oder Schwerin – mit vielen Benachteiligten dieses Systems ins Gespräch. Die Klagen sind überall die gleichen und unüberhörbar. Hinter ihnen verbergen sich Angst und Wut. „Wie soll das bloß weitergehen“, ist immer wieder zu hören. Für die meisten ist der Grund ihres Übels die Arbeitslosigkeit. Oft über Jahre durch Ämter und Behörden denunziert, abgewertet und schikaniert, fühlen sie sich als „Loser“. Hilflos und oft verzweifelt stehen die meisten dem gegenüber. Allein, so glauben viele. Da ist der Griff zur Flasche nicht weit, Drogenkonsum und die daraus resultierende Beschaffungskriminalität enden nicht selten in Familientragödien. Amokläufe oder Selbstmorde sind oftmals Hilfeschreie, die als solche von den „Machern“ dieses Systems nicht erkannt werden. Das soziale Netzwerk in der BRD hat Löcher und die

Anzahl der Menschen, die dort durchfallen, wird immer höher.

Das Bild von Armut, Drogensucht und Obdachlosigkeit paßt nicht in die Schein- und Glimmer des BRD-Kapitalismus. So landen viele Betroffene in gesonderten Stadtteilen, Gefängnissen, Entzugsanstalten oder in Psychiatrien, werden also von der Gesellschaft isoliert – weggesperrt. Allein, die Ursachen, die zu den um sich greifenden Konflikten führen, werden nicht „weggesperrt“. Somit ist deren weitere Eskalation vorprogrammiert.

Peter Dornbruch, Schwerin

Nun wollte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) der Sache auf den Grund gehen und feststellen, ob der Reichtum in der BRD wirklich so ungleich verteilt ist, wie immer wieder behauptet wird. Im Juli wurde das Ergebnis der Öffentlichkeit präsentiert. 10 % der bundesdeutschen Bevölkerung besitzt gut zwei Drittel des (Netto-)Vermögens. Zuvor lag diese Zahl bei 59 %. Das reichste Prozent des Volkes besitzt nach dieser Studie rund 35 %. Vorher ging man von 22 % aus. Eine weitere bemerkenswerte Zahl: 1,5 Prozent sind Millionäre, also Personen, die ein individuelles Nettovermögen von mindestens einer Million Euro ihr Eigen nennen dürfen. Damit aus den trägen 90 % oder gar 99 % der Bevölkerung ebensolche Wohlhabenden werden, rät einer der Autoren der Studie, auf Umverteilung von oben zu verzichten und stattdessen staatliche Anreize für die Vermögensbildung der nicht so Betuchten zu schaffen. Über kurz oder lang würden Geldströme auf sie niederprasseln.

Die Untersuchungen des DIW bestätigen also – nur etwas schlimmer als vermutet –, was seit der Herausbildung des Kapitalismus als dominierender Wirtschaftsordnung bekannt ist: gravierende und anwachsende Unterschiede in der Verteilung des Reichtums. Der Trend oder besser die gesellschaftliche Gesetzmäßigkeit im Kapitalismus, daß eine permanente Konzentration und Vermehrung des Reichtums und des Kapitals stattfinden, wurde von bürgerlichen Ökonomen weit vor Gründung des DIW 1925 von utopischen und wissenschaftlichen Sozialisten entdeckt und theoretisch begründet. Konzentration und Vermehrung von Reichtum und Kapital sind Voraussetzung und Bedingung des Kapitalismus. Den DIW-Forschern von heute wäre vielleicht zu empfehlen, einmal zu untersuchen, ob der Reichtum irgend etwas mit Eigentums- und Verhältnissen an den Produktionsmitteln zu tun hat und wie es den Herrschenden gelingt, den der absoluten Mehrheit der Bevölkerung einzureden, daß die Welt, so wie sie ist, in Ordnung sei und sie deshalb mehr oder weniger widerspruchlos die soziale Ungleichheit ertragen könne. Das aber ist kein Thema für bürgerliche Wissenschaftler. Aufklärung muß von uns kommen! Gerade jungen Menschen, die dem Sozialismus nicht abgeneigt gegenüberstehen und sich sozial engagieren, sollten wir, nach Maß unserer Möglichkeiten, helfen, den Stellenwert des Marxismus und seines Studiums zu erkennen. Es wäre Aufgabe der Linken, ob Sozialist

oder Kommunist oder anderer linker Kräfte, Zusammenhänge zwischen Kapital, Reichtum, Eigentums- und Verhältnissen zu propagieren und zu erklären, daß Vermögensabgaben und Reichensteuer nichts an der Grundstruktur der Gesellschaftsordnung ändern. Die Mühen der Ebenen bleiben uns nicht erspart. Packen wir es an.

Hans-Jürgen Joseph, Berlin

Am 18. August sah man Menschen mit Blumen dem Erinnerungsdenkmal in der Zschopauer Gartenstraße zustreben. Sie legten die Sträuße vor der Relieftafel des Denkmals nieder, welches den ehemaligen Reichstagsabgeordneten Ernst Thälmann abbildet. Den Vorsitzenden der KPD – verehrt, gehaßt, geliebt, verklärt, verleumdet, angefeindet – prägte vor allem eins: patriotischer Mut. Zur Wahl des Reichspräsidenten 1932 stellte er sich als Kandidat Adolf Hitler und den Rechtsextremisten Hindenburg und Duestenberg entgegen, wohl wissend, daß er das Amt nicht gewinnen, aber den ganzen Haß der politischen Rechten auf sich ziehen würde. Als die Hitlerpartei siegte, übten seine Gegner Rache, indem sie Thälmann von 1933 bis 1944 durch ihre Zuchthäuser und Folterkeller zertrümmten, schließlich am 18. August 1944, in der Zeit der großen „Generalabrechnung“, auf persönlichen Befehl Hitlers erschossen. Das war die Abrechnung, Aktion „Gewitter“ genannt, in der auch Graf Claus von Stauffenberg, der Jurist Carl Friedrich Gördeler, General Friedrich Olbricht, Sozialdemokraten und Kommunisten hingerichtet wurden. Allein die aufrechte Haltung Thälmanns begründet ein Denkmal der Erinnerungskultur für ihn in unserer Stadt.

Manche fragen, was haben wir in der Region unmittelbar mit Thälmann zu tun? Unsere Geschichte hat mit ihm zu tun! Unter den fünf Millionen Stimmen für Thälmann 1932 gab es auch viele aus dem Erzgebirge. Der Bezirk Erzgebirge-Vogtland war eine Hochburg seiner Wähler. Und es gab Walter Trautzsch aus Lengfeld. Unter Einsatz seines Lebens hielt er von 1936 bis 1939 die Verbindung zwischen dem inhaftierten Kommunisten und den „Illegalen“ über Thälmanns Ehefrau Rosa. In der DDR kam er unter „Generalverdacht“ möglichen Verrats, ohne daß jemals Beweise vorlagen. Seine Rehabilitation 1964 war halbherzig. Auch für den „Thälmannkurier“ aus Lengfeld liegen die Blumen am Denkmal der Erinnerungskultur in der Zschopauer Gartenstraße.

Norbert Staffa, Großolbersdorf

Zu Eberhard Görner: Träume, als lebstest du ewig, RF 270/271, S. 36

Der Beitrag von Eberhard Görner zu Gojko Mitic hat mich sehr bewegt. Je älter man wird, umso schärfer blitzt der Spiegel der Erinnerung. Und das ist nicht nur dem Film „Die Söhne der Großen Bärin“ geschuldet. Das Foto von Gojko Mitic beim Erhalt des Kunstpreises der FDJ am 7. März 1969 ist eine gelungene Einblendung. Die Ehrung wurde im Hause des Zentralrates der FDJ

in Berlin „Unter den Linden“ überreicht und wir saßen an einem Tisch: Gojko Mitic, die Sängerin der Staatsoper Edda Schaller, der Wirtschaftskommentator des Rundfunks Dr. Karl-Heinz Gerstner und ich. Wir letzteren beide erhielten die Artur-Becker-Medaille in Gold als höchste Auszeichnung der FDJ, die mit der Eintragung in das Ehrenbuch des Zentralrates der FDJ verbunden war.

Viele gute Gespräche prägten diesen Tag, was ich bis heute nicht vergesse. Auch Armin Müller-Stahl ist im Artikel genannt – seine künstlerischen Arbeiten als Maler konnte ich kürzlich im Heimatmuseum Kamenz betrachten. Sein Glückwunsch zum 80. Geburtstag ist sehr zutreffend.

Legende Gojko, ein würdiger Träger des Kunstpreises der FDJ, was leider in anderen Veröffentlichungen zu diesem Tag vergessen wurde.

Mit dem Beitrag von Eberhard Görner wird die Lebensleistung von Gojko Mitic gewürdigt. Der persönlichen Einschätzung von Rudolf Jürschick, ehemaliger Chefdramaturg der DEFA zu Gojko – bescheiden, populär, geachtet – kann man nur zustimmen.

Prof. Dr. Dieter Rost, Kirschau

Zu Prof. Dr. Eike Kopf: Übergangsperiode in China und die Klassiker, RF 270/271, S. 9 ff.

Die Einschätzungen von Friedrich Engels zur Übergangsperiode wurden klar und ausführlich dargelegt. Ich hätte mir aber mehr zum eigentlichen Thema gewünscht. Die Übergangsperiode in China begann ja nicht erst mit Deng Xiaoping, sondern bereits 1949 mit der Gründung der Volksrepublik. In dieser Zeit wurden beachtliche Erfolge erzielt. Es gab aber auch ernsthafte Rückschläge durch den „Großen Sprung“ und die „Kulturrevolution“. Unter Deng Xiaoping gelang China tatsächlich der große Durchbruch zur heute zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt. Es gibt allerdings unterschiedliche Ansichten, ob China sich auf dem Weg zum Sozialismus befindet oder eine staatskapitalistische Entwicklung nimmt. Nach den USA hat China die größte Zahl von Milliardären. Nicht gut war das Bündnis, das China in dieser Zeit gegen die Sowjetunion mit den USA einging, auch wenn die sowjetische Führung sicher Mitschuld an der Verschlechterung der Beziehungen trug. Man stelle sich einmal vor, wie die Entwicklung hätte verlaufen können, wenn die Beziehungen Chinas zur Sowjetunion damals so gewesen wären wie heute zu Rußland.

Es ist gut, daß im „RotFuchs“ die Wahrheit über den „Krieg in Korea“ verbreitet wird. (Nr. 272, S. 21). Es war auch wichtig, darauf hinzuweisen, daß die UdSSR bereits 1948 ihre Truppen aus der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik zurückzog, während die USA ihre Militärlager in Südkorea weiter massiv ausbauten und die Aggression gegen den Norden vorbereiteten. Zur Solidarität der sozialistischen Länder sollte noch konkret der Einsatz der chinesischen Freiwilligen erwähnt werden, mit deren Hilfe es gelang, den Aggressor USA und seine Verbündeten in den Süden zurückzudrängen.

Dr. Kurt Laser, Berlin

VEREINIGUNG?

Unter diskriminierenden
Bedingungen wurden wir

BEIGETRETEN!



3. OKTOBER 1990

■ Regionalgruppe Dresden

Am 29. Oktober um 19 Uhr
3. Dresdner Friedenspodium
Referent: **Dr. Jürgen Grässlin**
(Journalist)

Ort: Dresdner Straße 26,
„Drogenmühle“,
01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Harz

Am 30. Oktober um 14 Uhr spricht
Dr. Hartmut König (Liedermacher und
Mitbegründer des Oktoberklubs) zu
seinem gleichnamigen Buch:
„**Warten wir die Zukunft ab**“.

Ort: Gaststätte „Lindenhof“,
Spiegelsbergweg 16,
38820 Halberstadt

■ Regionalgruppe Rostock

Am 31. Oktober um 10 Uhr
Podiumsdiskussion mit dem
Kundschafter Dieter W. Feuerstein
zum Thema: **Militäraufklärung**
und politische Schlußfolgerungen
damals und heute!

Ort: Mehrgenerationenhaus
Evershagen, Maxim-Gorki-Str. 52,
18106 Rostock

**Die Veranstaltungen
finden unter Einhaltung
der Infektionsschutz-
maßnahmen statt.**

Graphik: Siegfried Lachmann

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger, Wolfgang Metzger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160-238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

**Redaktionsschluß für die übernächste
Ausgabe ist der 28. eines Monats.**

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Matin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobra
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Bernd Gutte
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki
Uli Jeschke
Rudi Kurz

Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)
Hans Schoenefeldt
Prof. Dr. Rolf Sieber
Peter Steiniger
Johann Weber
Theodor Weißenborn
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net
oder Heiner Brendel
Tel. 030-654 45 94
Gerald Umlauf, Hans Ludwig u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Claußner
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
Tel. 030-427 27 66

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEVB33XXX

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.